



Wortprotokoll

Der 230. Sitzung vom 9. November 1993

Resoconto integrale

della seduta n. 230 del 9 novembre 1993

X. Legislatur
X. Legislatura
1988 - 1993



**CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA
DI BOLZANO
SÜDTIROLER LANDTAG**

SEDUTA 230. SITZUNG

9.11.1993

INDICE

Interrogazioni su temi di attualità. pag. 5

Adeguamento della composizione della Giunta provinciale alla consistenza dei gruppi linguistici quali sono rappresentati nel Consiglio provinciale ed eventuali provvedimenti consequenziali. pag. 42

Ratifica della delibera della Giunta provinciale del 25.10.1993, n. 6640: Impugnazione del decreto legislativo 1 settembre 1993, n. 385 "Testo unico delle leggi in materia bancaria e creditizia". pag. 46

Disegno di legge provinciale n. 209/93: "Modifiche di leggi provinciali in materia di edilizia abitativa agevolata" – (continuazione). pag. 50

INHALTSVERZEICHNIS

Aktuelle Fragestunde. Seite 5

Anpassung der sprachgruppenmäßigen Zusammensetzung der Landesregierung an jene des Landtages und allfällige Folgemaßnahmen. Seite 42

Ratifizierung des Beschlusses der Landesregierung vom 25.10.1993, Nr. 6640: Anfechtung des Legislativdekretes vom 1. September 1993, Nr. 385 "Einheitstext der Bestimmungen im Bank- und Kreditwesen". Seite 46

Landesgesetzentwurf Nr. 209/93: "Änderungen von Landesgesetzen über den geförderten Wohnbau" – (Fortsetzung). Seite 50

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

PROF. ROMANO VIOLA

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 10.09 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta è aperta.

Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

VALENTIN (Sekretär - SVP): *(Verliest das Sitzungsprotokoll - legge il processo verbale)*

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

ROBERT KASERER

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

PRÄSIDENT: Wenn keine Einwände erhoben werden, so gilt das Protokoll als genehmigt.

Mitteilungen des Präsidiums:

Es wurden folgende Anfragen eingebracht: Anfrage Nr. 2355/93 (Tribus/Zendron), betreffend die Gasleitung; Anfrage Nr. 2356/93 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die fehlende Zweisprachigkeit an einem Straßenschild im Brixen; Anfrage Nr. 2357/93 (Holzmann/Bolzonello), betreffend den Mercedes des Landeshauptmannes Dr. Luis Durnwalder; Anfrage Nr. 2358/93 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die zum Rechnungshof abkommandierten Landesbeamten; Anfrage Nr. 2359/93 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die 9 1/2 Milliarden für den botanischen Garten von Meran; Anfrage Nr. 2360/93 (Holzmann/Bolzonello/Montali/Benussi), betreffend den Rag. Morandi, Amtsdirektor im Assessorat für Umweltschutz; Anfrage Nr. 2361/93 (Holzmann/Bolzonello), betreffend den äußerst schlechten Empfang das nationalen Fernsehprogramms von RAI 3 im Gebiet der Gemeinde Brixen; Anfrage Nr. 2362/93 (Bolzonello), betreffend die Teilnahme des Dr. Ludwig Nössing an einem Treffen mit Landeshauptmann Durnwalder; Anfrage Nr. 2363/93 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die Auftragsvergabe zur Realisierung des Verbindungstunnels zwischen dem Krankenhaus und dem Komplex "W"; Anfrage Nr. 2364/93 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die Unbequemlichkeiten am provisorischen Sitz des italienischen Kindergartens in Auer; Anfrage Nr. 2365/93 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die nicht stattfindenden Feierlichkeiten vor dem Siegesdenkmal; Anfrage Nr. 2366/93 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die Verteilung der Äpfel mit dem Warenzeichen "Südtirol" anlässlich des Tennisturniers ATP; Anfrage

Nr. 2367/93 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die Tagung mit dem Titel "Mitbestimmung und Politik der Sicherheit am Arbeitsplatz im Rahmen der europäischen Integration"; Anfrage Nr. 2368/93 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die öffentliche Ausschreibung für den Bau des neuen Eisstadions; Anfrage Nr. 2369/93 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die unregelmäßige Ausschreibung für den Bau des neuen Eisstadions; Anfrage Nr. 2370/93 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die Arbeiten am neuen Komplex "W"; Anfrage Nr. 2371/93 (Zendron/Tribus), betreffend die Wohnungen des Institutes für geförderten Wohnbau der Provinz Bozen in Leifers; Anfrage Nr. 2372/93 (Zendron/Tribus), betreffend die Frage: Kauft das Land das ex-Zanardi Gebäude wieder?; Anfrage Nr. 2373/93 (Holzmann), betreffend die Einberufung der Untersuchungskommissionen; Anfrage Nr. 2374/93 (Kußstatscher), betreffend den Mißbrauch auf geförderten Baugrund in der Gemeinde Corvara; Anfrage Nr. 2375/93 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die über den Repräsentationsfonds durchgeführten Ausgaben des Landtagspräsidenten.

Folgende Anfragen wurden schriftlich beantwortet: Anfrage Nr. 2321/93 (Bolzonello/Holzmann), betreffend die Tiefgarage in der Reschenstraße, die ohne jedes Sicherungssystem ist; von LR Achmüller beantwortet; Anfrage Nr. 2260/93 (Zendron/Tribus), betreffend die Umstellung auf Methanbetrieb; von LR Kofler beantwortet; Anfrage Nr. 2245/93 (Holzmann), betreffend den Abfluß von nicht gereinigtem Wasser in den Eisack von seiten der Mila; von LH Durnwalder beantwortet; Anfrage Nr. 2320/93 (Holzmann/Bolzonello), betreffend den Vordruck des INAIL -Meran, welcher nur in deutscher Sprache verfaßt ist; von LH Durnwalder beantwortet; Anfrage Nr. 2310/93 (Klotz), betreffend die Interviews des RAI-Sender Bozen mit italienischen Persönlichkeiten; von LH Durnwalder beantwortet; Anfrage Nr. 2299/93 (Klotz), betreffend die neue Ämterordnung, Benennung und Aufgaben der Ämter; von LH Durnwalder beantwortet; Anfrage Nr. 2316/93 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die Weigerung des Rechtsamtes des Landesausschusses, Angaben über Rechtsgutachten zu liefern; von LH Durnwalder beantwortet; Anfrage Nr. 2235/93 (Zendron/Tribus), betreffend den Wechsel des ex-Zanardi Gebäudes; von LR Pellegrini beantwortet; Anfrage Nr. 2272/93 (Zendron/Tribus), betreffend das Gefängnis und die Kasernen in Bozen; von LR Kofler beantwortet; Anfrage Nr. 2304/93 (Bolzonello/Holzmann), betreffend die Firmen, welche orthopädisch - sanitäres Material liefern; von LR Saurer beantwortet; Anfrage Nr. 2318/93 (Viola), betreffend den Mangel eines geeigneten Sitzes für das Pädagogische Institut für die italienische Sprachgruppe; von LR Pellegrini beantwortet; Anfrage Nr. 2338/93 (Pahl), betreffend die Lösungen für die Theatersaalsituation; von LR Hosp beantwortet; Anfrage Nr. 2367/93 (Holzmann/Bolzonello), betreffend die Tagung mit dem Titel "Mitbestimmung und Politik der Sicherheit am Arbeitsplatz im Rahmen der europäischen Integration"; von LR Pellegrini beantwortet.

Es wurden folgende Beschlüßanträge eingebracht: Nr. 383/93 eingebracht am 28.10.1993 vom Abg. Viola, betreffend die Abhaltung einer Landtagsdebatte über die Er-

eignisse im Zusammenhang mit dem Bau des neuen Krankenhauses in Meran; Nr. 384/93 eingebracht am 29.10.1993 von den Abgeordneten Holzmann, Bolzonello, Montali und Benussi, betreffend die Abänderung der Bestimmungen über Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder, Außendienstvergütungen und Beiträge an die Landtagsfraktionen.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

PROF. ROMANO VIOLA

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Per la seduta odierna si sono giustificati i consiglieri Brugger, Montali (pom.) e Pahl (matt.) e l'assessore Sfondrini (pom.).

Punto 1) dell'ordine del giorno: **“Interrogazioni su temi di attualità”**

Punkt 1 der Tagesordnung: **“Aktuelle Fragestunde”**

Interrogazione n. 1/11/93 del 6.10.1993, presentata dai consiglieri Kaserer e Bauer. La parola al consigliere Kaserer per la lettura dell'interrogazione.

KASERER (SVP): Der ORF übertrug in seiner Sendung “Konflikte” vom Sonntag, den 3. Oktober 1993 einen Bericht über die Schikanen von seiten der Polizei auf der Autobahn bei Sterzing, denen die Familie Bayer ausgesetzt war. Herr Bayer zeigte Mut und mußte dafür mit dem Führerscheinenzug bezahlen. Es ist verständlich, daß der Betroffene seine Fahrt nicht mehr fortgesetzt hat.

Dieser Fall ist an die Öffentlichkeit gedrungen, viele Fälle aber nicht. Ich selbst habe einmal miterlebt, wie ein Funktionär von einem Gast verlangt hat, er solle bevor er nach Italien fährt, Italienisch lernen. Solche Methoden schaden unserem Image sehr. Da nützt auch die Werbung wenig.

Außer einem lakonischen Schreiben auf die vorgebrachten Beschwerden wurde auch von seiten des Regierungskommissars angeblich nichts unternommen. Deshalb richtet der unterfertigte Landtagsabgeordnete folgende Fragen an die Landesregierung:

1. Sind der Landesregierung dieser oder andere ähnliche Fälle bekannt?
2. Was gedenkt die Landesregierung gegen solche Schikanen zu unternehmen?

DURNWALDER (Landeshauptmann - SVP): Verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Es stimmt, daß es immer wieder solche Vorfälle, die natürlich sehr peinlich sind, gibt. Es ist selbstverständlich, daß dies von unserer Seite nicht akzeptiert werden kann. Auf der anderen Seite ist es natürlich so, daß wir keine Zuständigkeit haben, die Polizei in unserem Lande zu überwachen. Ich bin überzeugt, daß der Großteil der Polizeikräfte die Leute korrekt aufklärt bzw. korrekt behandelt. Natürlich kommen

immer wieder Auswüchse vor. Ich bin der Auffassung, daß diese Fälle der zuständigen Stelle zu melden sind, damit das jeweilige Kommando entsprechende Maßnahmen gegen solche ungerechtfertigte bzw. nicht akzeptable Vorfälle setzen kann.

Die Landesregierung kann nichts anderes tun, als - wie auch in diesem konkreten Fall - zu intervenieren, den Fall aufzuzeigen und die zuständigen Kommandos zu ersuchen, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

KASERER (SVP): Ich glaube, daß es wichtig ist, solche Fälle an die Öffentlichkeit zu bringen, damit die kompetenten Personen, sprich Polizei, Carabinieri und Finanzbehörde, merken, daß die Südtiroler auf ihr Recht auf Gebrauch der Muttersprache bestehen. Darum geht es ja! Daß aufgrund der Durchführungsbestimmung die deutsche Sprache mit der italienischen gleichgestellt ist, ist noch nicht bis in die Peripherie der Polizei, der Carabinieri und der Finanzbehörde durchgedrungen. Der Betroffene muß den Angesprochenen - wenn die Carabinieri beispielsweise jemanden aufhalten - fragen, zu welcher Muttersprache er sich bekennt und sich im Gespräch danach richten.

Erst neulich ist es wieder vorgekommen, daß ich Italienisch angesprochen wurde. Ich habe darauf bestanden, in meiner Muttersprache, also in Deutsch, behandelt zu werden. Der Betroffene hat mir entgegengebracht, er sei ein "Carabiniere Italiano". Allerdings hat sich dann herausgestellt - und ich habe ihn deshalb auch gelobt -, daß er gut Deutsch spricht und auch in dieser Sprache schreiben kann.

PRESIDENTE: Interrogazione n. 2/11/93 del 18.10.1993, presentata dai consiglieri Holzmann e Bolzonello. La parola al consigliere Holzmann per la lettura dell'interrogazione.

HOLZMANN (MSI-DN): Abbiamo appreso che recentemente il dott. Cigolla è stato nominato direttore d'ufficio. Si tratta di un tardivo riconoscimento a tanti anni di attività protesi alla consulenza immobiliare per migliaia di famiglie che, anziché sottoporsi a fastidiose code negli uffici provinciali preposti, trovano assai più agevole approfittare della rara esperienza maturata dal dott. Cigolla. Ci rendiamo anche conto che la sua preziosa collaborazione affinata in tanti anni di segretario particolare possa fare molto comodo, ma non ci sembra affatto corretto costringere il dott. Cigolla a rimanere presso la segreteria dell'Assessore Pellegrini anziché prendere finalmente possesso dell'ufficio che gli spetta.

Tra l'altro l'ufficio di segreteria dell'assessore Pellegrini conta già altre tre persone e quattro, francamente, ci sembrano eccessive considerando che nessun altro assessore ha ritenuto finora di fare altrettanto.

Ciò premesso chiediamo che l'ufficio della decima ripartizione possa diventare operativo ed essere completato dal suo direttore.

PELLEGRINI (Assessore alle finanze, patrimonio e cultura - DC): Corrisponde tutto. Il dottor Cigolla ha preso possesso del suo nuovo incarico. Nel frattempo però lui si è candidato ed a norma di legge ha dovuto chiedere aspettativa non retribuita a partire mi pare da 30 giorni prima della scadenza elettorale. Prima di questa scadenza - 20 ottobre - il dottor Cigolla aveva già preso possesso del suo ufficio. La mia segreteria è composta da 3-4 persone, compreso il dottor Cigolla, il quale ha già preso possesso dell'incarico di direttore d'ufficio dal 1° di ottobre. Con il 20 ottobre il dottor Cigolla è andato in aspettativa. Nell'interrogazione si parla del periodo relativo a 20 giorni, durante i quali il dottor Cigolla ha svolto contemporaneamente sia il ruolo di segreteria che quello di direttore d'ufficio. Di fatto voglio fare presente che la mia segreteria è composta da tre persone, le quali però non svolgono solamente lavori di segreteria, ma svolgono anche altre mansioni d'ufficio, altre mansioni specifiche come ad esempio il teatro nelle scuole, la danza ecc. Una di queste tre persone è a part-time. Ritengo quindi che non sia esatto sostenere che il mio Assessorato disponga di 3-4 persone in quanto di fatto appartengono a questo ufficio solo dal punto di vista logistico.

HOLZMANN (MSI-DN): Mi dichiaro soddisfatto della risposta dell'Assessore. Prendo atto che il dottor Cigolla ha effettivamente preso possesso del suo ufficio, anche se questa presa di responsabilità è più che altro teorica, dal momento che ha ricevuto un congedo per motivi elettorali. Leggendo il giornale di questa mattina, in virtù del suo famoso archivio conteso da tutti...

PELLEGRINI (DC): Non da me!

HOLZMANN (MSI-DN): Certamente non da Lei. Non abbiamo altro da dire, anche se, in linea generale - non mi riferisco a questo caso specifico - non vediamo mai di buon occhio le promozioni alla scadenza dei mandati elettorali, ossia quelle promozioni che magari servono a qualcuno per sistemare il fido funzionario, il fido segretario, per garantirgli di passare incolume dall'altra parte della sponda in caso di mutate fortune elettorali. Comunque non era questo il caso. Non abbiamo niente altro da rilevare e ci dichiariamo soddisfatti della sua risposta.

PRESIDENTE: Passiamo ora all'**interrogazione n. 3/11/93** del 18.10.1993, presentata dai consiglieri Holzmann e Bolzonello. La parola al consigliere Holzmann per la lettura dell'interrogazione.

HOLZMANN (MSI-DN): Per quali ragioni l'Assessore alla cultura in lingua italiana non ha ritenuto di dover utilizzare la struttura dell'ex GIL? Ci pare di capire che l'Assessore Hosp sia molto più solerte ed attento alle opportunità che vengono offerte e

pare che voglia impossessarsi dell'intero edificio per collocarvi l'Accademia Europea e diverse associazioni di lingua tedesca.

Per quelle di lingua italiana ci sono già sufficienti spazi?

PELLEGRINI (Assessore alle finanze, patrimonio e cultura - DC): Il complesso ex Gil senza dubbio consiste in una potenziale risorsa per gli spazi culturali della città di Bolzano. Per diverse ragioni fino adesso è stata utilizzata solo parzialmente. Nel 1991 la Giunta provinciale ne definiva l'utilizzo in una prospettiva globale che teneva conto soprattutto di una sua funzione tipicamente culturale. Destinava il complesso anzitutto alla sede della Accademia Europea, importante istituzione che stava decollando nell'anno 1991. Quando si parla di Accademia Europea di può parlare di prospettive che non sono ancora completate anche se essa ha ancora bisogno di spazi e di programmi per poter operare. Essi certamente si stanno definendo in questi tempi. Il discorso universitario in genere mi sembra diverso rispetto a qualche anno fa, ed in particolare rispetto all'anno 1991, in cui il discorso era appena partito. Oggi come oggi, l'ex Gil vede al suo interno la presenza dell'Istituto pedagogico di lingua italiana. Inoltre alcune sale riunione vengono messe a disposizione anche ad altre Associazioni, in particolar modo a quelle culturali.

E' certo che i locali dell'ex GIL rimangono destinati - come deciso dalla Giunta - all'Accademia Europea. Per quanto concerne l'Assessore Hosp, a me sembra che le opportunità a lui offerte siano assolutamente in linea con le impostazioni di Giunta. Non trovo nulla di cui meravigliarsi. L'Assessore Hosp in questo momento ha solamente ritenuto opportuno agire così anche per un motivo di custodia dell'edificio, che in questi ultimi tempi ha richiesto una particolare attenzione da parte della Giunta. La scadenza del contratto di custodia ha comportato un sopralluogo per vedere in che termini si deve rivedere il contratto per meglio garantire l'interno della struttura. Mi sembra che le affermazioni dell'Assessore Hosp siano assolutamente in linea con queste prospettive che la Giunta ha determinato nel 1991 e che oggi, nel 1993, sono le più appropriate per la struttura medesima.

HOLZMANN (MSI-DN): Assessore, mi dichiaro insoddisfatto della sua risposta per i motivi che le preciserò immediatamente. Va intanto precisato che questa struttura si trova in una situazione di degrado e di indecenza che rendono estremamente chiaro a chiunque l'idea che la Giunta provinciale si è fatta circa la salvaguardia di quella importantissima testimonianza architettonica citata perfino dai manuali di architettura che sono in uso in alcune università degli Stati Uniti. La struttura è stata lasciata in totale degrado unicamente perché ha la colpa di essere stata realizzata in un determinato periodo storico. Nonostante questo, alcuni anni fa la Giunta provinciale, occupandosi di questo edificio, decise - ho il verbale di Giunta che le potrò fornire - che quella struttura andava riservata al gruppo linguistico italiano che evidentemente era in credito di spazi rispetto al gruppo linguistico tedesco. Collocare l'Accademia Europa nell'ex GIL non significa

occupare uno spazio per attività culturali del gruppo linguistico italiano. Prima di tutto non sappiamo esattamente cosa questa Accademia Europea farà; a noi sembra un contenitore per parcheggiare politici "trombati", oppure per allevare e naturalmente ben remunerare schiere di personale che devono poi fare da supporto a questo o a quel partito di governo. La funzione di questa Accademia quindi non è assolutamente chiara. E' certo che l'Accademia non sarà una struttura del gruppo linguistico italiano; il suo utilizzo quindi è improprio rispetto alle promesse e le assicurazioni che la Giunta provinciale aveva fatto nei confronti del gruppo linguistico italiano. Invito l'Assessore ad adoperarsi affinché la destinazione allora voluta dalla Giunta provinciale venga mantenuta in quanto al gruppo italiano mancano gli spazi culturali.

PRESIDENTE: Interrogazione n. 4/11/93 del 21.10.1993, presentata dai consiglieri Holzmann e Bolzonello. La parola al consigliere Holzmann per la lettura dell'interrogazione.

HOLZMANN (MSI-DN): Ci meraviglia dover rilevare la pervicacia e la testardaggine della Giunta provinciale nel voler mantenere un provvedimento sul quale si è già pronunciato il TAR. Ci riferiamo al trasferimento del capo ripartizione dott. Osvaldo Pallozzi, le cui competenze verrebbero temporaneamente assunte dall'Assessore Pellegrini (privo di laurea e di corrispondente attestazione di bilinguismo).

Non ci nascondiamo la preoccupazione di un simile poco edificante provvedimento che consentirebbe all'Assessore alla Sanità di sostituire temporaneamente qualche primario in operazioni particolarmente difficili e all'Assessore ai Lavori Pubblici di progettare edifici pubblici.

Tutto ciò premesso, chiediamo che vengano chiariti i motivi del provvedimento.

PELLEGRINI (Assessore alle finanze, patrimonio e cultura - DC): Il dottor Pallozzi ha avuto l'incarico di dirigere la ripartizione relativa alla Sovrintendenza - essa comprende l'ex ripartizione scuola, la cultura e la pubblica istruzione - in qualità di direttore di ripartizione con una delibera della Giunta provinciale che risale all'anno 1992. In seguito alla ripartizione degli uffici essa è stata suddivisa in due parti: una è la Sovrintendenza pubblica istruzione e l'altra è la ripartizione cultura. Praticamente la decima ripartizione è stata suddivisa nella numero 15 e 17. La ripartizione n. 15 si è presa la parte relativa alla cultura, mentre la 17 quella relativa alla pubblica istruzione. Il dottor Pallozzi nell'anno 1992 è stato nominato direttore della ripartizione n. 17. La Giunta, in funzione dell'esigenza di anticipare i tempi rispetto al 1° settembre, ha affidato questo compito al dottor Pallozzi, il quale ha fatto ricorso sia sulla prima che sulla seconda deliberazione di Giunta. Per questo motivo ha avuto la sospensiva dal TAR. In questo modo si è creata una situazione nella quale, mentre nella ripartizione n. 17 vi era un supplente, il dottor Vidoni, nella ripartizione 15, in base a questa sospensiva del TAR, la

Corte dei Conti non si è ancora espressa in merito ad una ulteriore delibera che la Giunta provinciale ha fatto relativa alla nomina del dottor Pallozzi quale direttore della n. 17 e di un altro direttore per la n. 15. Essendo ancora in sospeso queste due delibere ed essendo contemporaneamente sospesa per la ripartizione n.15 anche la delibera relativa all'eventuale sostituto del capo ripartizione, si poneva il problema di chi avrebbe potuto avere la responsabilità della ripartizione n. 15.

Naturalmente io non avevo nessun interesse ad assumere la responsabilità di questa ripartizione. Si è trattato soltanto di un problema in più del quale avrei volentieri fatto a meno. Da parte degli uffici mi è stato detto che, attraverso una valutazione di tipo giuridico, era giusto che in questo particolare momento fossi io che prendessi in mano questa ripartizione. E' una cosa che non ho né cercato, né voluto. E' una cosa che mi preoccupa. Essa ha carattere temporaneo, legato alla necessità ed alla straordinarietà del momento. Sto adoperandomi per cercare di risolvere il problema. Al momento, sono costretto a "subire" questo incarico per motivi particolari del tutto eccezionali, affinché possa svolgersi una normale amministrazione.

HOLZMANN (MSI-DN): Ringrazio l'Assessore per la risposta. Peraltro dobbiamo anche ricordare che il trasferimento del dottor Pallozzi avviene in seguito ad uno scontro tra lui ed il dottor Ferretti, allora Assessore. Questo scontro mi pare abbia avuto anche degli strascichi di tipo penale, in quanto detto trasferimento è stato ritenuto illegittimo. Ci era sembrato di capire che l'Assessore Ferretti intendesse allontanare il dottor Pallozzi dalla decima ripartizione. Il fatto che il TAR si sia pronunciato con una sentenza sospensiva a nostro avviso avrebbe dovuto indurre la Giunta provinciale a ritornare sui suoi passi e quindi a modificare la sua precedente deliberazione. L'operato della Giunta si è orientato nel mantenere la scelta che era stata fatta, poi censurata dal TAR. A noi sembra di intravedere in tutto questo un tentativo per completare questa manovra di estromissione di questo dirigente capo-ripartizione. Per queste ragioni abbiamo presentato questa interrogazione. Ci auguriamo che questa vicenda venga risolta.

Abbiamo delle serie riserve in merito al fatto che un Assessore possa - seppure temporaneamente - sostituire un dirigente provinciale, perché gli mancano tutti i requisiti che sono richiesti. Nel caso specifico credo che il dottor Pallozzi sia diventato dirigente dopo aver superato e vinto un pubblico concorso; egli inoltre è in possesso della laurea e del patentino per la carriera direttiva. Non siamo quindi assolutamente d'accordo con la posizione che la Giunta tesa al mantenimento della posizione precedente alla sentenza del TAR, che evidentemente non ha convinto la Giunta della necessità di cambiare atteggiamento.

PRESIDENTE: All'ordine del giorno ci sarebbero due interrogazioni rivolte all'Assessore Saurer, una dei consiglieri Holzmann e Bolzonello ed una mia. Egli doveva

complessivamente rispondere a cinque interrogazioni, ma non è presente in aula.
Passiamo intanto all'interrogazione successiva.

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

ROBERT KASERER

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

PRÄSIDENT: Anfrage Nr. 7/11/93 vom 27.10.1993, eingebracht vom Abgeordneten Viola. Ich bitte den Einbringer um Verlesung der Anfrage.

VIOLA (PDS): Premesso che:

- la Giunta provinciale, per sedicenti motivi "tecnici", ha rinviato di 15 giorni l'approvazione della delibera operativa necessaria per consentire la sperimentazione di immersione linguistica nella scuola Archimede;
- che tale dilazione è inaccettabile perché si pone in contrasto con le precedenti delibere della Giunta, e denota inoltre la mancanza di ogni sensibilità per l'autonomia degli organi collegiali della scuola "Archimede", nonché per tutta la ricerca scientifica internazionale, che è nettamente favorevole al metodo dell'immersione;
- che tutto ciò determina un ingiustificato ritardo che è di pregiudizio alla sperimentazione;

Il sottoscritto consigliere provinciale interroga i competenti Assessori Pellegrini e Hosp per sapere:

1. per quale ragione è stata ulteriormente rinviata la delibera operativa necessaria per l'avvio della sperimentazione di immersione linguistica nella scuola Archimede;
2. se non ritengano doveroso limitare i danni con un'immediata approvazione della delibera in questione.

Questa interrogazione è stata presentata il 27 ottobre. Nel frattempo sono successe altre cose che io in quella data non potevo sapere.

PELLEGRINI (Assessore alle finanze, patrimonio e cultura - DC): Il discorso relativo all'immersione è senza fine; sappiamo quando lo abbiamo iniziato ma non possiamo sapere quando lo concluderemo. Consigliere Viola, per quanto mi riguarda posso solamente dirLe che si è cercato di fare tutto il possibile e che si continuerà a farlo. Il corpo docenti, la scuola, il comitato genitori, tutti si attendono di poter partire al più presto con questa sperimentazione annuale all'interno della scuola. Se ne parla continuamente, e se ne è parlato anche ieri in Giunta; credo che lo abbia riportato anche la stampa. Si sta cercando di trovare una soluzione per venire incontro a quelle che sono delle precise indicazioni dell'articolo 19 dello Statuto ed a quelle che sono le richieste - a mio avviso decisamente comprensibili - da parte della scuola e del comitato genitori, anche sulla base di precise intese politiche che nel corso dei mesi di agosto e settembre si sono

ottenute all'interno della Giunta provinciale. Si tratta perciò di trovare una soluzione che da una parte dia la possibilità di attenersi all'articolo 19 dello Statuto - ed è quanto abbiamo fatto attraverso le intese politiche - e dall'altra soddisfi l'esigenza del direttore generale dottor De Leo, che, per quanto concerne la geografia, vi sia, alla fine della prima media, il voto di geografia. Sembra che le soluzioni prospettate, sulle quali si sta lavorando anche in questo momento, siano quelle già riportate dalla stampa, e cioè quelle di trovare un modo per aumentare di due ore l'insegnamento della lingua tedesca insegnando la geografia locale - aumentando le ore di lezione da sei a otto - senza aumentare il monte orario complessivo delle ore previste, in quanto, aumentando l'orario complessivo delle ore, si sarebbe potuto trovare subito un accordo, perché era sufficiente che la scuola fosse d'accordo. Non si aumentano quindi le ore di insegnamento; ci saranno due ore di più in lingua tedesca. L'ultima ipotesi sulla quale stiamo lavorando è quella di prevedere due ore di scienze ed una di geografia in lingua italiana per consentire all'insegnante di poter dare il voto. Siamo un po' in mezzo ad un guado. Speriamo al più presto di trovare una soluzione. Io ho messo a disposizione gli uffici e tutto ciò che potevo affinché si possa partire al più presto.

VIOLA (PDS): Come Lei dice, la storia è fin troppo lunga. Noi tutti sappiamo che da parte delle famiglie c'è una grandissima attesa. Sappiamo anche che da una grandissima attesa non c'è da aspettarsi una grandissima soluzione ma irritazione nel caso in cui questo progetto non potesse andare avanti. Sappiamo che l'Assessore Pellegrini personalmente si è impegnato molto in questa direzione. Sono dell'avviso che dobbiamo assolutamente arrivare alla conclusione di una nuova politica scolastica, di cultura e pedagogica che porti ad un nuovo ripensamento dell'insegnamento del tedesco come seconda lingua nelle scuole italiane. Abbiamo bisogno di una soluzione che porti all'allargamento, all'ampliamento della sperimentazione dell'immersione, come avviene in tutti i Paesi del mondo dove questi problemi sono stati risolti in maniera molto più efficace che da noi. Ricordo che - come tutti sanno - se c'è la volontà politica, in realtà non ci sono ostacoli insormontabili. Lo Statuto è nato per impedire allo Stato italiano di imporre alle scuole di fare materie al di fuori della loro lingua materna, non certo per impedire agli italiani di studiare meglio la seconda lingua. Lo Statuto si può interpretare anche in questo modo. Non serve a niente - anche se apprezzo che si sia fatto un piccolo passo in avanti e sono contento che si vada avanti in questa direzione - che si vada avanti arrampicarsi sugli specchi - non mi riferisco all'Assessore - e chiamare questa sperimentazione: "Due ore di tedesco in cui si fa anche geografia". Sono due ore di geografia in tedesco, e, prima o poi, dovremo tirare le conclusioni in questa direzione. Sono dell'avviso che comunque si debba andare avanti su questo spiraglio che si è aperto ed esaminarlo con estrema serietà. La Giunta ed il Governo devono fare il possibile per venire incontro a questa esigenza manifestata dagli organi collegiali della scuola "Archimede", che interpretano un bisogno molto diffuso tra la popolazione di lingua italiana.

PRÄSIDENT: Anfrage Nr. 8/11/93 vom 3.11.1993, eingebracht von den Abgeordneten Zendron und Tribus. Ich bitte Frau Zendron um Verlesung der Anfrage.

ZENDRON (GAF-GVA): I sottoscritti consiglieri Alessandra Zendron e Arnold Tribus interrogano il Presidente della Giunta provinciale per sapere:

- se corrisponde a verità che la Giunta provinciale ha respinto la proposta della Commissione provinciale per le pari opportunità fra uomo e donna che intende, in sintonia con la relazione del Governo italiano per l'applicazione della Convenzione delle Nazioni Unite sull'eliminazione delle discriminazioni fra sessi del 1969, realizzare un manifesto di propaganda elettorale a favore delle donne;
- e se è vero che il Presidente, ha usato, in un incontro con le rappresentanti della Commissione, espressioni di disprezzo per la Commissione stessa per il suo impegno a favore delle donne.

DURNWALDER (Landeshauptmann - SVP): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Es stimmt, daß die Organisation "Chancengleichheit für Frauen" ein entsprechendes Programm vorgelegt hat, um in den Genuß eines Beitrages für die Veröffentlichung bzw. für eine Werbeaktion mit dem Titel "Diesmal sollen Frauen Frauen wählen" zu kommen. Weder der Unterfertigte noch die Landesregierung hat dieses Projekt im Ausmaß von circa 10 Millionen Lire genehmigt, und zwar aus der Überzeugung, daß es nicht gerechtfertigt wäre, einseitige Werbemaßnahmen mit öffentlichem Geld von seiten der Landesregierung zu unterstützen. Wir haben die Organisation "Chancengleichheit für Frauen" in den abgelaufenen Jahren bei allen Maßnahmen unterstützt, wenn es um Fortbildung, Weiterbildung usw. gegangen ist. Auch was die Errichtung von Frauenhäusern anbelangt, haben wir die diesbezüglichen Projekte unterstützt und werden dies auch in Zukunft tun. Wir sind allerdings der Auffassung, daß Werbeplakate nicht von seiten der Landesregierung bzw. nicht mit öffentlichen Steuergeldern unterstützt werden sollten. Wir sind einverstanden, daß Frauen entsprechende Werbeaktionen machen. Diese Aktionen sollen aber mit Geldmitteln von seiten der Parteien und nicht von seiten der Landesregierung finanziert werden. Dies würde einen sehr gefährlichen Präzedenzfall darstellen. Morgen könnten die Behinderten, die Jugendlichen sowie die Männer kommen und ähnliche Aktionen verlangen. Sie wissen, daß es bereits diesbezügliche Urteile gibt, in denen solche Maßnahmen einseitig abgetan werden - beispielsweise in Ligurien - und deshalb nicht rechtmäßig wären. Gerade in der jetzigen Zeit, sprich in Wahlzeiten, sollten wir bei der Unterstützung solcher Maßnahmen vorsichtig sein. All das habe ich den Frauen gesagt! Man möchte selbstverständlich etwas hineinkristallisieren bzw. hineininterpretieren! Aber es wird kaum gelingen, Landeshauptmann Durnwalder als einen Frauenfeind hinzustellen.

Ich habe die verschiedenen Maßnahmen, die die Frauenorganisationen vorgebracht haben, immer mit Wohlwollen unterstützt. Ich werde sie auch in Zukunft unterstützen, weil ich der Meinung bin, daß wir in der Gesellschaft gleiche Voraussetzungen für die Geschlechter schaffen und vor allem auch den Frauen bei der Durchführung der verschiedenen Initiativen helfen sollten. Es ist sicherlich gerechtfertigt, den verschiedenen Organisationen bei der Durchführung der verschiedenen Initiativen im beruflichen Bereich zu helfen. Eine Frau sollte im öffentlichen Leben gleiche Positionen einnehmen können wie ein Mann. Aber das Land darf keine Werbeaktionen für Wahlen zahlen. Dies hatten wir nie vor und werden es auch in Zukunft nicht tun. Es liegt mir fern, die Frauen in irgendeiner Form mit Äußerungen oder sonstigen Bemerkungen zu beleidigen. Dies müssen auch die Frauen, die bei mir waren, zur Kenntnis nehmen.

ZENDRON (GAF-GVA): Sono assolutamente insoddisfatta della risposta del Presidente, che non fa altro che ripetere quanto già detto alla delegazione della Commissione per le pari opportunità. Mi meraviglia il fatto che il Presidente chiami “organizzazione” un Comitato votato da questo Consiglio, le cui rappresentanti sono...

DURNWALDER (Landeshauptmann - SVP): (*unterbricht*)

ZENDRON (GAF-GVA): Sto solo dicendo che Lei ha chiamato “organizzazione” un Comitato che è stato eletto dal Consiglio in cui ci sono rappresentanti di tutte le organizzazioni femminili. Quello che scandalizza tanto la Giunta ed il Presidente è una cosa che sta nella convenzione sulla parità dei diritti dell’O.N.U. dell’anno 1969, che viene fatto in tutta Italia. Anche il comportamento del Presidente e dei suoi colleghi maschi quando si parla di questa questione, per chi sta attento, è la dimostrazione della considerazione che si presta in quest’aula a queste questioni. Lo abbiamo visto tante volte. Tutte queste battute ironiche sono il segnale di quello che il Presidente chiama “Frauenfeindlichkeit”. Caro Presidente, certo che Lei è nemico delle donne! Lei vuole tenere le donne in un ruolo che loro - anche attraverso quanto dice il Comitato per le pari opportunità - hanno scelto di svolgere. Le ripeto che la propaganda elettorale a favore delle donne non dovrebbe affatto spaventarvi, visto che in questo consesso ce ne sono solo tre e che probabilmente anche nelle prossime elezioni non sembra che si moltiplicheranno enormemente, visto che non sono neanche 1/5 delle candidate! Ci sono liste in cui non ci sono neppure donne! Non si capisce perché una cosa che viene fatta in tutta Italia debba fare paura. Certo, da parte della Giunta c’è inimicizia nei confronti delle donne. E’ una cosa che da altre parti si fa. Non è una cosa che si sono inventate le rappresentati del Comitato. Credo che ce ne sia bisogno. I signori qui presenti, fuori dall’aula, non

oserebbero assumere atteggiamenti sprezzanti nei confronti delle loro parenti femmine, mentre in quest'aula si continuano a sentire battute. Credo che questo debba cambiare.

PRÄSIDENT: Anfrage Nr. 9/11/93 vom 3.11.1993, eingebracht vom Abgeordneten Peterlini. Ich bitte den Einbringer um Verlesung der Anfrage.

PETERLINI (SVP): Bereits vor mehreren Jahren haben Messungen des Chemischen Landeslabors ergeben, daß die Bozner Stahlwerke die gesetzlich festgelegten Grenzwerte der Lärmbelästigung und Staubemissionen überschritten haben. Unterfertiger hat deshalb in mehreren Anfragen auf die gesundheitsschädigende und umweltbelastende Situation hingewiesen.

Besonders betroffen sind dabei nicht nur die zahlreichen Bewohner des Stadtviertels Bozen/Haslach, sondern auch die Arbeiter und Angestellten des Unternehmens selbst.

Die dem Industriebetrieb von der Landesverwaltung vorgeschriebenen Umweltauflagen scheinen bis dato immer noch nicht erfüllt worden zu sein. Nur so ist es zu erklären, daß die Belastung für die Anrainer ständig zunimmt. Als Bewohner des betroffenen Stadtviertels kann der Unterfertigte selbst die untragbare Situation bezeugen.

An Landeshauptmann Dr. Luis Durnwalder und Dr. Erich Achmüller ergehen deshalb folgende Fragen:

1. Wurden in bezug auf Lärmbelästigung und Schadstoffmissionen durch die Bozner Stahlwerke in jüngster Zeit von den zuständigen Stellen Messungen durchgeführt?
2. Warum haben die Stahlwerke die Umweltauflagen des Landes immer noch nicht erfüllt?
3. Was gedenkt die Landesregierung gegen die für die betroffenen Bürger und Arbeiter unzumutbare Situation zu unternehmen?

ACHMÜLLER (Landesrat für Personal, Landschafts- und Umweltschutz - SVP): Die letzten Messungen bei den Stahlwerken wurden am 8.10.1993 vom Chemischen Landeslaboratorium durchgeführt. Dabei wurde die qualitative und quantitative Zusammensetzung des emittierten Staubes ermittelt. Die Staubprobe wurde am Hallendach genommen. Man hat festgestellt, daß wir - was die Schwermetalle betrifft - sowohl unter den nationalen als auch unter jenen Grenzwerten, die in Deutschland gelten, liegen. In diesem Zusammenhang sei nochmals festgestellt, daß für die sogenannten Sekundäremissionen - das sind jene Emissionen, die sich im Raum frei verbreiten und auch frei durch das Dach entweichen - keine Grenzwerte festgelegt sind. Laut Gesetz müssen diese Emissionen erfaßt und einer geeigneten Abluftbehandlung zugeführt werden. Dies ist nicht der Fall.

Zu dem im Dezember 1992 vorgelegten Sanierungsprojekt, welches die Einhausung des Elektroofens vorsah und somit auch die Erfassung und Abscheidung der Sekundäremissionen sowie eine Lärmverringerung mit sich gebracht hätte, ist folgendes zu sagen. Die Firmenleitung hat dieses Projekt aus Gründen der Standortfrage und aufgrund von konzerninternen Schwierigkeiten - Problemen der Wirtschaftlichkeit bzw. nicht vorhandenen Finanzen - nicht realisiert. Der im Genehmigungsbescheid des Amtes für Luft und Lärm enthaltene Termin zur Fertigstellung des Umweltschutzprojektes war August 1993.

Somit sei festgestellt, daß - was die Stahlwerke betrifft - im Zusammenhang mit der Sanierung der Emissionssituation alle von den Umweltämtern gesetzten Fristen abgelaufen sind. Mit Schreiben vom 11.8.1993 haben die Stahlwerke mitgeteilt, daß sie ein Ministerialdekret, und zwar Artikel 5 des Ministerialdekretes vom 12.7.1990, in Anspruch nehmen möchten, welches vorsieht, daß Betriebe für Anlagen, die sie nicht wieder sanieren möchten, eine Auslaufzeit bekommen. Das bedeutet, daß sie ihren Betrieb bis zum 31.12.1994 weiterführen können. Der Bürgermeister von Bozen hat die Genehmigung im Sinne dieses Ministerialdekretes erteilt.

In Anbetracht dieser Rechtslage und der Tatsache, daß der Hochofen mit Ende 1994 geschlossen werden muß, sind weitere Messungen wohl wenig sinnvoll, auch deswegen, weil sich - wie schon ausgeführt - die Grenzwertfrage bei Sekundäremissionen nicht stellt und diesbezügliche Grenzwerte nicht vorgeschrieben sind. Dies betrifft - wenn schon - die Absaugung. Aber die diesbezüglich von den Stahlwerken vorgelegten sowie von unseren Ämtern genehmigten Projekte werden nicht realisiert.

PETERLINI (SVP): Ich danke dem Landesrat Achmüller für seine sehr klare Antwort! Sie hat uns gezeigt, daß die Auflagen, welche die Landesregierung gestellt hat, nicht beachtet wurden. Der Bürgermeister von Bozen hat aufgrund einer staatlichen Bestimmung - da würde ich mir erlauben, die Zuständigkeitsfrage aufzuwerfen - das Weiterleben und die Weiterverschmutzung für ein ganzes Jahr lang dekretiert.

Wir müssen in bezug auf diese Frage grundsätzliche Überlegungen anstellen. Wir haben die Industriezone Bozen vom Faschismus vererbt bekommen. Sie hat keine positiven Früchte gebracht und kostet dem Land Hunderte Milliarden Lire. Es wäre einmal interessant zusammenzuzählen, wieviele Milliarden da hineingeflossen sind. Zusätzlich bringt die Industriezone Bozen noch Lärm- und Luftbelastung mit sich. Ich glaube, daß dies nicht der Sinn unserer Förderungspolitik im Lande Südtirol sein kann. Deswegen bin ich sehr froh über diese klare Antwort, die ja praktisch folgendes bedeutet: Die Auflagen wurden nicht beachtet. Trotzdem wird weitergearbeitet, und zwar weil der Bürgermeister von Bozen aufgrund eines Staatsdekretes das "Weiterleben", das "Weiterverschmutzen" und das "Weiterlärmen" erlaubt hat. Die Bevölkerung soll dies zur Kenntnis nehmen. Sie soll auch wissen, daß wir nicht bereit sind, diesen Zustand weiter hinzunehmen. Man muß es auch in bezug auf die Ökonomie betrachten. Wenn nur Defizite produziert werden und

keine Zukunftsaussichten vorhanden sind, dann sollte man es nicht weiterhin fördern. Sie brauchen nicht den Kopf zu schütteln! Wenn Förderungsmittel falsch investiert werden, dann sind sie beim Fenster hinausgeworfen worden. Dies sage ich Ihnen als Wirtschaftsexperte. Anhand meines bescheidenen Studiums kann ich sagen, daß diese Förderungsmittel besser angelegt werden können, und zwar dort, wo noch Renditen unter dem Strich herauschauen und nicht nur rote Zahlen aufscheinen. Da sind sie wirklich beim Fenster hinausgeworfen! Außerdem wird die Bevölkerung gestört, die Luft verschmutzt und unsere Gesundheit gefährdet.

Ich möchte deshalb einen Appell an die Landesregierung, welche ja noch weiterarbeiten wird, richten und sie bitten, sich diese grundsätzliche Frage zu Herzen zu nehmen und sie zu überprüfen. Ich danke Ihnen recht herzlich!

PRÄSIDENT: Anfrage Nr. 10/11/93 vom 3.11.1993, eingebracht von den Abgeordneten Tribus und Zendron. Ich bitte den Abgeordneten Tribus um Verlesung der Anfrage.

TRIBUS (GAF-GVA): Entspricht es der Wahrheit, daß die Landesverwaltung für die Miete von Schloß Maretsch

- 1) jährlich 270 Millionen Lire ausgibt?
- 2) Welcher Nutzung ist das Schloß durch den neuen Mieter zugeführt worden (nicht einmal das Restaurant soll funktionieren!)

PELLEGRINI (Assessore alle finanze, patrimonio e cultura - DC): Effettivamente l'amministrazione provinciale ha concordato con l'Azienda di soggiorno un affitto annuale di 270.000.000.- per il Castel Mareccio. Devo dire che per il momento la gestione viene fatta ancora dall'Azienda di soggiorno, ma è chiaro che dobbiamo occuparci di questo. Attualmente della gestione se ne occupano sia dei funzionari che degli Assessori. La composizione della Commissione degli Assessori è formata da Frick, Hosp e Pellegrini. Gli Assessori si sono già incontrati ed hanno potuto prendere visione di alcune domande fatte da parte di enti privati, esterni all'amministrazione. Posso dire che per poter gestire questa struttura hanno fatto domanda il Bildungszentrum, l'Accademia Europea, una Cooperativa ed alcune ditte private. Sul mio tavolo sono pervenute sicuramente circa cinque richieste per gestire questa struttura. Naturalmente ci sono problemi per quanto riguarda la scelta. Ho fatto presente che era opportuno che una struttura di questo genere vedesse al proprio interno - ne fa cenno anche il consigliere Tribus nella sua interrogazione urgente - anche una divisione di compiti. La parte "culturale" del castello potrebbe essere diversificata rispetto alla parte "gastronomica". Non è detto che questo debba essere fatto, in quanto si può anche fare un discorso unico prendendo in considerazione la struttura nella sua interezza. Bisogna tenere in considerazione il fatto

che Castel Mareccio in una città come Bolzano ha sempre rappresentato un importantissimo punto di aggregazione, di incontro, di unione. Per questo motivo devono essere necessariamente coinvolti tutti i gruppi etnici; la struttura prescelta dovrà dare anche questa garanzia. Questa è la richiesta che io ho fatto; ne stiamo discutendo all'interno del Comitato degli assessori e speriamo al più presto di poter giungere ad una decisione, ferme restando le richieste di gestione appena elencate.

TRIBUS (GAF-GVA): Natürlich ist nicht Landesrat Pellegrini für diese Entscheidung verantwortlich, da diese ja bereits vorher gefällt wurde. Aber die Frage, die gestellt werden muß, ist folgende: Wozu mietet das Land eine Struktur zum Preis von 270 Millionen Lire an und stellt sich danach die Fragen: Was tun wir damit? Welche Rolle hat das Land? Ist Landeshauptmann Durnwalder ein Makler geworden, der Objekte anmietet - Herr Landeshauptmann, es geht um Schloß Maretsch - und danach weitervermietet? Was tut man damit? Es handelt sich wirklich um einen kleinen Skandal! Die Kurverwaltung weiß nicht, was sie tun soll. Sie läßt ihre Schulden vom Land mit 270 Millionen Lire begleichen und führt das Objekt weiter. Das Land zahlt natürlich. Es scheint, daß dieser Betrag gar nicht ins Gewicht fallen würde. Die 10 Millionen Lire für die Frauenplakate sind ein großer Skandal. Da werden jedoch Direktor Seppi 270 Millionen Lire geschenkt, damit er die Schulden bezahlen kann. Danach diskutiert man darüber, ob die Akademie, die Bauern, die Kooperativen oder die Privaten einziehen sollen. Es handelt sich also wirklich um einen kleinen Skandal! Es ist bedauerlich, daß man bei diesen Summen so tut, als handle es sich um Trinkgeld. 270 Millionen Lire werden überhaupt nicht beachtet.

Inzwischen ist Schloß Maretsch eine sehr schöne Struktur im Herzen der Stadt Bozen. Es ist wirklich skandalös, daß die Kurverwaltung nicht imstande gewesen ist, diese Struktur aufzuwerten. Es ist höchste Zeit, daß sich die Kurverwaltung jener Spitzenkräfte entledigt, die mit diesen Objekten nichts anzufangen wissen. Wenn man nicht fähig ist, dies zu tun, dann wäre es naheliegend, daß das Land diese Struktur nicht übernimmt. Aber offensichtlich ist die Ratlosigkeit sehr groß. Ratlosigkeit kann man nicht dadurch überwinden, indem man den Leuten 270 Millionen Lire in den Mund stopft, um sie zum Schweigen zu bringen.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

PROF. ROMANO VIOLA

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: L'assessore Saurer è assente. Se non rientrerà gli manderò le numerose interrogazioni che erano rivolte a lui entro cinque giorni.

Ha chiesto la parola la consigliera Klotz sul Regolamento interno.

KLOTZ (UFS): Herr Präsident! Dies ist nun schon zum zweiten Mal der Fall, daß mir das passiert. Ich berufe mich auf die Geschäftsordnung, und zwar auf Artikel 111, in dem klar geschrieben steht, daß die Anfragen in jedem Fall verlesen werden müssen. Wenn der Befragte abwesend ist, so muß er die Anfrage innerhalb von 5 Tagen beantworten. Meine erste Frage lautet, ob Landesrat Saurer für die Vormittagssitzung bzw. für die Zeit der aktuellen Fragestunde offiziell entschuldigt ist oder nicht. Wir können uns dies nicht gefallen lassen! Es handelt sich hier ja um recht brisante und aktuelle Anfragen. Ansonsten hätte ich eine schriftliche Anfrage gestellt. Infolgedessen, Herr Präsident, ist das Mindeste, was ich tun darf, die Anfragen zu verlesen. Sie müssen mir Auskunft darüber geben, ob der zuständige Landesrat offiziell entschuldigt ist oder nicht. Ansonsten muß ich es ganz einfach als einen Trick des Landesrates betrachten, wenn er nicht erscheint. Ich muß dann davon ausgehen, daß ihm diese Anfragen peinlich sind. Welche Mittel haben wir?

Es gibt einen Präzedenzfall. Landesrat Bolognini hat eine Anfrage, die er spätestens bis zum 11./12. Oktober schriftlich beantworten hätte müssen, bis heute nicht beantwortet. Da hört sich jede aktuelle Fragestunde auf!

PRESIDENTE: Consigliera Klotz, dal punto di vista generale Lei ha perfettamente ragione. Condivido il fatto che non sia opportuno, salvo casi eccezionali, che ci sia una assenza.

Alla Sua specifica domanda rispondo che l'Assessore Saurer non ha una sua giustificazione scritta; questa mattina era presente. Come Lei sa, nel caso in cui delle interrogazioni non possono essere trattate per giustificato impedimento - in questo caso ingiustificato, ma può darsi che ci pervenga una giustificazione pienamente credibile in quanto la ragione dell'assenza dell'Assessore potrebbe essere anche tra le più drammatiche, anche se mi auguro che non sia così - il comma 6 dell'articolo 111 recita: "*L'interrogato provvede a rispondere per iscritto, entro 5 giorni dalla seduta, alle interrogazioni che non possono essere trattate per giustificato impedimento dell'interrogato, dell'interrogante, o per motivi di tempo*".

Francamente, a questo punto, non credo sia il caso di dare lettura dell'interrogazione, che tra le altre cose è pubblica, in assenza dell'Assessore competente. Il regolamento dice che alle interrogazioni che non possono essere trattate, si dà risposta scritta, noi quindi non ne possiamo dare lettura e non le possiamo trattare.

Ha chiesto la parola la consigliera Klotz sull'ordine dei lavori, prego.

KLOTZ (UFS): Herr Präsident, zum Fortgang der Arbeiten, aber auch zur Geschäftsordnung! Es steht hier expressis verbis, daß Anfragen nur bei entschuldigter Verhinderung des Befragten nicht behandelt werden. Ansonsten hätte man es nicht hinschreiben brauchen! Dies wird zur Farce! Es ist ganz klar, daß, wenn eine peinliche

Anfrage gestellt wird und der Landesrat einfach hinausgeht, sie dann nicht behandelt werden kann. Diese Absicht kann weder der Präsident noch der Landtag haben!

Herr Präsident! Ich erkläre mich bereit, diese drei an Landesrat Saurer gestellten Anfragen hintanzustellen. Sobald Landesrat Saurer auftaucht, können wir die Anfragen einschieben. Sollte er bis zum Ende der aktuellen Fragestunde nicht da sein, bestehe ich darauf, Absatz 5 des Artikels 111 wortgetreu anzuwenden. Darin steht folgendes: *“In der Fragestunde ruft der Präsident die Anfragen in der Reihenfolge ihres Einlangens auf. Ist der Fragesteller abwesend, verfällt die Anfrage. - Das ist nicht der Fall - Nach Verlesung der Anfrage durch den Anfragesteller stehen dem Befragten drei Minuten für die Beantwortung und dem Anfragesteller zwei Minuten für die Replik zu.”* Es geht einfach nicht an, für die aktuelle Fragestunde eingebrachte Anfragen unter den Tisch zu kehren, als wären sie nicht da. Dann hört sich die Fragestunde auf! Ich möchte wissen, wer sich von den Landesräten dann noch verpflichtet fühlt, in der aktuellen Fragestunde anwesend zu sein!

Ich möchte den Herrn Präsidenten fragen, ob er mit diesem Vorschlag einverstanden ist, das heißt, abzuwarten, bis Landesrat Saurer kommt! Ich habe aber in jedem Fall das Recht - sollte der Landesrat bis vor Schluß der aktuellen Fragestunde nicht da sein -, diese Anfragen zu verlesen.

PRESIDENTE: Alla Sua domanda rispondo che Lei naturalmente ha il diritto di attendere, in quanto è possibile che l'Assessore ritorni. Questi rinvii si fanno abitualmente. Sono come Lei dell'avviso che sarebbe bene che fatti come questi non succedessero. Per quanto riguarda il fatto che l'assenza è ingiustificata, posso dire che l'assenza è momentaneamente ingiustificata.

Consigliera Klotz, per quanto riguarda invece la Sua richiesta, rispondo no, in quanto qui si parla di interrogazioni che devono essere trattate in aula. Quando queste non vengono trattate, c'è risposta scritta. Leggere una cosa ad una persona assente mi pare sia un teatro dell'assurdo. La replica inoltre si può fare unicamente se c'è stata la risposta dell'Assessore. L'interrogazione è pubblica ed è già stata data alla stampa. La lettura dell'interrogazione avrebbe ugualmente senso se queste interrogazioni non fossero già pubbliche, ma lo diventassero solamente nel preciso momento in cui se ne dà lettura. Solamente in questo caso Lei potrebbe chiedermi come fa ad esempio a difendersi da una maliziosa assenza. Siccome però queste interrogazioni sono pubbliche e sono già nelle mani dei giornalisti, non esiste nessun danno nei confronti del Suo lavoro. Lei potrebbe leggerle ma non illustrarle. Mi spiace, ma sono dell'avviso che si passi all'interrogazione successiva.

KLOTZ (UFS): *(unterbricht)*

PRESIDENTE: Questa è una decisione già presa. Lei intende protestare su questa mia decisione? Non capisco.

KLOTZ (UFS): Herr Präsident! Ich muß Ihnen aufs Schärfste widersprechen. Die Arbeitsinstitution ist der Landtag. Die anderen Landtagsabgeordneten bekommen diese Anfragen nicht auf den Tisch. Der Landtag hat ein Recht darauf, daß die Anfragen in der aktuelle Fragestunde behandelt werden. Wir arbeiten schließlich nicht nur für die Presse, sondern für unsere Pflichterfüllung als Mitglieder des Landtages. Herr Präsident! Sie können sicher sein, daß ich alle Mittel in Bewegung setzen und alle Wege suchen werde, um diesem Recht zum Durchbruch zu verhelfen. Es steht ausdrücklich: "*Die Anfragen, die wegen entschuldigter Verhinderung ...*" Wenn hier stehen würde: "Die Anfragen, die wegen Verhinderung oder wegen Abwesenheit des Befragten nicht behandelt werden können, werden innerhalb von 5 Tagen ab dem Sitzungstag schriftlich beantwortet.", dann würde ich sagen, daß Sie mit Ihrer Interpretation recht haben! Aber so ist dies in keiner Weise der Fall! Das ist eine Einladung für die Landesräte, brisante Anfragen nicht zu behandeln, so daß sie einfach nicht zur Sprache kommen.

Herr Präsident, das kann doch nicht in Ihrem Interesse sein! Es hat mich schon gestern getroffen und heute schon wieder. Aber morgen kann es alle anderen Abgeordneten betreffen. Infolgedessen, Herr Präsident, muß ich darauf bestehen, Absatz 5 des Artikels 111 der Geschäftsordnung anzuwenden, unabhängig von Absatz 6. Hier steht nicht, daß die Anfragen nicht verlesen werden dürfen, wenn der zuständige Landesrat abwesend ist. Ich wiederhole noch einmal, daß dies ein ganz großer Eingriff in die Arbeit des Landtages und eine Mißachtung der Geschäftsordnung wäre.

PRESIDENTE: Sono spiacente ma nelle Sue dichiarazioni non trovo elementi sufficienti per farmi cambiare idea. Ripeto sinteticamente quanto già espresso, l'interrogazione è un atto pubblico. Ora la faremo distribuire: il problema non consiste in questo. Io posso sbagliarmi, e per questo motivo faremo una riunione sul regolamento. Il segretario generale comunque è del mio stesso parere. Per questo motivo trovo che la lettura dell'interrogazione davanti ad un banco vuoto che non può rispondere, non abbia senso. Le faccio nuovamente presente che il regolamento prescrive una risposta scritta che può essere data alla stampa.

Ha chiesto la parola il consigliere Benedikter, per cosa?

BENEDIKTER (UFS): Zur Geschäftsordnung!

PRESIDENTE: Mi deve dire su che cosa intende prendere la parola, perché potrebbe anche voler parlare delle Dolomiti. Se si tratta di questo argomento, io non sono d'accordo.

KLOTZ (UFS): (*unterbricht*)

PRESIDENTE: La parola al consigliere Benedikter.

BENEDIKTER (UFS): Herr Präsident! Ich bestreite Ihre Begründung. Sie haben vorgebracht, daß Anfragen bereits öffentlich sind. Dies stimmt der Form nach nicht. Eine Anfrage wird nicht öffentlich, indem sie in den Zeitungen veröffentlicht wird. Wenn sie im Landtag verlesen wird, dann ist sie öffentlich, gleich ob hier nur ein Abgeordneter oder alle 35 Abgeordneten sitzen. Es geht nicht an, daß Sie sagen, auch der Sekretär wäre dieser Ansicht, als ob der Sekretär der Papst wäre, der die endgültige Entscheidung trifft. Sie haben sich nicht auf den Sekretär zu berufen, sondern - wenschon - übernehmen Sie die Verantwortung für das, was Sie sagen! Ob viele oder wenige Abgeordnete in diesem Saal sitzen, spielt keine Rolle. Damit eine Anfrage öffentlich ist, muß sie verlesen werden. Im übrigen hat ja meine Kollegin ausgeführt, warum die Anfragen verlesen werden müssen. Dies trifft deshalb zu, weil der Landesrat nicht entschuldigt ist. Also kann diese Bestimmung hier nicht Anwendung finden, da Anfragen sowieso innerhalb von 5 Tagen beantwortet werden müssen. Ich protestiere gegen diese Auslegung!

PRESIDENTE: Ne prendo atto. Mettiamo a verbale la Sua protesta. Proseguiamo i lavori con l'**interrogazione n. 14/11/93** del 4.11.1993, presentata dalla consigliera Klotz. Prego l'interrogante di dare lettura dell'interrogazione.

KLOTZ (UFS): Betrifft: Nichtbeantwortete Anfragen.

Angesichts der Tatsache, daß eine ganze Reihe von Anfragen, welche teilweise bereits vor 8/9 Monaten eingebracht worden waren, bis heute nicht beantwortet sind, ergeben sich folgende Fragen:

- Hat der Präsident des Landtages einen Überblick, wieviele und welche Anfragen bis heute auf eine Antwort warten?
- Hat der Präsident alles unternommen, um die in der Geschäftsordnung festgelegten Fristen einzuhalten bzw. anzumahnen?
- Was wird er unternehmen, um die säumigen Landesräte dazu zu bringen, daß sie vor Ablauf der Legislatur (wenigstens) sämtliche noch unerledigte Anfragen, auch die unangenehmen und brisanten, beantworten?
- Könnte es nicht dienlich sein, daß der Präsident kurz vor den Wahlen eine Liste der bis dahin immer noch unerledigten Anfragen mit Nennung des Einbringers, des Befragten sowie des Inhalts der Anfrage veröffentlicht?
- Wäre der Präsident bereit, diese Maßnahme zu ergreifen?

PRESIDENTE: Il problema che Lei tocca è reale. La informo sul fatto che le interrogazioni che fino ad oggi non hanno avuto risposta sono 118. Io naturalmente ho

sollecitato ripetutamente gli Assessori competenti affinché rispettassero questo termine. Bisognerebbe precisare il regolamento. In realtà non esistono i mezzi per “costringere”, io ritengo comunque che la risposta dovrebbe essere un dovere degli interrogati a rispondere. Posso solamente dire, e non intendo fare l’avvocato del diavolo perché anch’io ho presentato delle interrogazioni alle quali non ho ancora ricevuto risposta, che bisogna anche tenere conto della quantità delle interrogazioni presentate. Nella precedente legislatura sono state complessivamente presentate 800 interrogazioni. In questa legislatura sono state presentate ad oggi 2367 interrogazioni, ossia più del triplo, mentre gli impiegati e gli Assessori invece non sono quadruplicati. Il fatto che 118 interrogazioni su 2367 siano rimaste inevase, mi pare sia una cosa non positiva ma comunque comprensibile, se rapportato alle cifre appena elencate.

Il regolamento cita che c’è l’obbligo di fornire completa e tempestiva risposta alle interrogazioni. Qualora la risposta non sia pervenuta entro 60 giorni, il Presidente del Consiglio dà lettura dell’interrogazione in seduta pubblica e sollecita l’interrogato a rispondere entro 8 giorni. Bisogna tenere presente che questo vale dall’entrata in vigore del nuovo regolamento del 12 giugno scorso e non può valere per le precedenti interrogazioni. Ora ci sono problemi di tempo che Lei già conosce. A mio avviso però, sono d’accordo con Lei, ed affermo che bisognerebbe innanzitutto fare il massimo sforzo per rispondere alle interrogazioni. Bisognerebbe poi fare qualche cosa per rendere più stringente e categorico l’obbligo della risposta, in quanto, oltre alle lettere ed ai solleciti non esistono altri mezzi. Una ipotesi estrema potrebbe essere la sospensione di un Assessore che non risponde mai alle interrogazioni dai lavori del Consiglio.

KLOTZ (UFS): Herr Präsident! Ich bin nicht der Meinung, daß die Geschäftsordnung präzisiert werden muß. In der Geschäftsordnung steht ganz klar geschrieben, daß der Befragte innerhalb von 30 Tagen eine schriftliche Antwort zu übermitteln hat. Es steht weiters: *“Sind die Anfragen nicht innerhalb von 60 Tagen beantwortet worden, verliert der Landtagspräsident in öffentlicher Sitzung die Anfrage und fordert den Befragten auf, sie innerhalb von 8 Tagen zu beantworten.”* Es stimmt schon, daß dies erst mit der neuen Geschäftsordnung gilt. Aber es ist auch richtig, daß dies für alle Anfragen gilt, die bisher eingereicht worden sind. Diese müßten gleich behandelt werden, egal, ob sie vor dem Datum der Genehmigung der neuen Geschäftsordnung oder danach eingebracht worden sind.

Im übrigen hängt es vom Willen des Präsidenten ab, ob er hier etwas tun will. Herr Präsident! Sie sagen, man müßte eine Lösung finden. Ich habe hier einen ganz konkreten Vorschlag gemacht, und zwar, daß der Präsident kurz vor den Wahlen eine Liste der bis dahin immer noch unerledigten Anfragen mit Nennung des Einbringers, des Befragten sowie des Inhalts der Anfrage veröffentlicht. Der Präsident hat selbstverständlich das Recht, dies zu tun, zumal er sich auch auf die Geschäftsordnung berufen kann. Herr Präsident! Seien Sie ehrlich! Es kommt sicherlich vielen Landesräten gelegen, daß

die Legislatur zu Ende geht, denn es sind immerhin - wie Sie selber sagen - 118 Anfragen nicht beantwortet worden. Manche davon wurden wahrscheinlich aus Schlamperei nicht beantwortet. Aber ich behaupte, daß einige wichtige davon absichtlich nicht beantwortet wurden. Ich könnte Ihnen eine Reihe von meinen Anfragen nennen, die brisant sind. Die Landesräte wissen sehr wohl, warum sie diese Anfragen nicht beantworten!

Infolgedessen, Herr Präsident, kann ich mit Ihrer Antwort leider nicht zufrieden sein. Auch Sie stehlen sich aus der Verantwortung. Sie hätten als Präsident die Pflicht, dafür zu sorgen, daß diese wenigen Instrumente, die wir als Abgeordnete haben, zur Anwendung kommen und wir von unserem Recht Gebrauch machen. Die Opposition hat ja das Recht auf Kontrolle! Sie sagen, man müßte präzisieren. Gar nichts muß man präzisieren! Die Mittel sind hier enthalten. Sie müssen es nur wollen!

PRESIDENTE: Interrogazione 15/11/93 del 4.11.1993, presentata dalla consigliera Klotz. Prego la consigliera di dare lettura dell'interrogazione.

KLOTZ (UFS): Herr Präsident, soll ich warten, bis Landesrat Pellegrini kommt, oder ist auch er jetzt entschuldigt abwesend?

PRESIDENTE: Possiamo passare all'interrogazione alla quale io posso rispondere. Credo comunque che l'Assessore Pellegrini torni per tempo, e quindi non c'è problema.

KLOTZ (UFS): In einer Anfrage vom 16. Juli 1993 hatte ich gefragt, ob es stimmt, daß das Rima-Gebäude, für dessen Benützung das Land bzw. die Region monatlich sehr hohe Mieten zahlen, nie eine Bewohnbarkeitserklärung erhalten hat.

- Kann man angesichts der Tatsache, daß diese Anfrage bis heute nicht beantwortet ist, davon ausgehen, daß obige Behauptung stimmt?
- Wenn ja, weshalb ist die Bewohnbarkeitserklärung nicht ausgestellt worden?
- Seit wann wird das Rima-Gebäude vom Land benützt?
- Wie hoch ist die monatliche Miete derzeit und an wen ist sie zu entrichten?
- Ist der Preis gerechtfertigt, angesichts der Tatsache, daß keine Bewohnbarkeitserklärung ausgestellt wird bzw. werden kann?

PELLEGRINI (Assessore alle finanze, patrimonio e cultura - DC): In effetti esiste una concessione edilizia, ed io ne possiedo una copia. Visti gli atti di presentazione dell'edificio di proprietà del "Centro-sud", Società in accomandita semplice, di Rima Novello di data 28.11.73, il Comune di Bolzano, V ripartizione, edilizia privata, dà il certificato di abitabilità e di agibilità, come richiesto nell'interrogazione della consigliera Klotz.

Per quanto riguarda l'affitto, si fa presente che questo fabbricato è affittato all'amministrazione provinciale dal 15.9.1975. Attualmente l'importo d'affitto mensile ammonta a L. 119.761.950. Detto importo viene versato alla ditta Centro-Sud, Società in accomandita semplice di Bolzano.

KLOTZ (UFS): Herr Landesrat! Ich danke Ihnen für die Auskunft zu den gestellten Fragen. Sie haben mir leider nicht gesagt, seit wann diese Bewohnbarkeitserklärung existiert. Ich bitte Sie, dies noch anzuführen!

PELLEGRINI (Assessore alle finanze, patrimonio e cultura - DC): 8. Gennaio 1992!

KLOTZ (UFS): Damit, Herr Landesrat, ist selbstverständlich die letzte Frage nicht beantwortet. Ich nehme an, daß dieser Mietpreis auch vor dem Februar 1992 entsprechend hoch war. Ich frage mich, ob dieser Preis überhaupt gerechtfertigt ist! Kann man Lokale vermieten und dafür solche Preise verlangen, wenn die Bewohnbarkeitserklärung 20 Jahre lang - 1973 wurde das Rima-Gebäude gebaut - ausständig war? Das paßt nicht zusammen. Herr Landesrat, ich möchte Sie ersuchen, mir diese Frage noch schriftlich zu beantworten. Danke!

PRESIDENTE: Interrogazione n. 16/11/93 del 4.11.1993, presentata dalla consigliera Klotz. Prego la consigliera di dare lettura dell'interrogazione.

KLOTZ (UFS): Betrifft: Mit Dienstautos zu Wahlversammlungen.

- Stimmt es, daß der Präsident des Südtiroler Landtags zur Podiumsdiskussion von Parteienvertretern über die bevorstehenden Landtagswahlen, welche an der Universität Innsbruck vor circa 2 Wochen stattgefunden hat, mit dem Dienstwagen des Südtiroler Landtags erschienen ist?
- Können die Dienstautos von den Mitgliedern der Landesregierung bzw. Mitgliedern des Präsidiums des Landtags zu solchen Zwecken benützt werden?
- Wer führt Buch über die Benützung der Dienstautos und wer kontrolliert eventuell die Rechtmäßigkeit solcher "Dienstfahrten"?
- Fahren auch Landesräte mit Dienstautos zu Wahlveranstaltungen oder ähnlichem (z.B. Podiumsdiskussionen als Parteienvertreter oder Kandidaten)?
- Kann der Mißbrauch ausgeschlossen werden?

PRESIDENTE: A questa interrogazione dovrebbe rispondere anche la Giunta, ho fatto quindi chiamare il Presidente Durnwalder, che potrà dire qualche cosa.

Innanzitutto corrisponde al vero, domanda retorica, perché Lei sa benissimo che io, circa a metà ottobre, sono andato ad un dibattito all'università di Innsbruck. Ero stato

invitato in qualità di consigliere del PDS ed ho usato la macchina di servizio. Lei mi chiede se questo sia possibile oppure no. La informo che esiste un Decreto del Presidente della Giunta provinciale del 21.6.1989, n. 13, che regola l'uso delle macchine della Provincia. In Consiglio non esiste un regolamento, quindi, per antica prassi, ci si regola su questo per analogia. Il regolamento della Giunta - e non sto dicendo se è giusto o sbagliato - attualmente in vigore prevede la possibilità di un uso della macchina di servizio da parte degli Assessori e del Presidente della Giunta provinciale, e quindi per analogia del Presidente e del Vicepresidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano - membri dell'Ufficio di Presidenza esclusi, anche per uso personale, a loro scelta. L'uso personale della macchina di servizio non è escluso. Dopo gliene farò avere una copia.

La mia opinione personale è che sarebbe necessario arrivare ad una definizione più precisa che escluda determinati usi e ne consenta espressamente altri. Per quanto mi riguarda, Lei sa, in quanto sono stato costretto a precisarlo migliaia di volte ai giornalisti quando sono stato eletto Presidente, i quali mi hanno praticamente chiesto solamente se farò uso o meno della macchina di servizio e non che cosa intenderò fare politicamente in futuro, che io faccio un uso spartano della macchina di servizio. Personalmente non ritengo opportuno usare la mia macchina nelle manifestazioni elettorali; l'ho sempre fatto e continuerò a farlo anche in questi ultimi 20 giorni. Mi sono recato un'unica volta con la macchina di servizio ad Innsbruck. Intendo essere molto dettagliato, in quanto anche la domanda lo era. L'ho fatto in quanto purtroppo quel giorno - non possiedo un certificato medico, dovete credere alla mia parola di Presidente - non stavo affatto bene. Le alternative erano due: andare con la macchina di servizio oppure non partecipare. Il pomeriggio prima della partenza ho chiesto al vice segretario generale rag. De Giorgis che sostituiva il dott. Peintner se potevo andare per una cosa del PDS con la macchina di servizio, e lui mi ha assicurato che non c'era alcun problema.

Come ultima cosa, vorrei spiegare come i membri dell'Union für Südtirol hanno saputo questa straordinaria notizia. Non ne sono venuti a conoscenza come se fosse una notizia tenuta segreta! Consigliera Klotz, come Lei sa, questa notizia l'ha saputa dal sottoscritto! Quando sono arrivato all'università di Innsbruck, sono stato interrogato da uno dei vostri candidati - che tra l'altro non aveva neanche visto la mia macchina perché era parcheggiata da un'altra parte - che era un mio collega che conosco da 35 anni, che mi ha chiesto se ero venuto ad Innsbruck da solo. Io risposi di essere venuto con l'autista perché non mi sentivo molto bene. Naturalmente non ritenevo di avere nulla da nascondere. La vostra quindi non è stata una grande scoperta.

E' stato ritenuto opportuno trasformare questa informazione in una interrogazione. Dica a quel collega che è perfettamente legittimo far una interrogazione. In queste cose bisogna avere il massimo scrupolo e la massima prudenza. Io al suo posto però non l'avrei fatto, però questo mio pensiero non ha importanza alcuna.

CONSIGLIERE: (*interrompe*)

PRESIDENTE: Io specifico e dettaglio. Ci chiedono queste cose. Per concludere, Le faccio anche presente che, comunque sia, per prima cosa è mio diritto usare la macchina di servizio. Per seconda cosa, voglio specificare che lo faccio molto raramente, e questa è una mia scelta personale. Per terza cosa, se fossi andato come consigliere, avrei avuto diritto ad avere come Lei e come chiunque altro, un rimborso delle spese chilometriche - $130 + 130 = 260$ - per circa 500 lire al chilometro oltre al rimborso spese del Ponte Europa, sia per l'andata che per il ritorno. Non ho quindi neanche gravato sull'amministrazione in quanto le spese dell'autista sono state compensate dalle mancate spese di rimborso che avrei potuto chiedere.

A questa interrogazione potrebbe rispondere anche la Giunta. Questo regolamento però è molto chiaro e da esso potrà vedere che l'uso del mezzo di servizio è molto chiaro. Personalmente, se la cosa Le interessa, Le comunico che per ragioni di opportunità userò la mia macchina.

KLOTZ (UFS): Herr Präsident! Ich danke Ihnen für diese klare Antwort! Es wäre zwar nicht notwendig gewesen, daß Sie auf das Zustandekommen eingehen, aber ich habe keine Schwierigkeiten damit, Ihnen diese Frage zu stellen. Es ist mein gutes Recht. Sowohl mein Mitkandidat als auch jeder einfache Bürger hat das Recht, mir den Auftrag zu erteilen bzw. mich zu ersuchen, nachzufragen. Ich halte es für wichtig und notwendig, diese Anfrage zu stellen. Sie waren ja nicht der erste! Sie sagen, daß Sie das volle Recht dazu haben. Ich ersuche Sie - wahrscheinlich nicht unbedingt mehr in Ihrem Interesse, aber im Interesse Ihrer Nachfolger -, die Aussage "uso a loro scelta" zu präzisieren. Ich glaube nicht, daß es im Sinne der Korrektheit ist, wenn beispielweise ein Mitglied der Landesregierung zu einer Wahlveranstaltung geht. Wenn ein Abgeordneter als Landesrat oder als Präsident zu einer Veranstaltung fährt, dann ist dies natürlich etwas ganz anderes. Ich möchte nur sagen, als Teilnehmer an einer ...

KASERER (SVP): *(unterbricht)*

KLOTZ (UFS): Kollege Kaserer, dazu kannst Du eine Anfrage einbringen! Behindere mich bitte nicht in meiner Redezeit! Wenn also der Landesrat zu einer Wahlveranstaltung als Parteiangehöriger oder als Kandidat fährt, dann wäre er den anderen Kandidaten gegenüber privilegiert, wenn er aus gesundheitlichen Gründen oder weshalb auch immer mit dem Dienstwagen fahren kann. Ein normaler Kandidat - und in diesem Fall sind ja alle gleichgestellt bzw. gleichberechtigt -, wäre also benachteiligt. Wer das Dienstauto nicht zur Verfügung hat, muß auf diese Wahlveranstaltung verzichten und eventuell einen anderen dafür ernennen oder dafür abbestellen.

Herr Präsident! Aus diesem Grund möchte ich auch für die Mitglieder der Landesregierung feststellen, daß die Landesräte in der letzten Legislatur mit Dienstautos zur Podiumsdiskussion in Innsbruck gefahren sind. Wir möchten nur wissen, ob dies korrekt ist und man hier Mißbrauch ausschließen kann. Es ist kein Neid. Man soll ein- für allemal gewähren, daß kein Mißbrauch betrieben wird.

PRESIDENTE: Proseguiamo secondo l'ordine. Adesso è ritornato anche l'Assessore Saurer. Noi però finiamo le interrogazioni. Si pone un problema: se facciamo rispondere l'Assessore Saurer a 5 interrogazioni, usciamo dal tempo concordato di 90 minuti, facciamo quindi le ultime 2.

Interrogazione n. 17/11/93 del 4.11.1993, presentata dalla consigliera Klotz. Prego l'interrogante di dare lettura dell'interrogazione.

KLOTZ (UFS): Betrifft: Mißbrauch bei Wohnbauförderung.

Zur Fragestunde am 5.10.1993 hatte ich eine Anfrage betreffend Gerüchte über den Mißbrauch der Wohnbauförderung durch den Ortsobmann der SVP von St. Martin in Gsies, Lehrer Siegfried Bachmann, vorgelegt.

Diese war nicht behandelt worden, da der zuständige Landesrat gerade zu diesem Zeitpunkt nicht im Saal war.

Gemäß Geschäftsordnung hätte die Anfrage innerhalb von 5 Tagen, also spätestens bis zum 11.10. schriftlich beantwortet werden müssen, was nicht der Fall war.

Trotz öffentlicher Nachfrage im Landtag im Rahmen der Behandlung des sogenannten Wohnbaureformgesetzes, was es mit oben erwähnten Anschuldigungen auf sich habe, ist bis heute keine Antwort eingetroffen.

- Ist der Sache nachgegangen worden?
- Zu welchem Schluß ist man bisher gelangt?
- Wann kann ich mit einer klaren Antwort rechnen?

BOLOGNINI (Assessore al commercio, edilizia abitativa agevolata, trasporti e assistenza - DC): Questo è un esempio clamorosamente tipico di interrogazione di attualità. Fa riferimento ad una cooperativa costituitasi nel lontano 1971. Gli uffici hanno adoperato un po' di tempo per "recuperare" la storia di questa cooperativa ed a ricostruire la vicenda per come si è svolta. L'attualità non sempre è così attuale. Collega Klotz, qualche volta bisognerebbe essere molto più precisi nel corrispondere a quanto previsto nel nostro regolamento.

Premesso quindi che io continuo a non considerare questa interrogazione riferita a problemi di attualità, do le notizie richieste, dopo che gli uffici, avendo utilizzato il tempo necessario, hanno prodotto le informazioni del caso.

La cooperativa di cui si parla si è costituita il 26.10.1971 in San Martino in Gsies. Ha ottenuto agevolazioni in contributi a fondo perduto e agevolazioni mediante un

mutuo venticinquennale privo di interessi, risalente ad una legge del 1961 non più in vigore. Complessivamente nel 1974 ha ottenuto agevolazioni per lire 84.000.000.-. Il 10.9.1974 la signora Bachmann Hilda ha sostituito un membro di questa cooperativa. Il 19 marzo 1976 la signora Bachmann Hilda ha fatto domanda per anticipare l'estinzione del mutuo. Questa vicenda si è protratta per alcuni anni. Il 19 agosto 1986 il residuo debito risulta estinto e viene restituita anche la quota a fondo perduto di L. 6.000.000.- Successivamente il sig. Siegfried Bachmann, fratello della predetta Bachmann Hilda, ottiene di potersi sostituire alla sorella nell'utilizzo dell'alloggio. Non risulta quindi che vi sia stata una duplicazione di intervento provinciale, in quanto il primo intervento è stato completamente restituito. Inoltre è stata anticipata la restituzione del debito residuo al punto tale che il 19 agosto 1986 era stato restituito tutto, e quindi stato estinto qualsiasi debito.

Le domande successivamente predisposte dal signor Bachmann sono state accolte nel pieno rispetto della normativa vigente. Non vi è stata alcuna doppia sovvenzione, né vi è stato alcun abuso. Eventualmente l'unico problema che può essersi posto all'epoca, su cui però non posso dare alcuna notizia né fare alcun commento, è che tra il 1981 ed il 1985 da alcuni sopralluoghi compiuti dall'ufficio competente risultava che quell'alloggio era abitato da Bachmann Hilda insieme al fratello Siegfried Bachmann con la sua famiglia. Da dichiarazioni attribuite al sig. Siegfried Bachmann dalla di lui moglie risultava che la permanenza di Bachmann Hilda in quell'alloggio era saltuaria. Siccome queste situazioni si erano verificate nel primo decennio, si sarebbero probabilmente dovuti adottare i provvedimenti previsti in materia. Il fatto che non siano stati adottati non è purtroppo di mia competenza, come non lo era neanche allora.

KLOTZ (UFS): Herr Landesrat, Sie hätten sich Ihre humorvolle Einlage, es sei nicht aktuell, sparen können! Es ist an dem Zeitpunkt aktuell, an dem ich in Kenntnis davon gesetzt werde und einen Auftrag von seiten der Wähler bekomme, einer Sache nachzugehen, gleichgültig, auf welches Datum es zurückgeht. Ich glaube nicht, daß es klug ist, im Zusammenhang mit den jetzigen Dingen, die so langsam, langsam ausapern, davon zu sprechen, sie seien von geringer Aktualität. Auch alte Dinge können aktuell sein.

Was nun Ihre Ausführungen anbelangt, Herr Landesrat, so müßte man gewissen Dingen noch konkreter nachgehen! Jedenfalls ist mir bezeugt worden, daß Hilda und Siegfried Bachmann zu keiner Zeit in ein- und derselben Wohnung gelebt hätten und diese schwerhörige behinderte Schwester gerade in dem Moment, in dem die Kontrollen von seiten des Landesamtes gekommen sind, herbeigeschafft wurde, um zu unterschreiben, daß sie hier ansässig sei. All das kann man nachlesen. Es ist auch bereits veröffentlicht worden. Herr Landesrat! Ich höre hier, daß dies alles rechtens sei und daß, wenn etwas nicht ganz korrekt gewesen sei, dies mehr oder weniger verjährt sei. Für mich bleibt die Anfrage trotzdem aktuell. Wenigstens wissen wir jetzt, welche Wege es gibt und auf

welche Möglichkeiten des Schwindels wir in der nächsten Legislatur besonders acht geben müssen!

Herr Präsident, darf ich eine Minute zur Geschäftsordnung sprechen? Ich möchte jetzt, da Landesrat Saurer anwesend ist, an folgende Tatsache erinnern, um keine Präzedenzfälle zu schaffen. In der Geschäftsordnung heißt es: *“Die Aktuelle Fragestunde darf pro Sitzungsfolge die Dauer von neunzig Minuten nicht überschreiten. Der Präsident kann - nach Anhören des Kollegiums der Fraktionsvorsitzenden - eine Verlängerung der Fragestunde verfügen.”* Ich ersuche den Präsidenten ganz offiziell, die Fraktionsvorsitzenden zu befragen und nach diesem Punkt der Geschäftsordnung vorzugehen! Es war nicht meine Schuld, daß die Anfragen nicht behandelt werden konnten. Vielleicht ist es sogar im Interesse des jetzt wieder aufgetauchten Landesrates, diese Anfragen zu behandeln.

PRESIDENTE: Interrogazione n. 18/11/93 del 5.11.1993, presentata dai consiglieri Tribus e Zendron. Prego il consigliere Tribus di dare lettura dell'interrogazione.

TRIBUS (GAF-GVA): Folgende Fragen richten wir an Herrn Landesrat Achmüller:

- Welche vom Landesgesetz vom 3. Juli 1959 (Ordnung der Ämter und des Personals der Landesverwaltung) vorgesehenen Dienststrafen wurden gegen jene Beamten angewandt, die von der Gerichtsbehörde wegen Amtsmißbrauch, Verdacht auf Erpressung oder ähnlichen Vergehen verurteilt worden sind?
- Entspricht es der Wahrheit, daß einige Beamte, gegen die Verfahren eingeleitet wurden, in der Zwischenzeit befördert wurden?
- Um welche Beamte handelt es sich und wie wird diese Beförderung begründet?

ACHMÜLLER (Landesrat für Personal, Landschafts- und Umweltschutz - SVP): Zur ersten Frage! Für die vier in der Zwischenzeit wegen Fälschung des Protokolls beim Assessorat für Umweltschutz verurteilten Landesbeamten ist das rechtskräftige Urteil der Landesverwaltung gerade erst ausgehändigt worden. Es wurde uns vorige Woche von der Rechtsabteilung zugeleitet. Nun wird das Dienststrafverfahren eingeleitet. Ich habe diesbezügliche Anweisungen an den Personalinspektor erlassen.

Zur zweiten Frage! Im Zuständigkeitsbereich des Landesrates für Personalwesen und Umweltschutz erfolgten keine Beförderungen von Bediensteten, gegen die Gerichtsverfahren eingeleitet wurden. Es wurden die drei Direktoren Masella, Messner und Morandi jedoch in ihrem Amt bestätigt. Auf die Frage, warum sie in ihrem Amt bestätigt wurden, ist folgendes zu sagen. Diese Beamten haben sich vorher niemals etwas zu Schulden kommen lassen und ihre Aufgabe immer in verantwortungsvoller Weise wahrgenommen. Zum anderen stellte sich aufgrund des Nicht-Vorhandenseins qualifizierter Fachleute auch nicht die Möglichkeit der Alternative.

Letztgenannter, Ragioniere Morandi, übt die Funktion als Amtsdirektor zur Zeit nicht aus, aufgrund eines Einwandes des Rechnungshofes. Auf den Einwand des Rechnungshofes wird geantwortet, wenn das Dienststrafverfahren behandelt wird.

Auf die Frage, auf welche Möglichkeiten im Rahmen eines Dienststrafverfahrens zurückgegriffen werden kann, ist folgendes zu antworten. Es gibt die Möglichkeit des Verweises, der Gehaltskürzung, der zeitweiligen Dienstenthebung und der Absetzung bzw. auch der Entlassung. Dies sind die verschiedenen Stufen, die möglich sind.

TRIBUS (GAF-GVA): Herr Landesrat! Ihre Antwort war zwar sehr präzise, aber ich muß folgendes feststellen. Man hat bisher so getan, als würde kein Problem existieren. Ich bin ein großer Verfechter der ultragarantistischen Linie. Aber ich muß dazusagen, daß dies großen Unmut bei den Beamten selbst auslöst. Wenn sich ein Beamter frech benimmt, dann wird er von seinem Amtsvorsteher irgendwie belangt. Sie sagen, daß ich erst etwas Größeres anstellen und alle Instanzen durchlaufen muß, um überhaupt ... Ich glaube, daß man eine Prozedur ausfindig machen muß. Es ist wirklich eigenartig zu sagen: "Jemand kann hypothetisch gestohlen haben." Man hat den Verdacht der Korruption, der Erpressung usw. Dann tut man so, als sei nichts geschehen. Es ist klar, daß sich die nicht in den Verdacht der Korruption gelangten Beamten, sprich die überwiegende Mehrheit - es handelt sich ja um Tausende und Abertausende -, fragen, wieso dies der Fall ist. Sie sind treue Diener ihres Herrn und werden für Lappalien belangt. Diejenigen, die in den Verdacht kommen, sich Größeres zu Schulden kommen zu lassen, werden irgendwie geschützt.

Wir entnehmen der heutigen Pressemappe, daß sich die Landesräte Saurer, Alber und Achmüller Gedanken über die sogenannten "funzionari inquisiti" machen wollen. Ich denke, daß hier schleunigst eine Lösung gefunden werden muß. Man muß eine klare Linie haben. Entweder man sagt, daß alle zeitweilig vom Dienst suspendiert werden, oder man setzt sofort eine Landesprozedur ein!

PRESIDENTE: La collega Klotz ha richiesto di proseguire con la trattazione delle interrogazioni. Nell'articolo 111 si dice che il tempo dedicato alla trattazione delle interrogazioni non deve superare i 90 minuti. Il Presidente può predisporre di prolungarne la durata, previa consultazione con il collegio dei capigruppo. Personalmente io sono favorevole. Forse non occorre sospendere la seduta, in quanto, a mio avviso, perdiamo solamente del tempo. Se in aula c'è qualche capigruppo che ha forti motivi per dire di no, lo faccia presente.

Collega Klotz, posso dare un suggerimento. Le interrogazioni cui l'Assessore Saurer deve dare risposta sono in totale 5 o 6. Alcune Sue interrogazioni sono molto simili. Si può darne singolarmente lettura, mentre per quanto riguarda la replica, tutte e tre possono essere unificate. Chiaramente all'Assessore spetterà una replica di 2 o 3 minuti.

Seguendo l'ordine, la prima interrogazione alla quale deve rispondere l'Assessore Saurer, è l'**interrogazione n. 6/11/93** del 26.10.1993, presentata dal consigliere Viola.

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

ROBERT KASERER

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

PRÄSIDENT: Abgeordneter Viola, Sie haben das Wort zur Verlesung der Anfrage.

VIOLA (PDS): Oggetto: nuovo ospedale di Merano.

Ha suscitato grande scalpore l'arresto dei funzionari provinciali Oswald Gozzer, Giancarlo Hager, Franco Travan, Carlo Tagliagne, nell'ambito di indagini su presunte tangenti per la costruzione del nuovo ospedale di Merano.

Questa vicenda è causa di grande allarme nella popolazione, sia per l'importanza dell'opera in questione, il cui costo è aumentato dai 74 miliardi del primo progetto ai più di trecento attualmente stimati, sia per il coinvolgimento nell'inchiesta di una delle più importanti imprese edilizie altoatesine, sia infine per il numero di funzionari provinciali indagati per aver richiesto o accettato tangenti e pilotato gare d'appalto: tutto ciò mette inevitabilmente in seria discussione l'immagine di efficienza ed imparzialità dell'amministrazione provinciale, e lascia spazio ad accuse generalizzate di corruzione.

E' necessario quindi fare la massima chiarezza su quanto avvenuto negli uffici provinciali coinvolti dall'inchiesta, e contemporaneamente porre mano ad energici rimedi per evitare che simili comportamenti si possano ripetere.

Ciò premesso, il sottoscritto consigliere provinciale, interroga gli assessori Saurer e Alber per sapere:

1. Quali valutazioni danno della vicenda, e come ritengono siano stati possibili i fatti oggetto di indagine.
2. Se sono mai stati eseguiti controlli sull'attività degli uffici i cui funzionari sono ora indagati per le vicende sull'ospedale di Merano; se sì, con quali risultati.
3. Quali modifiche intendono comunque apportare alle procedure fino ad ora seguite per evitare al massimo i rischi di eventuali comportamenti illeciti.

SAURER (Landesrat für Gesundheits- und Arbeitswesen und Berufsausbildung - SVP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich bin leider nicht in der Lage, eine Bewertung des gesamten Vorfalles vorzunehmen, da mir persönlich die Elemente fehlen. Wenn ich sämtliche Elemente, die scheinbar im Besitz des Staatsanwaltes Ranzi sind, hätte, könnte ich die Situation entsprechend bewerten. Man redet zur Zeit in allen Presseorganen von den Sanitätsbauten bzw. von Dingen, die dort errichtet wurden, sowie

von Schmiergeldern, die geflossen sind. Bis jetzt ist mir mit Ausnahme der 20 Millionen Lire, die Herrn Hager angelastet werden, nicht bekannt, daß die eingekerkerten Funktionäre der Sanitätsbauten etwas zugegeben hätten oder Beweise auf dem Tisch wären, die für sie eine definitive Verurteilung mit sich bringen würden. Dabei weiß man noch nicht, ob Herr Hager diese 20 Millionen Lire in Funktion seiner Tätigkeit in der Bauerhaltung oder im Sanitätswesen bekommen hat.

Ich würde die Medien sowie die Kollegen ersuchen, mit Vorverurteilungen etwas vorsichtiger zu sein! Erst dann, wenn Elemente auf dem Tisch sind - ich gehe davon aus, daß Staatsanwalt Ranzi diese Elemente hat -, kann man eine Bewertung der Gesamtangelegenheit vornehmen. Sollte sich herausstellen - ich habe dies schon einige Male erklärt -, daß in den letzten Jahren, also, seitdem ich in diesem Bereich die Verantwortung trage - seit 1987 -, ein System herrschte, dann werde ich entsprechende politische Konsequenzen ziehen. Aber beim derzeitigen Stand der Dinge kann ich noch keine Bewertung vornehmen. Es wird immer wieder behauptet, es sei nicht kontrolliert worden. Wir - nicht nur die Bauleitung, sondern auch die zuständigen Herren der Sanität, der Sanitätseinheit und der Verwaltungsabteilung innerhalb der Sanitätsbauten - haben uns jedes Monat in Meran mit diesen Funktionären - es waren ungefähr 15 an der Zahl - getroffen und das Bauprogramm sowie den Fortgang der Arbeiten vereinbart, damit alle Aspekte ins Ganze einfließen. Die Abnahmeprüfer sind ernannt worden. Mit der Bauleitung agiert nicht nur das Projektenteam aus Offenbach, sondern für die einzelnen Arbeiten sind auch die Abnahmeprüfer ernannt worden. Man kann nicht davon ausgehen, daß keine Kontrollen stattgefunden haben. Wenn die Abnahmeprüfer ernannt werden und jeden Baufortschritt zu unterzeichnen haben, dann gehe ich davon aus, daß auch entsprechende Kontrollen vorhanden waren.

Infolgedessen muß ich auch in diesem Punkt - soweit meine Verantwortlichkeit reicht - feststellen, daß alles Menschenmögliche getan worden ist. Wir haben durchwegs Firmenwettbewerbe und öffentliche Versteigerungen, was das Krankenhaus Meran anbelangt, durchgeführt. Was die Kosten anbelangt, ist folgendes zu sagen. Holzmann redet von 24 Milliarden Lire. Präsident Viola spricht von 74 Milliarden Lire. Das Projekt "Brei" - dies ist erwiesen und vertraglich abgesichert - hätte 135 Milliarden Lire gekostet. Dazu kommt noch eine zusätzliche Kubatur von ungefähr 30.000 Kubikmetern, so daß zusätzliche 33 Milliarden Lire aufzubringen sind. Dazu kommen noch sämtliche technologische Dinge, die nirgends vorgesehen waren, beispielsweise die Wärmekraftkoppelung, die neuen Kommunikationsanlagen, die im Krankenhaus Meran eingebaut worden sind, und die geänderten Bestimmungen im Bereich des Feuerschutzes, welche 25 Milliarden Lire betragen. Insgesamt entsteht ein Betrag von 195 Milliarden Lire. Dies bringt einen Gesamtkostenpreis von 678.000 Lire pro Kubikmeter, ein Wert, der auch einige Male veröffentlicht wurde. Eine Klinik, die in Luxemburg im Bau ist, beläuft sich auf 860.000 Lire pro Kubikmeter; städtisches Krankenhaus Bielefeld: 730.000 Lire pro Kubikmeter; Klinikum Fürth: 708.000 Lire pro Kubikmeter; eine anderes städtisches

Krankenhaus: 716.000 Lire pro Kubikmeter. Also, man kann nicht davon ausgehen, daß das Krankenhaus Meran überbezahlt wird, auch angesichts der Baupreise, die im Land Südtirol herrschen und ganz anders sind als jene in Trient und Verona. Infolgedessen liegen wir im Europäischen Schnitt, unabhängig von den Elementen, die vorliegen. Diese kann ich nicht bewerten. Da wird die Gerichtsbarkeit ihren Weg gehen. Aber von außen her beobachtet, sowohl was das Verfahren als auch was die Kosten anbelangt, sehe ich keinen besonderen Anlaß, davon zu sprechen, daß das Krankenhaus Meran überbezahlt ist.

VIOLA (PDS): Assessore Saurer, prendo atto delle Sue risposte. Non ho elementi per contrapporre altre valutazioni, perché non ne conosco.

Non ho nessuna difficoltà a dire che personalmente sono tra quelli che hanno stima della Sua persona anche in qualità di Assessore. Ho presentato questa interrogazione orale, in quanto mi sembrava giusto utilizzare questo momento per sollevare ufficialmente il problema. Io ho parlato di “presunte tangenti” che verranno eventualmente accertate dalla Magistratura. Resta però il fatto che l’eco e l’impressione tra la gente sono stati enormi. Questa naturalmente non è una prova di colpevolezza. Tutto questo suscita enorme preoccupazione e getta una immagine negativa sull’amministrazione in quanto tale.

Sapevo perfettamente che in tre minuti Lei non mi poteva dare una risposta esauriente anche perché certe cose comunque Lei non le può sapere. Tuttavia, anche se Lei certamente non ha bisogno di consigli, mi permetto di sottolineare un fatto. L’esperienza che abbiamo fatto nella commissione di inchiesta relative ad altri argomenti ci ha dato una impressione molto positiva. Per quanto riguarda il passato non vi si può porre rimedio, ed in ogni caso su di esso indaga chi di competenza, ossia la Magistratura. Per quanto riguarda invece il futuro, di fronte a questo fatto, se sarà accertato, si può studiare, anche con la collaborazione dei funzionari, di vedere quali mezzi, quali misure preventive e di sicurezza, quali ulteriori controlli si possono introdurre per limitare al massimo il rischio dell’eventuale ripetersi di simili eventi.

Durante una Commissione d’inchiesta, su un punto relativo ad una concessione edilizia rilasciata a Brunico, dopo ripetuti colloqui con i funzionari e gli Assessori, si è individuato che era possibile individuare delle misure preventive e maggiori controlli per evitare il ripetersi di questi avvenimenti che hanno suscitato enorme impressione tra tutta la popolazione.

PRÄSIDENT: Wir kommen zur Behandlung der drei Anfragen, die die Abgeordnete Klotz eingebracht hat, die **Anfrage Nr. 11/11/93** vom 4.11.1993, die **Anfrage Nr. 12/11/93** vom 4.11.1993 und die **Anfrage Nr. 13/11/93** vom 4.11.1993.

Frau Klotz, Sie haben das Wort zur Verlesung der Anfragen.

KLOTZ (UFS): Ich habe drei Anfragen eingebracht, da ich schon einmal mehr oder weniger darauf aufmerksam gemacht worden bin, daß ich zu lange Anfragen stelle. Infolgedessen habe ich meine Fragen auf drei Anfragen aufgeteilt. Dies ist der einzige Grund dafür.

Anfrage Nr. 11/11/93

Betrifft: Technische Mängel in der Ausstattung des neuen Meraner Krankenhauses.

Die im neuen Meraner Krankenhaus eingebauten Wärme- und Feuchtigkeitsschutzanlagen entsprechen offensichtlich nicht den spezifischen Gegebenheiten und Bedürfnissen. So sei beispielsweise in allen Räumen, die zur Fassade hin gerichtet sind, die Entstehung von Schimmelpilz regelrecht vorprogrammiert.

Ärzte weisen darauf hin, daß laut Fachliteratur solcher Schimmelpilz bei immungeschwächten Patienten zum Tode führen kann.

Die Marmorfassade sei so ausgebildet, daß sie ein Schmutzfänger wird und sich nie mehr ganz reinigen läßt und sich somit selbst zerstören wird. Sie zöge die Feuchtigkeit regelrecht an, durch ihre Beschaffenheit, es werde gefrieren und in der Folge alles abplatzen.

Die Feuerschutztüren entsprechen nicht den geltenden Normen: sie seien von der Konstruktion her nicht in der Lage, eventuell entstehendem Feuer, so wie nötig, zwei Stunden standzuhalten, sondern der Feuerabschluß sei bereits nach einer Viertelstunde nicht mehr gewährleistet.

- Weiß der zuständige Landesrat davon?
- Wer wird für diese Fehlkonstruktionen und Mängel zur Rechenschaft gezogen?

Anfrage Nr. 12/11/93

Betrifft: Lärmschutz im Krankenhausneubau von Meran.

Ein freiberuflich tätiger Spezialist für Lärmschutzvorrichtungen bemängelt am Krankenhausneubau von Meran folgendes:

Im gesamten Neubau seien Türen eingebaut worden, die den Richtlinien des Landesgesetzes betreffend Bestimmungen des Lärmschutzes nicht entsprechen und nicht für die entsprechende Lärmdämmung geeignet sind.

Bei sämtlichen Naßzellen der Krankenzimmer sei der Lärmschutz nicht gewährleistet: wenn im Zimmer nebenan oder darüber die Wasserspülung des WC betätigt werde, hört man das. Dies sei eine besonders störende Lärmquelle für ruhebedürftige Patienten.

- Weiß der zuständige Landesrat von diesen Mängeln?
- Wer ist für diese Unzulänglichkeiten zur Verantwortung zu ziehen?

Anfrage Nr. 13/11/93

Betrifft: Technische Ausstattung des Krankenhausneubaus in Meran.

Ein Fachmann weist darauf hin, daß im Neubau des Krankenhauses von Meran direkt hinter dem Blitzableiter eine Elektroleitung geführt wird, was bewirkt, daß die Hochspannung, welche durch einen Blitzeinschlag entstehen kann, in den gesamten Raum (beispielsweise OP-Raum) gelangen kann.

Weiters wird festgestellt, daß die gesamte Blitzableitungsanlage nicht den Sicherheitsnormen entspricht und somit die ganze Fassade unter Hochspannung geraten kann.

Immer gemäß Augenschein dieses Fachmannes enthielten die Lüftungsleitungen, die über die Brandwände geführt werden, keine Feuerschutzklappen. Das hat zur Folge, daß im gesamten Trakt (in diesem Fall handelt es sich um den OP-Trakt) intensive Rauchentwicklung entsteht. Dies kann nur verhindert werden, wenn die Klappen bei Feuerbrand oder Rauchentwicklung sich automatisch schließen. Das können sie nicht, wo sie nicht vorhanden sind (eben im gesamten OP-Bereich).

- Hat der zuständige Landesrat von diesen schwerwiegenden technischen Mängeln Kenntnis?
- Wie konnte es zu einer derartigen Fahrlässigkeit und technischen Unzulänglichkeit kommen?

SAURER (Landesrat für Gesundheits- und Arbeitswesen und Berufsausbildung - SVP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist natürlich klar, daß die Dinge, die hier vorgebracht werden, sehr schwerwiegend sind. Ich hoffe, daß Sie, Frau Kollegin Klotz, mir Ihren Fachmann nennen, damit die Dinge ausdiskutiert werden können. Solche Behauptungen können natürlich nicht im Raum stehen bleiben. Ihr Vorsitzender bzw. Parteifreund ist letzthin auf der Baustelle gewesen. Dessen Eindrücke sind ganz anderer Art als die Punkte, die Sie jetzt vorbringen. Reden Sie mit ihm persönlich! Ich würde auch den Südtiroler Landtag einmal auffordern, sich dieses Geschehen in Meran anzuschauen! Man soll nicht immer jenen Leuten glauben, die die Dinge nur vom Hören-Sagen wissen. Auf jeden Fall ist ein bauphysikalisches Gutachten erstellt worden. Die deutschen Architekten sind viel zu seriös, um hier entscheidende Fehler zu begehen. Das können Sie mir glauben! In Deutschland ist die Haftung ja ganz anders geregelt als bei uns.

Dieses Gutachten ist die Grundlage für die Wettbewerbe "Fassadenelemente" und "Außenfassade" - Marmor - gewesen. Dementsprechend ist alles mit den Fachingenieuren für Klimatechnik ausgeführt worden, auch was die bauphysikalischen Forderungen anbelangt. Die Fassade ist mit einem Fassadeninstitut abgestimmt worden. Es ist einmal so, daß der selbstreinigende Lasermarmor von wichtigen Fassadeninstituten als eine äußerst vernünftige Lösung angegeben bzw. favorisiert wird. Wir sehen solche Fas-

saden zunehmend im Gegensatz. Ich habe schon einmal ausgeführt, daß in den 60er/70er Jahren Blechfassaden gebraucht worden sind. Nicht nur bei uns, sondern auf der ganzen Welt nehmen Natursteinfassaden zu. Ich glaube, daß man von keinem Luxus reden kann, weil die Fassade insgesamt, wie sie jetzt steht, billiger ist als eine Blechfassade. Dies ist nachweisbar. Infolgedessen sind Worte wie "Luxus" oder "Tempel" oder andere, die gebraucht worden sind, nur Gerede. Die jetzige Fassade ist billiger als die ursprünglich vorgesehene. Die gesamte Fassade ist nach geltenden staatlichen Normen, aber auch nach den DIN-Normen ausgeführt worden. Ebenso wurden bei den Feuerschutztüren die geltenden staatlichen Normen eingehalten. Entsprechende Prüfzeugnisse sind vorhanden. Auch die Abstimmung mit der Feuerwehr Bozen hinsichtlich Brandschutztüren ist erfolgt. Man muß - wenschon - die Prüfanstalten anzweifeln. Aber ich glaube, daß dazu nicht der geringste Anlaß besteht.

Schallschutz: 37 Dezibel. Die Normen sehen 47 Dezibel vor. Die staatlichen liegen noch darüber. Man hat alles und jedes getan, um den Schallschutz in den Griff zu bekommen. Alle Patientennaßzellen sind mit einem Steckspülbecken und nicht mit einem herkömmlichen Spülkasten versehen. Sowohl Wartung als auch Reparatur werden vom Korridor aus erfolgen. Die Naßzellen liegen nebeneinander, was natürlich sehr dazu beiträgt, die Störung im Bettenbereich auf ein Minimum zu reduzieren. Voll und ganz wird man diese Geschichte - wie jeder verstehen kann - nicht ausschalten können.

Blitzschutz und der Kolladator sind mit Elektroingenieuren - auch mit einem der bekanntesten Südtirols - abgesprochen worden. Es handelt sich um eine Elektroleitung für die Fluchtwegbeleuchtung der Balkone im Evakuierungsfalle. Es ist auszuschließen, daß ein Überspringen des Blitzes auf die Elektroleitung möglich ist. Dies wurde von Leuten festgestellt, die etwas von ihrem Handwerk verstehen. Hier scheint ein Lokalausgang gemacht worden zu sein. Im Bereich des OP's gibt es keine derartige Elektroleitung. Wie man diese bemerkt hat - sie befindet sich ja in der Zwischendecke -, weiß ich nicht. Anscheinend wurde nur ein Lokalausgang durchgeführt. Man hat nicht einmal die Pläne angeschaut. Auf jeden Fall trifft es auf den OP nicht zu.

Das Krankenhaus Meran ist in Abstimmung mit der Feuerwehr Bozen in verschiedene Brandschutzzonen aufgeteilt. Alle Lüftungskanäle haben in diesem Bereich automatisch auslösende Feuerschutzklappen, die auch vertikal abgeschottet sind. Der angesprochene OP-Bereich ist als eine Brandschutzzone ausgewiesen und dementsprechend ausgerüstet. Nach dem, was ich in Erfahrung gebracht habe - und ich habe mir die Mühe gemacht, mit den deutschen Technikern zu reden -, glaube ich, daß der Krankenhausbau von Meran ein Musterbeispiel dafür ist, wie Krankenhäuser heutzutage zu bauen sind. Das Architektenteam hat große Erfahrungen und x-Krankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland geplant bzw. gebaut. Wer die deutschen Architekten kennt, weiß, wie detailliert sie planen, auch was den technologischen Bereich anbelangt.

Schließlich und endlich sind das deutsche Architektenteam, unsere Bauleitung und die Kolladatoren da. Wenn es sich dabei nicht um politisch und menschenmöglich

vorgesehene Sicherungen handelt, dann weiß ich überhaupt nichts mehr! Wir werden allerdings in Zukunft darauf achten, daß die Funktion des Chefindgenieurs vom Bauleiter getrennt wird. Dies wäre eine Garantie für den Abgeordneten Viola. Die Bauabrechnung möchten wir nicht dem Amt selber, sondern einem Außenstehenden übertragen. In Zukunft möchten wir natürlich Firmenwettbewerbe vermeiden. Wir haben letztthin eine öffentliche Ausschreibung für einen Computertomographen gemacht, wobei jede Firma praktisch nur ein Angebot machen muß. Dabei ist kein Mehrfachangebot möglich. Nur, öffentliche Ausschreibungen werden sich sicher zum Schaden der Verwaltung auswirken. Infolgedessen würde ich jetzt nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, sondern wirklich die Wettbewerbsart, wie sie angemessen ist, beibehalten, auch mit Einschluß des Firmenwettbewerbes. Vielleicht müssen wir weniger in Regie arbeiten, weniger Firmenwettbewerbe und dafür mehr öffentliche Ausschreibungen machen. Das könnte unter Umständen die Lehre sein!

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

PROF. ROMANO VIOLA

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: La parola alla consigliera Klotz per una replica complessiva.

KLOTZ (UFS): Einverstanden! Herr Landesrat! Die nächsten 10 Jahre werden es wahrscheinlich genau zeigen, was wirklich der Fall ist und ob das Krankenhaus sowie dessen technische Ausstattung entsprechend allen Normen funktioniert. Nur fragt man sich - gestatten Sie mir diese Bemerkung -, weshalb dann der Kubikmeterpreis trotz allem innerhalb des mitteleuropäischen Standardes liegt, obwohl, wenn man der Presse Glauben schenken kann - ansonsten müßte sie ja geklagt werden -, darin auch noch beträchtliche Schmiergelder enthalten waren. Irgendwo muß ja gespart worden sein, aber dies lesen wir ...

SAURER (SVP): *(unterbricht)*

KLOTZ (UFS): Herr Landesrat, wenn Sie immer noch daran festhalten und daran glauben, dann ist dies Ihr gutes Recht! Sehr viele andere glauben es inzwischen nicht mehr. Herr Landesrat! Ich hatte aber nicht - ich muß mich kurz fassen -, das Material bzw. die Marmorfassade als solche kritisiert. Ich habe wörtlich geschrieben: "Die Marmorfassade sei so ausgebildet." Die Fugen, also die Verbindungsstellen, sind so schlecht, daß sie Feuchtigkeit anziehen und infolgedessen durch Gefrieren absplittern.

Was die Blitzableiter ...

FRASNELLI (SVP): *(unterbricht)*

KLOTZ (UFS): Kollege Frasnelli! Vielleicht verstehst Du mehr von der Technik. Du kannst es ja kontrollieren!

Was die Dezibel anbelangt, Herr Landesrat, hängt es natürlich schon auch davon ab, wo diese 27 Dezibel gemessen werden, und zwar, ob sie an der direkten Verbindungsstelle der Naßzellen oder in der Mitte des Krankenzimmers gemessen werden. Das ist ganz klar. Die Feuerschutzklappen und ...

FRASNELLI (SVP): *(unterbricht)*

MERANER (FDU): Hör einmal auf! Uns interessiert nicht, was Du zu sagen hast! Wir wollen ungestört zuhören!

KLOTZ (UFS): Ich wiederhole. Es ist hier ausdrücklich erwähnt worden, daß beispielsweise der OP-Raum angrenzt. Es gilt aber auch für andere Räume, die laut diesen Aussagen unter Hochspannung geraten können. Umso schwerwiegender ist es natürlich für einen OP-Raum mit hochempfindlichen Geräten.

Abschließend möchte ich folgendes sagen. Herr Landesrat, es wird sich ja zeigen, was dran ist. Kollege Frasnelli ist anscheinend ein Hellseher!

PRESIDENTE: Ci sarebbe ancora da trattare una interrogazione orale sui problemi di attualità. Consigliere Holzmann, mi dicono che Lei è d'accordo ad accettare una risposta scritta.

HOLZMANN (MSI-DN): Se l'Assessore non è preparato a rispondere non mi rimane altro da fare.

SAURER (Landesrat für Gesundheits- und Arbeitswesen und Berufsausbildung - SVP): Sono preparato.

PRESIDENTE: Mancano 12 minuti alle ore 12 e tra un po' dobbiamo trattare la nomina di un nuovo Assessore di madrelingua italiana. Suggestirei di utilizzare il tempo rimasto per la trattazione di questa interrogazione. E' l'ultima seduta di Consiglio.

CONSIGLIERE: *(interrompe)*

PRESIDENTE: Colleghi, quando ho chiesto se eravamo d'accordo nel prolungare il tempo a disposizione delle interrogazioni di attualità, eravamo tutti d'accordo. Sono le ore 12.48 e mancano 12 minuti alla chiusura della seduta. Utilizziamo questi minuti

per esaurire le interrogazioni all'ordine del giorno. Nel pomeriggio inizieremo con le leggi.

Interrogazione n. 5/11/93 del 25.10.1993, presentata dai consiglieri Holzmann e Bolzonello. La parola al consigliere Holzmann per la lettura dell'interrogazione.

HOLZMANN (MSI-DN): Come mai i terreni espropriati presso l'ospedale di Bolzano non sono stati utilizzati per realizzare quanto previsto?

- Per quali ragioni, invece, il cronicario per lungodegenti è stato affidato a "tambur battente" all'impresa SICAR presso Ponte Adige? Non era forse meglio realizzarlo vicino all'ospedale dove avrebbe potuto usufruire di certi servizi quali la refezione e la lavanderia evitando così di dover realizzare un doppiopione di queste strutture?
- E l'assistenza medica ed infermieristica non sarebbe stata migliore vicino all'ospedale?

SAURER (Landesrat für Gesundheits- und Arbeitswesen und Berufsausbildung - SVP): Die Diskussion über die Langzeitkrankeneinrichtung ist ja ein ewiger Brenner in diesem Haus. Ich muß sagen, daß ich mich persönlich sehr bemüht habe, ein entsprechendes Areal im Raum Bozen zu finden. Dort sind keine entsprechenden Gründe vorhanden. Das Krankenhausareal ist schon von vorne herein zu irgend etwas anderem bestimmt gewesen, und zwar für die Schulen, für die Verwaltung, für die Appartements des Pflegepersonals - diese müssen ja auch dabei sein - und für die Rettungsdienste. Wenn man die Standards der Grünflächen noch mit in Betracht zieht, dann ist das gesamte Areal mehr oder weniger erschöpft. Ich glaube, daß dieses Langzeitkrankenhaus mit circa 110 Betten autonom genug ist, um alleine zu funktionieren. Die Distanzen sind ja minimal! Waschanlagen und ähnliches können gleichzeitig eingerichtet werden. Zur Zeit haben wir drei große Prozesse mit den Eigentümern. Die Richter geben jeweils den Eigentümern recht. Ich würde mir wünschen, daß wir mit den ganzen Einrichtungen, die wir draußen vorgesehen haben, starten können. Aber all das ist noch unsicher.

Für das Pflegeheim haben wir ein Projekt vorliegen, können es in kürzester Zeit starten bzw. abschließen, ohne große Diskussionen über den Grund zu führen. Dies, aber auch das Angebot, welches von seiten der Firma gekommen ist, waren ausschlaggebend dafür, daß wir das Pflegeheim dort gebaut haben. Nähe Spital, Grundfrage gelöst! Auf dem Areal des jetzigen Spitals ist die Grundfrage - wie gesagt - nicht gelöst. Wir werden angesichts der Gerichtsentscheide noch einige Zeit abwarten müssen, bis mit den notwendigen Einrichtungen neben dem Spital überhaupt begonnen werden kann. So ist die Realität! Infolgedessen kann ich es nur mehr bestätigen. Das Areal brauchen wir für das Krankenhaus und für die Grünzone. Der Platz hätte für die Pflegeeinrichtung nicht ausgereicht, es sei denn, man hätte die Ex-Psychiatrie dafür hergenommen. Das wäre unter Umständen auch eine Möglichkeit gewesen. Wir haben es aber auch in diesem Haus vor, weil es ja Teil des Gesundheitsplanes ist, was mit der Ex-Psychiatrie passiert. Bereits im Jahre 1988 ist darüber diskutiert worden. Nachträglich darüber zu richten, was besser

gewesen wäre, nützt nichts. Wir brauchen die Ex-Psychiatrie, um uns im Zentralkörper bewegen zu können, wo wir mit der Gefäßchirurgie, Neurochirurgie, der Ersten Hilfe usw. nicht starten können. Wenn wir nicht mindestens einen Teil in die Ex-Psychiatrie verlagern, würden wir in größte Schwierigkeiten geraten. Ich gebe zu, daß es nicht ein Musterbeispiel von Planung ist. Manchmal muß man mit den Dingen rechnen, die zur Verfügung stehen. Man kann keine Vorstellungen entwickeln, die vielleicht im Jahre 3000 verwirklicht werden.

HOLZMANN (MSI-DN): Ringrazio l'Assessore per la risposta. Certo, il problema è un po' più complesso di quanto molto brevemente sintetizzato nell'interrogazione. Assessore, Lei sa che non è mia intenzione far ricadere su di Lei responsabilità che non Le appartengono. Non possiamo però dimenticare che quel cronicario verrà realizzato su quell'area in virtù di una provvidenziale variante urbanistica fatta d'ufficio dalla Giunta provinciale sul piano urbanistico del Comune di Bolzano, che ha trasformato l'area di un imprenditore privata in zona per opera impianti pubblici. Questo ha acconsentito, essendo a quel punto l'unico imprenditore nella città di Bolzano, ad avere un'area con quelle caratteristiche - zona per opera impianti pubblici - in virtù di una trasformazione voluta dalla Provincia. Questo gli ha consentito di andare a trattativa privata con l'amministrazione provinciale, realizzando un complesso da 40 miliardi. Questa è una procedura che definirei scandalosa, anche se devo riconoscere non è di certo attribuibile ad una Sua responsabilità. Sarebbe stato molto meglio avere questa struttura vicino all'ospedale. Noi manteniamo le nostre perplessità. Purtroppo gli errori dei padri ricadono sui figli. Ci troviamo in una situazione in cui abbiamo da una parte una pressante richiesta di qualche decina di famiglie che non sa dove sistemare i propri parenti, se li deve tenere in casa oppure in strutture private che hanno costi elevatissimi, dall'altra parte c'è una situazione di strana commistione tra lavori di carattere urbanistico, necessità pubbliche e interessi privati, che indubbiamente stanno alla base di questa operazione che noi abbiamo sempre condannato e giudicato poco opportuna.

PRESIDENTE: Abbiamo terminato il punto 1) dell'ordine del giorno, interrogazioni su temi di attualità. Ricordo che cominceremo i lavori alle ore 15.00 con il punto 4) all'ordine del giorno, che prevede l'adeguamento della composizione della Giunta alla consistenza dei gruppi linguistici.

La seduta è sospesa.

ORE 12.55 UHR

ORE 15.08 UHR

(Namensaufruf - appello nominale)

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

ROBERT KASERER

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Punkt 4 der Tagesordnung: **“Anpassung der sprachgruppenmäßigen Zusammensetzung der Landesregierung an jene des Landtages und allfällige Folgemaßnahmen.”**

Punto 4) dell’ordine del giorno: **“Adeguamento della composizione della Giunta provinciale alla consistenza dei gruppi linguistici quali sono rappresentati nel Consiglio provinciale ed eventuali provvedimenti consequenziali.”**

Artikel 50 des Autonomiestatutes sagt unter anderem: *“Die Zusammensetzung des Landesausschusses von Südtirol muß im Verhältnis zur Stärke der Sprachgruppen stehen, wie sie im Landtag vertreten sind.”* Aufgrund des Ausscheidens des Abgeordneten Ferretti und des Nachrückens des Abgeordneten Flatscher ergibt sich eine ethnische Änderung der Zusammensetzung des Landtages und als Folge davon auch eine Änderung in der Landesregierung. Wir haben also jetzt zu bestimmen, bis zu welcher Zahl die Landesregierung sozusagen erweitert wird.

Abgeordneter Frasnelli, Sie haben das Wort.

FRASNELLI (SVP): Kolleginnen und Kollegen! Namens der SVP schlage ich in Abänderung der anfangs der Legislatur getroffenen Entscheidung über die Anzahl der Mitglieder der Landesregierung und unter Zugrundelegung der Bestimmungen des Autonomiestatutes vor, die Landesregierung möge von derzeit 11 auf 12 Mitglieder erhöht werden. Danke, Herr Präsident!

FLATSCHER (DC): Anzitutto sento un certo rammarico per l’interpretazione che l’ufficio legale della Provincia ha dato in ordine alla possibilità dei ladini di entrare in Giunta nonostante il fatto nuovo che si è creato con l’ingresso del sottoscritto in Consiglio provinciale. Benché ci siano i presupposti numerici si scopre che la presenza del ladino in Giunta viene fatta dipendere dalla buona volontà o dalla discrezionalità della Giunta provinciale. In questo caso la Giunta provinciale si è dichiarata disponibile applicando una soluzione che è indolore per tutti.

Voglio solo far presente la carenza e i difetti che sono insiti nella norma che disciplina la possibilità per i ladini di entrare in Giunta. Non lo dico certamente per me stesso, perché non ho ambizioni personali di entrare in questo momento a far parte dell’organo

esecutivo della Giunta, ma lo dico per rispetto del gruppo etnico che assieme al collega Valentin in questo momento mi trovo a rappresentare. E' evidente che per il futuro i ladini si attendono una rappresentanza permanente ed assicurata all'interno della Giunta provinciale tramite l'istituzione per lo meno di un Assessorato alla cultura che diventa uno strumento indispensabile per garantire la nostra sopravvivenza in questa provincia.

TRIBUS (GAF-GVA): Herr Präsident! Wir müssen jetzt ...

FRASNELLI (SVP): Das kommt jetzt etwas überraschend.

TRIBUS (GAF-GVA): Kollege Frasnelli! Ich habe Artikel 50 erst suchen müssen. Wir müssen jetzt praktisch in aller Eile noch vor Torschluß beschließen, ob der Abgeordnete Valentin die höhere Weihe erhalten kann.

FRASNELLI (SVP): Vor Torschluß, aber ohne Panik!

TRIBUS (GAF-GVA): Selbstverständlich, ohne Panik! Wir müssen dafür sorgen, daß der Abgeordnete Valentin ein glorreiches Finale und - nach Jahren bescheidenem Ministrantentums im Präsidium - die höhere Weihe erhalten kann. Damit - das muß ich dazusagen - wird der Abgeordnete Valentin in seiner Theorie Lügen gestraft, weil er ja während der ganzen nun endenden Legislatur den Standpunkt vertreten hat, daß ihm auf jeden Fall zugestanden wäre, in der Regierung vertreten zu sein. Der nun eintretende Landeshauptmann hat immer so getan, als würde er alles tun, um den Abgeordneten Valentin zu hören. Nur das "Wenn" ist jetzt durch eine sogenannte "forza maggiore" eingetroffen. Dank Cuno Tarfusser wird dem Ladiner ein kleines Denkmal gesetzt. Valentin kommt für einen Monat in die Regierung. Unsere Interpretation lag darin, daß die Ladiner in dem Augenblick, in dem zwei ladinische Vertreter im Landtag sind, das Recht haben, in der Regierung vertreten zu sein. Es war wirklich etwas anmaßend vom Landeshauptmann und von Assessor von Egen zu sagen: "Wir sind dafür, wenn Sie wollen!" Da gibt es weder ein Wollen noch sonst irgend etwas. Entweder der Rechtsgrundsatz gilt oder nicht. Verzichten kann man auf alles, das ist klar. Aber es war nicht so gemeint. Eine Zeit lang ist ja auch die Theorie aufgestellt worden, daß die Proporzbestimmungen eingehalten werden, die zu Beginn der Legislatur das ganze Bauwerk stützen und halten. Man wollte vermeiden, daß die Grünen, die damals alternativ ausscheiden und eintreten konnten, den Proporzmechanismus stören würden. Diese Interpretation ist bis jetzt immer eingehalten worden. Bisher ist keine Verschiebung erfolgt, sondern man hat sich immer nach dem Grundsatz gehalten, daß die am Anfang der Legislatur festgelegte Proporzeinteilung aufrechterhalten bleibt. In diesem Falle wird aus evident politischen Gründen - ich unterstütze diese natürlich - eine Ausnahme gemacht. Damit wird natürlich ein Präzedenzfall geschaffen. Ab jetzt wird es notwendig sein, daß

alle Änderungen in der Zusammensetzung des Landtages notgedrungen auch eine Veränderung sämtlicher gemäß dem Proporz zusammengesetzter Kommissionen usw. mit sich bringen. Wir führen nun ein sogenanntes Novum ein. Ich weiß nicht, ob sich die Regierung der Tragweite überhaupt bewußt ist. Es ist sehr einfach zu sagen, daß, wenn man dies nicht tut, die Ladinier protestieren, poltern, bocken und vielleicht noch mehr Ladinier wählen würden als es ohnehin schon der Fall ist. Somit kann man immerhin dem Landeshauptmann zugute halten, er habe im letzten Abdruck noch etwas Gutes für die Ladinier getan, auch seinem Freund Valentin, der schon 5 Jahre gemotzt hat. Es wurde ihm praktisch eine legale elegante Abfertigung verabreicht. Wir sind dafür, daß ein Ladinier in die Regierung einzieht, und zwar mit folgendem Hinweis: In Zukunft wird jede Änderung in der Zusammensetzung des Landtages mit sich bringen, daß sich auch die Zusammensetzung der verschiedenen Gremien ändern muß. Das ist ein Präzedenzfall, der natürlicherweise Schule machen wird.

BENEDIKTER (UFS): Ich möchte den Landeshauptmann oder den Fraktions-sprecher um eine Begründung ersuchen! Artikel 50 des Autonomiestatutes besagt folgendes: *“Die Zusammensetzung des Landesausschusses von Südtirol muß im Verhältnis zur Stärke der Sprachgruppen stehen, wie sie im Landtag vertreten sind.”* Ich möchte also zunächst ersuchen, näher zu begründen, warum man jetzt der Ansicht ist, daß ein Ladinier das Recht hat, in den Landesausschuß zu kommen.

PRÄSIDENT: Ich möchte folgendes erklären. Es ist so, daß sich die Zusammensetzung der Landesregierung nach dem Proporz des Landtages richtet. Wenn - so wie der Vorschlag gemacht wurde - die Zahl der Landesräte bzw. der Mitglieder der Landesregierung auf 12 erhöht wird, dann bedeutet dies, daß davon 8,2 Deutsche, 3,08 Italiener und 0,68 Ladinier betroffen sind. Der Prozentsatz bei den Ladinern liegt demnach also über 0,5. Das heißt dann konkret: 8 Deutsche, 3 Italiener und 1 Ladinier.

Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine. Wir stimmen über die Erhöhung der Mitglieder der Landesregierung von 11 auf 12 ab: mit 4 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Nun kommen wir zum nächsten Vorschlag betreffend das 12. Mitglied der Landesregierung. Abgeordneter Frasnelli, Sie haben das Wort.

FRASNELLI (SVP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Namens unserer Fraktion schlage ich den Kollegen Valentin für das 12. Mitglied der Landesregierung vor. Danke!

TRIBUS (GAF-GVA): Ich schlage den Abgeordneten Flatscher vor!

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine. Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung - votazione per scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 27 abgegebene Stimmzettel, 19 für Valentin, 5 für Flatscher und 3 weiße Stimmzettel. Der Abgeordnete Valentin ist zum Landesrat gewählt worden.

Abgeordneter Valentin! Nachdem die Unvereinbarkeit zwischen einem Mitglied der Landesregierung und einem Mitglied des Präsidiums des Landtages besteht, muß die Gretchenfrage gestellt werden, wofür Sie sich entscheiden.

VALENTIN (SVP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich danke für das Vertrauen und entscheide mich trotz schweren Herzens für die Mitgliedschaft in der Landesregierung. Dankeschön!

PRÄSIDENT: Damit gratulieren wir dem Abgeordneten Valentin zu seiner Nominierung und zur Aufnahme in die Landesregierung. Er wird jetzt zwar eine Stufe tiefer sitzen, aber deshalb sicher nicht erniedrigt sein. Im Gegenteil! Recht herzliche Gratulation! Für den Rest dieser Legislaturperiode wünsche ich Dir noch ein gutes Wirken für die ladinische Sprachgruppe!

Somit ist eine Stelle im Landtagspräsidium frei geworden.

Abgeordneter Frasnelli, Sie haben das Wort.

FRASNELLI (SVP): Namens unserer Fraktion schlage ich die Kollegin Bertolini für die Stelle im Präsidium vor. Danke, Herr Präsident!

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine. Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung - votazione per scrutinio segreto)

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

PROF. ROMANO VIOLA

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Comunico il risultato della votazione: schede consegnate 30, Bertolini 22, Klotz 1, schede bianche 5 e schede nulle 2. La consigliera Bertolini è stata eletta segretario questore.

Mi congratulo con la collega Bertolini e La invito a prendere posto sul banco della Presidenza.

Punto 5) dell'ordine del giorno: **“Ratifica della delibera della Giunta provinciale del 25.10.1993, n. 6640: “Impugnazione del decreto legislativo 1 settembre 1993, n. 385 “Testo unico delle leggi in materia bancaria e creditizia”.**

Punkt 5 der Tagesordnung: **“Ratifizierung des Beschlusses der Landesregierung vom 25.10.1993, Nr. 6640: “Anfechtung des Legislativdekretes vom 1. September 1993, Nr. 385 “Einheitstext der Bestimmungen im Bank- und Kreditwesen”.**

Leggo la delibera della Giunta:

Visto il decreto legislativo 1 settembre 1993, n. 385, pubblicato nel Supplemento ordinario alla Gazzetta Ufficiale n. 230 del 30.9.1993 concernente “Testo unico delle leggi in materia bancaria e creditizia”;

considerato che ai sensi dell'articolo 11 dello Statuto speciale per il Trentino Alto Adige, nel testo unico approvato con il decreto del Presidente della Repubblica 31.8.1972, n. 670, e delle relative norme di attuazione, spetta alla Provincia autonoma di Bolzano autorizzare l'apertura ed il trasferimento di sportelli bancari di aziende di credito a carattere locale provinciale e regionale, sentito il parere del Ministro del Tesoro, mentre l'autorizzazione per l'apertura e il trasferimento nella provincia di sportelli bancari di aziende di credito non locali spetta al Ministero del tesoro previo parere della Provincia autonoma di Bolzano;

ritenuto che l'articolo 15, comma 1, del decreto legislativo n. 385 del 1993, anche in relazione a quanto previsto dall'articolo 159, comma 3, dello stesso decreto, almeno se interpretato nel senso che venga meno ogni potere anche concorrente della Provincia nei riguardi dell'apertura di succursali delle aziende di credito a carattere locale provinciale e regionale appare in contrasto con le predette norme statutarie e di attuazione, in quanto verrebbe a vanificare le potestà riconosciute dall'articolo 11 dello Statuto speciale di autonomia alla Provincia trasferendo interamente alla Banca d'Italia poteri il cui contenuto deve ritenersi ricompreso nelle potestà attribuite alla Provincia;

ritenuto pertanto necessario di impugnare l'articolo 15, comma 1 e l'articolo 159, comma 3, del decreto legislativo 1 settembre 1993, n. 385, innanzi alla Corte Costituzionale, e di avvalersi, stante l'urgenza del caso, del potere di cui all'articolo 54, comma 1, cifra 7 del decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670;

visti l'articolo 98 del decreto del Presidente della Repubblica n. 670 del 1972 e gli articoli 31, 34 e 36 della legge 11 marzo 1953, n. 87;

la Giunta provinciale, ad unanimità di voti legalmente espressi;

delibera

- a) *di impugnare innanzi alla Corte Costituzionale l'articolo 15, comma 1 e l'articolo 159, comma 3 del decreto legislativo 1 settembre 1993, n. 385 per violazione dell'articolo 11 del decreto del Presidente della*

Repubblica 31 agosto 1972, n. 670, nonché delle relative norme di attuazione;

- b) di affidare la rappresentanza e la difesa della Provincia autonoma di Bolzano, nel relativo procedimento, al prof. Avv. Roland Riz di Bolzano e al prof. avv. Sergio Panunzio di Roma congiuntamente e disgiuntamente, e di eleggere domicilio presso quest'ultimo, Studio legale Guarino, in Roma, Piazza Borghese, 3 autorizzando il presidente della Giunta provinciale a rilasciare ai medesimi le occorrenti procure, congiuntamente e disgiuntamente;*
- c) di trasmettere copia della presente deliberazione al Presidente del Consiglio provinciale, affinché venga sottoposta per la ratifica al Consiglio stesso nella sua prima seduta successiva, ai sensi e per gli effetti di cui all'articolo 54, comma 1, cifra 7 del decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670.*

Nach Einsichtnahme in das Legislativdekret vom 1. September 1993, Nr. 385, kundmacht im ordentlichen Beiblatt zum Gesetzesanzeiger der Republik Nr. 230 vom 30.9.1993, "Einheitstext der Bestimmungen im Sachbereich des Bank- und Kreditwesens" betreffend;

erachtet, daß im Sinne des Art. 11 des mit Dekret des Präsidenten der Republik vom 31. August 1972, Nr. 670 genehmigten Sonderstatutes für Trentino-Südtirol und der diesbezüglichen Durchführungsbestimmungen, der Provinz nach Einholen der Stellungnahme des Schatzministeriums die Eröffnung und Verlegung von Bankschalter von Kreditanstalten örtlichen, provinziellen und regionalen Charakters zusteht, während dem die Genehmigung zur Eröffnung und Verlegung von Bankschaltern von nicht örtlichen Kreditanstalten innerhalb der Provinz vom Schatzministerium nach Einholen der Stellungnahme der Autonomen Provinz Bozen erteilt wird;

erachtet, daß der Artikel 15, Absatz 1, des gesetzesvertretenden Dekretes Nr. 385/1993 auch unter Bezugnahme auf die Bestimmungen des Artikels 159; Absatz 3, desselben Dekretes im Widerspruch zu den vorgenannten Bestimmungen des Statutes und der Durchführungsbestimmungen zu stehen scheint, jedenfalls wenn er in dem Sinne ausgelegt würde, daß jede auch konkurrierende Befugnis der Provinz im Sachbereich der Eröffnung von Zweigstellen der Kreditanstalten örtlichen, provinziellen und regionalen Charakters aberkannt würde, da diesfalls die vom Artikel 11 des Sonderstatutes der Provinz zuerkannten Befugnisse vereitelt würden, indem die Banca d'Italia alle Befugnisse übertragen werden, deren Inhalt jedoch in jene Befugnisse fällt, die bereit der Provinz zuerkannt worden sind;

folglich für notwendig erachtet, den Artikel 15, Absatz 1 und den Artikel 159, Absatz 3, des gesetzesvertretenden Dekretes vom 1. September 1993, Nr. 385 vor dem Verfassungsgerichtshof anzufechten und sich, aufgrund der Dringlichkeit der Angelegenheit, der Befugnis, wie sie im Art. 54, Absatz 1, Ziffer 7, des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 31. August 1972, Nr. 670 vorgesehen ist, zu bedienen;

gestützt auf Artikel 98 des Dekretes des Präsidenten der Republik Nr. 670 von 1972, und die Artikel 31, 34 und 36 des Gesetzes vom 11. März 1953, Nr. 87;

wird von der Landesregierung mit Stimmeneinhelligkeit und in gesetzlicher Form

beschlossen

- a) vor dem Verfassungsgerichtshof den Artikel 15, Absatz 1 und den Artikel 159, Absatz 3, des gesetzesvertretenden Dekretes vom 1. September 1993, Nr. 385, wegen Verletzung von Artikel 11 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 31. August 1972, Nr. 670, anzufechten;
- b) mit der Vertretung und Verteidigung der Autonomen Provinz Bozen im entsprechenden Verfahren Prof. Adv. Roland Riz, aus Bozen, und Prof. Adv. Sergio Panunzio, aus Rom, einzeln und zusammen, zu betrauen und das Domizil bei letzterem, Rechtsanwaltskanzlei Guarino, in Rom, Borghesiplatz Nr. 3, zu erwählen und den Landeshauptmann zu ermächtigen, den obgenannten Verteidigern die nötigen Einzel- und Gesamtvollmachten zu erteilen;
- c) eine beglaubigte Ablichtung des gegenständlichen Beschlusses an den Präsidenten des Südtiroler Landtages zu übermitteln damit dieser in der ersten darauffolgenden Sitzung dem Landtag zur Ratifizierung im Sinne und für die Wirkung von Artikel 5 Absatz 1, Ziffer 7 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 31.8.1972, Nr. 670, vorgelegt wird.

Do lettura adesso della delibera del Consiglio:

Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

nella seduta del 9.11.1993

- *vista ed esaminata la deliberazione della Giunta provinciale n. 6640/93 del 25 ottobre 1993, adottata in via d'urgenza ai sensi dell'art. 54, n. 7 del vigente Statuto di autonomia, avente per oggetto: "Corte costituzionale - "Impugnazione del decreto legislativo 1 settembre 1993, n. 385 "Testo unico delle leggi in materia bancaria e creditizia" - conferimento d'incarico al Prof. avv. Roland Riz di Bolzano e al prof. avv. Sergio Panunzio di Roma;*
- *visti gli artt. 54, numero 7 e 98 del vigente Statuto di autonomia;*
- *ritenuti validi tutti i motivi adottati a sostegno dell'impugnazione;*
- *visto l'art. 32 della legge 11 marzo 1953, n. 87;*
- *visto l'articolo 84 del Regolamento interno del Consiglio provinciale convoti, legalmente espressi*

delibera

1. *di ratificare ai sensi e per gli effetti di cui all'art. 54, n. 7 del vigente Statuto di autonomia l'operato della Giunta provinciale così come posto con la deliberazione citata nelle premesse.*

Der Südtiroler Landtag

hat in der Sitzung vom 9.11.1993

- *nach Einsichtnahme in den Beschluß des Landesausschusses Nr. 6640/93 vom 25. Oktober 1993, der im Dringlichkeitswege im Sinne des Art. 54, Punkt 7 des geltenden Autonomiestatuts gefaßt wurde und folgendes zum Inhalt hat: Verfassungsgerichtshof - "Anfechtung des Legislativdekretes vom 1. September 1993, Nr. 385 "Einheitstext der Bestimmungen im Bank- und Kreditwesen" - Auftragserteilung an Prof. Adv. Roland Riz aus Bozen und Prof. Adv. Sergio Panunzio aus Rom;*
- *nach Einsichtnahme in Art. 54, Ziffer 7 und Art. 98 des geltenden Autonomiestatuts;*
- *angesichts der Stichhaltigkeit der für die Anfechtung angeführten Gründe;*

- nach Einsichtnahme in den Art. 32 des Gesetzes vom 11. März 1953, Nr. 87;
 - nach Einsichtnahme in den Art. 84 der Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages
- mit... in gesetzlicher Form

beschlossen:

1. im Sinne und für die Wirkungen gemäß Art. 54, Ziffer 7 des geltenden Autonomiestatuts die Vorgangsweise der Landesregierung zu ratifizieren, wie sie aus dem in den Prämissen erwähnten Beschluß ersichtlich ist.

Ha chiesto la parola il consigliere Benedikter, ne ha facoltà.

BENEDIKTER (UFS): Hier wird zurecht Artikel 15 des Gesetzes angefochten. Artikel 15 besagt, daß die italienischen Banken Niederlassungen auf dem Gebiete der Republik unter anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft errichten können. Die Banca d'Italia kann eine solche Niederlassung verbieten, mit der Begründung, daß die Organisationsstrukturen nicht angemessen sind, oder aufgrund der finanziellen und wirtschaftlichen Lage sowie der Vermögenslage der Bank. Dies wird wegen der Verletzung des Artikels 11 angefochten. Auch Artikel 159 wird angefochten. Ich lese laufend Urteile des Verfassungsgerichtshofes vor, die irgendwie mit der Autonomie zu tun haben. Der Verfassungsgerichtshof ist in diesem Zusammenhang seit 1956 tätig. Er ist dabei sehr geschickt und sagt: "Ich muß nur über das urteilen, was tatsächlich angefochten wird, im Zusammenhang mit der Begründung, warum es angefochten wird." Sollte die Anfechtung unzureichend bzw. unvollständig sein, dann liegt die Schuld beim Anfechtenden, der nicht alle Gründe anführt. Wenn die Gründe, die angeführt werden, abweisbar sind, nützt es nichts, zu sagen, daß es noch andere Gründe dafür gäbe.

Hinsichtlich Artikel 15 heißt es in der Begründung: "*Erachtet, daß der Artikel 15 Absatz 1 des gesetzesvertretenden Dekretes Nr. 385 von 1993 auch unter Bezugnahme auf die Bestimmungen des Artikels 159 Absatz 3 desselben Dekretes - darauf komme ich noch zurück - im Widerspruch zu den vorher genannten Bestimmungen des Statutes - da wird Artikel 11 genannt - und den Durchführungsbestimmungen steht, scheint jedenfalls, wenn er in dem Sinne ausgelegt würde, daß jede auch konkurrierende Befugnis der Provinz im Sachbereich der Eröffnung von Zweigstellen der Kreditanstalten örtlichen, provinziellen und regionalen Charakters aberkannt würde.*" Was bedeutet dieser Passus, daß er in dem Sinne ausgelegt würde, daß jede auch konkurrierende Befugnis aberkannt würde? Artikel 11 des Autonomiestatutes besagt folgendes: "*Die Provinz kann nach Einholen der Stellungnahme des Schatzministeriums die Eröffnung und Verlegung von Bankschaltern, von Kreditanstalten örtlichen, provinziellen und regionalen Charakters genehmigen.*" Es ist also eine verfassungsrechtliche Bestimmung, daß die Provinz für die Genehmigung zuständig ist. Was heißt das? Nehmen wir den italienischen Text her: "*Almeno, se interpretato nel senso che venga meno ogni potere anche concorrente della*

provincia ...” Die Worte “potere concorrente” bedeuten auch, wenn die Banca d’Italia sagt, daß sie aufgrund des neuen Gesetzes zuständig ist. Es kann jedoch ein Gutachten abgegeben werden. Es könnte auch so ausgelegt werden, daß der Provinz eine konkurrierende Befugnis aberkannt würde. Das, was in Artikel 11 steht, ist nicht konkurrierend. Dies ist ausschlaggebend. Die Provinz ist zuständig, die Niederlassung, die Eröffnung, die Verlegung von Bankschaltern und von Kreditanstalten zu genehmigen. Das ist nicht konkurrierend. Dies ist die Hauptentscheidung. Bei den Banken überregionalen Charakters hingegen trifft die Hauptentscheidung die Banca d’Italia. Die Provinz darf - wie es da heißt - nach Einholen der Stellungnahme der betreffenden Provinz konkurrieren, während bei den örtlichen Banken und den Kreditanstalten örtlichen, provinziellen und regionalen Charakters die Stellungnahme des Schatzministers konkurrierend ist. Diese Begründung gefällt mir nicht.

Außerdem wird auf Artikel 159 desselben Gesetzes Bezug genommen. In Absatz 1 heißt es: “*Die Aufsichtsbeurteilungen - “valutazione di vigilanza” - sind der Banca d’Italia vorbehalten.*” In Absatz 3, welcher angefochten wird, heißt es, daß die Bestimmung des Artikels 15 - lassen wir die Artikel 16, 26 und 47 beiseite - eine unbedingte Bestimmung - “inderogabile” - ist und gegenüber gegenteiligen Bestimmungen des Autonomiestatutes überwiegt. Jetzt stellt sich folgende Frage. Jegliches Aufsichtsurteil ...

PRESIDENTE: Consigliere, la prego di terminare! E’ il regolamento.

BENEDIKTER (UFS): Dann brauchen wir keine Debatte mehr abzuhalten, wenn man dies nicht vorbringen darf.

Jegliche Aufsichtsbeurteilung ist der Banca d’Italia vorbehalten. Folglich müßte Absatz 1 des Artikels 159 angefochten werden. Ansonsten ist diese Begründung unzureichend. Es wird ein dementsprechendes Urteil geben.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Metto in votazione la delibera: approvata a maggioranza con 2 voti contrari, 5 astensioni e i rimanenti voti favorevoli.

Punto 6) dell’ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 209/93: “**Modifiche di leggi provinciali in materia di edilizia abitativa agevolata**”.* (continuazione)

Punkt 6 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 209/93: “**Änderungen von Landesgesetzen über den geförderten Wohnbau**”.* (Fortsetzung)

Ricordo che eravamo arrivati all’articolo 41. Aveva già preso la parola il consigliere Montali.

Ha chiesto di intervenire la consigliera Klotz, ne ha facoltà.

KLOTZ (UFS): Herr Präsident, Herr Landesrat! Ich möchte nur daran erinnern, daß ich im Zusammenhang mit Artikel 41 um eine Erläuterung gebeten hatte, welche bis jetzt noch nicht erfolgt ist. Ich ersuche also erneut um eine genaue Erläuterung!

KOFLER (Landesrat für Raumordnung und Energie - SVP): Mit diesem Artikel werden die qualitativen Erweiterungen von Beherbergungs-, Speise- und Schankbetrieben von der Baukostenabgabe, die bisher im Ausmaß von 5 Prozent - also schon im reduzierten Ausmaß - geschuldet war, befreit. Weiters ist es den Dienstleistungsbetrieben in den sogenannten strukturschwachen Gebieten, die als solche abgegrenzt sind - das sind 35 Gemeinden bzw. Teile von den insgesamt 116 Gemeinden -, freigestellt, auf die Baukostenabgabe ganz oder teilweise zu verzichten.

TRIBUS (GAF-GVA): Herr Landesrat Kofler und Herren Arbeitnehmer! Da kommt jetzt das, was wir voriges Jahr - wenn ich mich nicht irre - in einem vereinten Kampf siegreich abgewendet hatten. Jetzt, siehe da, schwindelt Landesrat Kofler einen blinden Passagier ins Gesetz hinein! Wenn man nicht aufgepaßt hätte, möchte man meinen, daß es um die qualitative Erweiterung der Beherbergungs-, Speise- und Schankbetriebe geht. Kein Mensch würde merken, daß es sich hier um ein großartiges Wahlgeschenk handelt. Landesrat Bolognini lacht. Er ist glücklich darüber, daß in seinem Gesetz auch ...

BOLOGNINI (DC): Fai una descrizione immaginistica.

TRIBUS (GAF-GVA): ... noch die Befreiung von der Baukostenabgabe verpackt wird. Landesrat Kofler, Landesrat Bolognini! Ich weiß wirklich nicht, welches böse Spiel mit Ihnen getrieben wird! In den letzten Monaten Ihrer glorreichen Assessorentätigkeit lassen Sie noch alles über sich ergehen. Voriges Jahr hat eine Mehrheit in diesem Hohen Haus beschlossen, daß es weder richtig noch gerecht ist, daß jeder Idiot die Baukostenabgabe zu zahlen hat. Aber eine enorme Kategorie von Menschen wird ausfindig gemacht, die dazu nicht mehr verpflichtet wird. Alle Hoteliers und Gastwirte, die erweitern, werden von der Baukostenabgabe befreit. Auf Seite 2 geht es weiter. Plötzlich dürfen sämtliche strukturschwachen Gebiete davon befreit werden. Das Ganze ist stolz gezeichnet von den Landesräten Kofler und Frick. Jeder hat seine Schäfchen ins Trockene gebracht. Gerade bei den strukturschwachen Gebieten - wenn sie schon strukturschwach und armselig sind - müßte man Wert darauf legen, daß die Baukostenabgabe gezahlt wird. Wenn es sich durchsetzt, daß gesamte Kategorien von der Bezahlung der Baukostenabgabe ausgeschlossen werden - aus welchen Gründen auch immer -, dann müßte jede Kategorie, sprich die Proleten, jeder der in Südtirol baut, von dieser Steuer befreit werden. Ansonsten gibt es keinen einsichtigen Grund. Entweder oder! Entweder wir sagen, daß sich das Land Südtirol den Luxus leisten kann, weil wir genug Geld haben,

darauf zu verzichten, oder wir sagen, daß es nicht tragbar ist, eine evidente Ungleichbehandlung zwischen Kategorien bzw. Menschen, die bauen, einzuführen. Mit welchem Recht verlange ich von anderen die Baukostenabgabe, wenn ich hier ganze Dörfer ausschließe? Also, die Bürgermeister können beschließen, daß bestimmte Dörfer keine Baukostenabgabe bezahlen müssen. Die Kategorie der Beherbergungs-, Speise- und Schankbetriebe werden von Amts wegen ausgeschlossen. Wenn dies dem Grundsatz der Gerechtigkeit und der Chancengleichheit entspricht, dann weiß ich gar nichts mehr! Ich empfinde dies als eine äußerst skandalöse und gegen das Gleichheitsprinzip verstoßende Bestimmung. Entweder alle Kategorien werden davon befreit oder keine. Es ist eine sehr schwache Begründung, die strukturschwachen Gebiete zu nennen. Was will man damit erreichen? Will man die Leute herlotsen? Da entsteht ja die Illusion, daß, wenn jemand beim Abgeordneten Kaserer im Vinschgau baut, derjenige die Baukostenabgabe nicht bezahlen muß! Was soll denn das? Es handelt sich hier um nichts anderes als kleine bzw. winzige - so winzig sind sie aber auch wieder nicht - Wahlgeschenke. Ich möchte wissen, wieviel das ausmacht!

Landesrat Kofler, ich bitte Sie, mir danach auf meine Fragen zu antworten! Ich will wissen, ob Ihre Ämter ungefähr berechnet haben, wie hoch der Betrag ist, auf den das Land damit verzichtet! Wir tun alle so groß! Bei uns spielt Geld keine Rolle. Es wird nur gegeben, aber nichts hereingeholt. Anstatt aufgrund der Steuerhoheit Steuern einzuholen, macht man Gesetze, um darauf zu verzichten. Das ist die Realität. Danach rennen alle Gescheiten der Wirtschaft durch das Land und sagen: "Wir wollen die Steuerhoheit." Überall dort, wo man drei Lire verlangen könnte, werden Gesetze gemacht, um dies abzuschaffen, weil niemand unsere Leute dazu erziehen will, ab und zu auch Steuern zu zahlen.

KLOTZ (UFS): Das ist ja die Lobby!

TRIBUS (GAF-GVA): Ich habe wirklich keine Worte. Man könnte sagen, daß dies skandalös, pervers, abartig usw. ist. Es entspricht wirklich keiner Logik, weder der Logik einer sauberen Verwaltung noch einer Logik der Wirtschaftlichkeit, und straft all jene, die ehrlich sind, ihre Steuern zahlen, aber keine Lobby haben, die sie befreien.

Morgen werden die Arbeitnehmer zurecht Steuerbefreiungen für sämtliche Pendler verlangen. Wieso sollen die Speisenausgeber diese Abgabe nicht bezahlen? Morgen werden die Skipistenbesitzer kommen. Warum sollen diese zahlen? Wenn das die Logik eines normalen kapitalistischen Landes ist, dann weiß ich nichts mehr! Das, was da betrieben wird, ist wirklich kommunistisch. Da ist operiert worden, so "alla carlona". Man hat einfach so getan, als würde es keine Wirtschaft geben. Irgendwer wird schon zahlen. Chi paga? Pantalone!

Wir sind vehement dagegen und empfinden es als einen Skandal, auch weil sich das Hohe Haus bereits vor einem Jahr mehrheitlich dagegen ausgesprochen hat. Es ist

skandalös, daß jetzt ein blinder Passagier kommt und in dem bereits massakrierten Gesetz von Landesrat Bolognini Unterschluß findet. Ich hoffe sehr, daß sich das moralische Gewissen des Hauses empört, die Arbeitnehmer zumindest ein bißchen poltern und die Abrechnung natürlich aus Liebe zur Partei erst nach den Wahlen machen. Wenn das Schule macht, wenn hier per Dekret Steuern abgeschafft werden, kann kein Mensch mehr in unserem Land sagen, daß jemand Steuern zahlen soll.

BENUSSI (MSI-DN): E' sconcertante dover prendere la parola su argomenti di tale gravità dal mio punto di vista, perché su una legge che ritengo sia condivisa, almeno per sommi capi, dalla stragrande maggioranza di quest'aula, si cerca di inserire delle cose che non hanno assolutamente niente a che fare con la legge stessa. Che cosa può allora capitare? Può capitare, primo, che questa legge, invece di essere approvata con il benessere da parte del Governo, venga bocciata e venga rimandata la discussione. Nuovamente allora si dovrebbe riprenderla in esame, trattarla, ritrattarla, rivederla, modificarla, e siccome abbiamo condiviso quanto era stato proposto, almeno per sommi capi, dal presentatore del disegno di legge, specie per quanto riguarda il fatto di poter finalmente mettere in condizione i cittadini meno abbienti di poter avere diritto a quel diritto assoluto che è, dopo la salute, l'averne un tetto sotto il quale dimorare, ci dispiacerebbe. Effettivamente la situazione per quanto riguarda gli alloggi, specie nel Comune di Bolzano, non voglio dire che sia disastrosa, perché non è il caso di adoperare parole eclatanti, però quando si pensa che ci sono gli sfrattati, che dopo una vita di lavoro non sanno come poter mandare avanti la famiglia, dove rifugiarsi, in quanto non hanno disponibilità di denaro per costruirsi in proprio una casa data l'esasperata situazione che si è venuta a creare per quanto riguarda l'edilizia di carattere pubblico, inserire in questa legge, con l'eventuale, e dal mio punto di vista sicuro, rigetto da parte del Governo, articoli di questo genere, significa ritardare ancora una volta un problema che è di necessità capillare per la popolazione.

Non solo abbiamo già avuto occasione, in altre discussioni di disegni di legge, di dover dire che queste leggi le possiamo chiamare "omnibus", dove con l'inserimento di emendamenti si cerca di ampliare e visto che la legge, per un insieme di motivi, può avere l'approvazione dell'aula, si inserisce un qualcosa che se fosse, come doverosamente deve essere, presentato prima in Commissione legislativa competente e poi nel suo precipuo disegno di legge, non troverebbe l'approvazione né della commissione, almeno mi auguro che non ci sia sempre solo l'imposizione da parte della Volkspartei alla maggioranza che ciecamente accetta gli ordini senza guardare la propria coscienza, senza vedere se le cose sono effettivamente fatte a beneficio della popolazione o meno, ma dico, se questi emendamenti che oggi vengono presentati e vengono inseriti in questo disegno di legge fossero presentati nella dovuta sede, certamente non potrebbero passare. Mi differenzio un po' dalle sue affermazioni, anche se condivido quasi al 99% l'intervento del collega

Tribus che mi ha preceduto, perché quando ha voluto dire che questo modo di agire è quasi da politica comunista, io dico di no, perché la politica comunista è una politica che voleva un livellamento, qui invece si tratta nient'altro che dare alle lobby di potere ancora più potere. Significa fare tutto, meno che mettere in condizione chi ha bisogno di avere quello che gli spetta. Inserire questa differenziazione per la quale si può arrivare ad una categoria, e dico tra virgolette, protetta, non le categorie protette dei disabili, degli invalidi e di quelli che sotto questa voce, ma protette nel senso che sono quelle categorie ricche che dispongono di mezzi, e in campagna elettorale i mezzi sono utili e necessari per conseguire certi risultati. Le cose allora non possono essere accettate da persone che hanno a cuore esclusivamente una cosa, e non parlo a nome mio, perché sono un piccolo, sono un qualsiasi, sono un'insignificante persona, ma ricordiamoci che l'elettore ci dà i voti per aiutarlo, non per aiutare le lobby. Le lobby possono conseguire i risultati attraverso i contributi a pioggia, come in questi cinque anni è successo a catena. Con quale coscienza in una legge che è stata prevista per finalmente cercare di risolvere il problema degli alloggi dei meno abbienti si attuano delle condizioni di favore per certi lobby e per certe attività che non hanno assolutamente niente a che fare con la casa, con la costruzione, con l'edilizia agevolata? Signori miei, è inutile chiedere a questo punto se uno può appoggiare o meno; ci troviamo di fronte, con questo inserimento, ad una situazione di estremo disagio. Per questo ho iniziato con questa frase, perché vorremmo, ed è logico, che la legge andasse avanti, ma come è possibile approvare in coscienza la legge, anche se poi magari lo faremo, quando questo significa dire che ad una data persona facciamo pagare il contributo e a quell'altra no perché ci ha aiutato in una fase, non voglio dire elettorale, ma in un certo momento, e gli permettiamo di non pagare? Allora ripeto quanto già ha detto Tribus, cioè che il ragionamento che sempre abbiamo fatto nella Commissione sul Bilancio, della quale faccio parte, è stato per quale motivo la Provincia non ha mai differenziato, non ha cercato di mettere finalmente in condizione i commissari di sapere quali sono le attività produttive, quali sono stati gli stanziamenti settorialmente guardati per poterli confrontare con quelle che sono le entrate. E' stata fatta un'azione per incrementare le entrate o no? Se noi ragioniamo nella maniera che oggi ci viene proposta, che cosa potremo fare il giorno che riuscissimo ad avere finalmente la potestà tributaria completa? Non si farebbe nient'altro che dire, quanti siamo? Siamo 22 appartenenti alla maggioranza di un partito. Quali sono i settori che ci hanno permesso di essere qui a nome delle lobby e non a nome del popolo? Quali sono quei settori che noi dobbiamo continuare a privilegiare, quali sono quelli che non dovranno pagare i contributi che devono gravare su tutti? Io parlo in quanto ritengo di parlare a nome di quel po' di coscienza che mi rimane, dopo 5 anni, quando ho visto che inutilmente tutti i suggerimenti non sono stati accolti, perché la gente è così libera di decidere quando appartiene a certi partiti, che quando arriva in aula per votare, vota, ed esprime il proprio giudizio senza sapere su cosa si pronuncia. Senza fare quindi comizi, perché i comizi si fanno fuori od è inutile farli, io nuovamente ripeto, perché fino all'ultimo voglio credere che ci sia una coscienza tra i miei

colleghi, come nella maggior parte ho visto esserci, che quando vengono presentati degli emendamenti di questo genere in una legge che invece sarebbe finalmente ora che venisse approvata e che desse luogo ai risultati che si sono prefissi, la gente faccia un ragionamento e in coscienza dica che non si presta a questa azione che non è nient'altro che l'aiuto a lobby di potere.

KLOTZ (UFS): Ich denke an folgenden konkreten Fall im Passeiertal. Es geht um die Familie Dorfer vom Quellenhof, die eine Dependance nach der anderen gebaut hat. Inzwischen - so glaube ich - sind fünf Häuser entstanden. Sicherlich ist ein Sporthotel eine qualitative Erweiterung des Beherbergungsbetriebes. Infolgedessen könnte diese tüchtige und in Kreisen der SVP-Wirtschaftslobby stark verankerte Unternehmerfamilie im Grunde genommen zweimal abkassieren. Stimmt das? Einerseits gibt es den Buchstaben h) und andererseits Absatz 2. Ich weiß nicht, ob St. Martin als strukturschwaches Gebiet eingestuft ist. Aber das könnte man annehmen. Man muß fragen, ob diejenigen, die sowieso aufgrund ihrer "dicken" Beziehungen und ihrer entsprechenden Parteizugehörigkeit alle Türen offen haben, mit dem Bürgermeister im besten Einvernehmen sind, über alle Möglichkeiten verfügen, eventuelle Begünstigungen herauszuschlagen, dadurch noch einmal gefördert und mit der Unterschrift eines Arbeitnehmervertreters doppelt begünstigt werden sollen. Kollege Frasnelli, wenn Du die Vertretung Deiner Arbeitnehmerinteressen ernst nimmst, kann ich mir nicht erklären, wie Du Dich dazu bereit erklären kannst, etwas derartiges mitzutragen! Technische Unterschrift hin oder her! Hier geht es doch um Prinzipien. Aber das ist Deine Sache! Du mußt es mit Deinem Wählervolk und mit Deinem Gewissen vereinbaren. Ich wundere mich jedenfalls darüber.

Im übrigen möchte ich ganz gerne wissen, von wem die erste Unterschrift ist, von Landesrat Sfondrini oder vom Abgeordneten Brugger! Diese Unterschrift ist nicht leserlich.

TRIBUS (GAF-GVA): Frick.

KLOTZ (UFS): Danke für die Aufklärung!

Landesrat Frick, Dir kann ich es ja nicht verübeln. Du stehst dafür. Du sagst auch ganz klar, daß Du diesen und jenen Kreis vertrittst. Wir sagen, daß Du diese und jene Lobby vertrittst. Das ist Deine Sache! Unsere Sache ist, ob wir dabei mitmachen. Wir machen dabei nicht mit, weil wir der Meinung sind, daß man dort, wo es wirklich notwendig ist, die entsprechende Möglichkeit schaffen soll. Aber hier wird dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet. Ich habe es Euch an dieser tüchtigen Quellenhof-Lobby aufgezeigt. Ich bin nicht der Meinung, daß wir solche Leute fördern sollen. Sie können tun, was sie wollen. Aufgrund des Buchstaben h) können sie noch mehr Macht ausüben, und zwar nicht nur in diesem Tal. Sie können enorm erweitern, so daß die Nachbarn lärmgeschädigt

sind. Diese kommen sowieso nicht durch, da sie - Kollege Frasnelli - "Kleinhäusler" bzw. einfache Arbeiter sind, die nirgendwo durchdringen. Hier handelt es sich nicht um soziale Gerechtigkeit, meine lieben Damen und Herren! Dies ist ganz klarer Klientelismus. Es sind mafiöse Dinge, im Sinne von Kreisky, welcher gesagt hat: "Unter Mafia verstehe ich Freunderlwirtschaft".

FRICK (Landesrat für Handwerk, Fremdenverkehr und Gastgewerbe - SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen! Ich glaube, daß dieses Thema in demokratiepolitischer Hinsicht, aber auch für die Entwicklung unserer Wirtschaft von so großer Bedeutung ist, daß es gerechtfertigt erscheint, daß ein Landesrat, der sachlich nicht zuständig ist, aus den Bänken der Abgeordneten dazu Stellung nimmt. Dies geschieht deshalb, da der Landesrat für den Wirtschaftszweig, über den hier geredet wurde, zuständig ist. Offensichtlich, liebe Kollegen - ich stelle dies mit einiger Enttäuschung fest -, wurden die wesentlichen Inhalte dieser Debatte nicht erkannt. Es tut mir sehr leid, daß Kollege Tribus nicht anwesend ist, da gerade er in diesem Zusammenhang von "pervers" gesprochen hat. Sehr verehrte Damen und Herren! Mir scheint es pervers zu sein, in einer so grundlegenden Frage zu einer politischen Entscheidung zu kommen! Ich möchte Euch dies sagen, und zwar nicht mit der Erwartung, daß Ihr jetzt wenige Tage vor der Wahl vielleicht dafür stimmt, weil Euch der Stolz und die Wahlkalkulation ...

KLOTZ (UFS): *(unterbricht)*

FRICK (Landesrat für Handwerk, Fremdenverkehr und Gastgewerbe - SVP): Liebe Eva, ich habe Dich nicht unterbrochen!

... nicht die Möglichkeit dazu gibt. Ich möchte es Euch sagen, damit Ihr Euch zumindest in Eurem stillen Kämmerlein darüber Gedanken macht, in der Erwartung bzw. in der Hoffnung, daß wir uns in der nächsten Legislaturperiode alle - dies gilt für alle Wahlkämpfer - wieder sehen können und vielleicht eine bessere Form des Umgangs pflegen sowie eine korrekte Auseinandersetzung über Sachfragen tätigen können.

Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß Privilegien für den Sektor Gastgewerbe geschaffen werden und daß man nicht dafür ist, dieses Gesetz zu verabschieden, da man keine Privilegien schaffen möchte. Genau um dieses Thema handelt es sich. Was Euch wahrscheinlich nicht klar war und welche Informationen Euch voraussichtlich fehlen, während Ihr Euch für diese Intervention vorbereitet habt oder auch nicht, ist, daß es darum geht, eine schlechtere Behandlung bzw. eine ungerechtfertigte Differenzierung nach unten zu Ungunsten des Gastgewerbes endlich aufzuheben. Liebe Kollegen, aber auch liebe Freunde! Tatsache ist doch, daß die anderen Wirtschaftssektoren diese Abgabe aufgrund früherer Gesetze nicht zahlen. Sowohl die Sektoren Handwerk und Industrie als auch ein Großteil des Handels zahlen diese Abgabe seit eh und je nicht. Der einzige Sektor, der voll zur Kasse gebeten wurde, ist das Gastgewerbe. Damals hat dies Landesrat Benedikter so

eingeführt, und zwar mit einer entwicklungspolitischen Zielsetzung, die ich aus jener Sicht auch vorwiegend teile, weil es darum gegangen ist, die starke, überhitzte und explosive Entwicklung des Gastgewerbes in den 70er Jahren einzudämmen. Es geht darum, die nicht gerechtfertigte Benachteiligung des Sektors Gastgewerbe zu korrigieren, Gleichbehandlung und Gerechtigkeit zu schaffen. Aus all den kritischen Wortmeldungen ist hervorgegangen, daß hier eine Lobby aufsteht und sich darum bemüht, mit politischem Druck, mit Unkorrektheit, mit Mafia-Methoden Liebe Eva, Du bist zwar eine liebe Frau, aber mit solchen Worten herumzuschlagen, ist einfach unter Deiner Würde!

KLOTZ (UFS): *(unterbricht)*

FRICK (Landesrat für Handwerk, Fremdenverkehr und Gastgewerbe - SVP): Zum Thema "qualitative Erweiterung"! Ich möchte noch einmal ganz kurz erläutern, worum es bei der qualitativen Erweiterung geht. Liebe Eva, Passeierin, Du kennst es doch! Geh mit mir einen Lokalausweis machen! Bei der qualitativen Erweiterung handelt es sich nicht um jenes Hotel, das Du zitiert hast, wo ein neues Sporthotel gebaut worden ist, also neue Betten geschaffen wurden. Dies geschah aufgrund von völlig anderen gesetzlichen Grundlagen. Bei der qualitativen Erweiterung geht es aufgrund unserer Gesetzgebung darum, die Arbeitsvoraussetzung für die Betriebe zu verbessern, ohne ein einziges Bett dazuzubauen. Ihr wißt, daß dies in der heutigen Zeit notwendig ist! Ihr wißt, daß der Tourismus unseres Landes schwer unter Druck steht! Ihr wißt auch, daß wir den Konkurrenzgebieten in qualitativer Hinsicht in der Zwischenzeit nicht mehr in allen Fällen "Paroli" bieten können. Wenn wir den Standard des Tourismus und den Beitrag an der Volkswirtschaft des Tourismus für Südtirol aufrechterhalten wollen, dann ist es nicht nur zweckmäßig, sondern es erscheint aus rein wirtschaftlicher Sicht geradezu notwendig, daß qualitative Erweiterungen und Verbesserungen dringend durchgeführt werden. Jeder von Euch weiß, daß dies heute, zum Unterschied von früher, in touristisch auch seligen Zeiten zunehmend schwer finanzierbar ist. Einige Dutzend Betriebe haben eine durchaus gute Rentabilitätslage. Aber die allermeisten Betriebe - es gibt ungefähr 5.000 in Südtirol - tun sich aufgrund der vorliegenden Daten und aufgrund der Erkenntnisse, die ich durch meine Arbeit gewinnen konnte, in der Tat schwer, diese für das Überleben notwendigen qualitativen Verbesserungen zu finanzieren. Dies bedeutet, daß wir auch in bezug auf die Entwicklungsproblematik des Gastgewerbes und auf ihre langfristige Überlebensfähigkeit die einzig richtige Entscheidung treffen, wenn wir sagen, daß wir diese Bestrafung bzw. diese zusätzliche Investitionshürde streichen, damit eine größere Anzahl von Betrieben die Möglichkeit hat, die notwendigen Investitionen zu tätigen.

Drittens möchte ich noch kurz etwas zu den strukturschwachen Gebieten sagen. Ihr wißt, daß wir in unserem Land große Entwicklungsdifferentiale haben! Diese Entwicklungsdifferentiale, sprich diese Unterschiedlichkeit der verschiedenen Landesgebiete, stellen sich aufgrund der statistischen Erhebungen bzw. aufgrund objektiver Daten in einer

sehr ähnlichen Form im Gastgewerbe dar. Dies bedeutet - anders ausgedrückt -, daß in den allermeisten Fällen Gebiete, die insgesamt wirtschaftlich schlecht entwickelt sind, auch gleichzeitig Gebiete sind, die touristisch schlecht entwickelt sind. Es müßte nicht eine Zielsetzung der Lobbies sein. Die Lobbies sind eher in jenen Gebieten vertreten, die entwicklungsstark sind, zumal die Gastwirtelobby - wenn es eine solche gibt - eher in Gebieten wie Gröden, Schenna, Dorf Tirol, am Kronplatz usw. vertreten ist. Es geht also nicht um eine Frage der Lobbies, sondern um die Frage, ob wir einen Beitrag dazu leisten wollen, daß die ärmeren Gebiete unseres Landes einen besseren Zugang zur Entwicklung und somit zur ökonomischen Besserstellung insgesamt bekommen. Es ist vorgesehen, daß die Gemeinde überprüfen bzw. abwägen muß, ob der Verlust für den Gemeindegeldbeutel erträglich ist. Dies ist erst in einer zweiten Phase zu entscheiden. Den Gemeinden zumindest diese Möglichkeit zu geben, ist eine ganz reale, ernstgemeinte, volkswirtschaftlich begründete Zielsetzung im Zusammenhang mit der besonderen Förderung der strukturschwachen Gebiete.

Ich möchte nun abschließen, obwohl es sich hier um fundamentale Auseinandersetzungen und somit gerechtfertigte, tiefgreifende Diskussionen in diesem Landtag handelt. Liebe Freunde! Ich möchte Euch mitteilen, daß ich die Daten der Beherbergungskapazität des Südtiroler Gastgewerbes und des Südtiroler Tourismus erst vor wenigen Tagen erhalten habe. Diese Daten sind in einer gewissen Hinsicht dramatisch. Sie zeigen, daß der Tourismus in seiner Angebotsquantität im Gegensatz zu dem, was womöglich heute noch die öffentliche Meinung ist, ein Sektor ist, der zurückgeht. In den letzten vier Jahren sind im Gesamttourismus Betten abgebaut worden. In den letzten zwei Jahren wurden auch qualifizierte Betten abgebaut. Dies ist eine völlige Trendwende dem gegenüber, was wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gesehen haben. Ich glaube, daß wir aufgrund dieser völlig veränderten Ausgangssituation in unserem Land im Zusammenhang mit dem Tourismus notwendigerweise auch eine geänderte Reaktion in bezug auf die entsprechenden Rahmenbedingungen brauchen.

In Anbetracht dieser objektiven Situation und in Anbetracht der Tatsache, daß von allen Wirtschaftssektoren, inklusive der Landwirtschaft - dem Sorgenkind aus europäischer Sicht -, der Tourismus in bezug auf das quantitative Angebot am meisten zurückgegangen ist, möchte ich die Oppositionskräfte ersuchen, diese kleine Richtigstellung vorzunehmen bzw. diesen kleinen Schritt in Richtung Gleichbehandlung und in Richtung Chancengleichheit zwischen den verschiedenen Wirtschaftssektoren tatsächlich zu gehen! Wir haben die Vor- und Nachteile dieses Themas sowohl in der Südtiroler Volkspartei als auch in der Südtiroler Landesregierung gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern sehr gewissenhaft abgewogen und sind zur Entscheidung gekommen, daß unser Vorschlag in der jetzigen wirtschaftlichen Zeit der Schwächung und der Beschwerden im Tourismus nicht nur eine Frage der Gleichbehandlung bzw. der Gerechtigkeit, sondern auch eine Frage des richtigen, wirtschaftspolitischen Impulses zum richtigen Zeitpunkt ist.

BENEDIKTER (UFS): Es ist die Rede von Maßnahmen zur qualitativen Erweiterung von Beherbergungs-, Speise- und Schankbetrieben. Hier wird auf die Artikel 3 und 17 des Landesgesetzes Nr. 21 vom 23. Juni 1992 mit dem Titel "Sicherung des Wohnbestandes der Fremdenverkehrsfunktion" Bezug genommen. Es ist ein Wahnsinn, 14 Tage vor den Wahlen noch Gesetze zu behandeln. In dieser Zeit kommen Wahlzettel, Empfehlungszettel usw. ins Haus. Darin heißt es, daß Landesrat Kofler verzweifelt und heldenhaft gegen den Ausverkauf der Heimat kämpft. Mit diesem Gesetz vom 23. Juni 1992, welches noch dazu einen irreführenden Titel hat, wird der Verstädterung der noch verbliebenen Kulturlandschaft in den Talböden des Landes freie Hand gegeben. Unter dem Vorwand der qualitativen Erweiterung kann die Kubatur verdoppelt werden. Wenn ich in jedem Zimmer, das bisher nur ein Schlafzimmer war, ein Bad dazubauere, das heißt praktisch, daß ich das Zimmer verdoppele, dann kommt eine Verdoppelung der Kubatur heraus. Ich hätte scheinbar die Verdoppelung der Gastbetriebe im landwirtschaftlichen Grün freigegeben. Auch während - wie der Abgeordnete von Egen gesagt hat - der Zwangsherrschaft des Abgeordneten Benediktors konnte innerhalb der Zubehörsfläche eine qualitative Erweiterung vorgenommen werden. Vom Kämpfer gegen die Zersiedelung und gegen den Ausverkauf der Heimat ist allerdings die Regelung von höchstens 10 Prozent bzw. höchstens 800 Kubikmeter abgeschafft worden. Diese Regelung war meiner Ansicht nach noch tragbar, während seit dem 23. Juni 1992 keine Grenze mehr besteht. Man kann im landwirtschaftlichen Grün verdoppeln oder - ich sage dies dem Kämpfer gegen den Ausverkauf der Heimat - alle Beherbergungsbetriebe in Dienstleistungen jeglicher Art umwandeln. Das ist der Kampf gegen den Ausverkauf der Heimat! Zu den Dienstleistungen aller Art gehören auch die Ferienwohnungen. Ich habe es genau untersucht. Rein rechtlich gehören zu den Dienstleistungen auch die Ferienwohnungen. Du kannst ruhig lachen! Es ist nun mal so! So einer nennt sich dann noch Kämpfer gegen den Ausverkauf der Heimat!

Ich komme nun zum Thema der Befreiung von der Baukostenabgabe. Landesrat Frick hat erwähnt, daß sowieso die meisten Berufsgruppen schon von der Baukostenabgabe befreit sind und daß dies auch für das Gastgewerbe gelten soll! Seinerzeit hätte ich - er war dabei meiner Meinung - das Gastgewerbe nicht von der Baukostenabgabe befreit, da eine explosive Erweiterung im Tourismussektor vorherrschte. Deswegen wollte man dem Einhalt gebieten. Aber beim heutigen Stand der Dinge - jüngst ist unter anderem ein Regionalgesetz rückverwiesen worden, da man Befreiungen von Abgaben vorgesehen hatte - dürfen wir die Befreiung der Baukostenabgabe nicht zulassen, damit die Gemeinden wenigstens diese Einnahmen behalten. Die Einnahmen der Provinz werden sicherlich um ein Drittel gekürzt, und zwar durch die Überbürdung von Ausgaben, die der Staat immer noch in Sachgebieten, die in die Landeszuständigkeit fallen, tätigt. Das Land wird in Zukunft nicht mehr in der Lage sein, den Gemeinden soviel Geld zu geben, wie es heute der Fall ist.

In einer Stellungnahme des Gemeindenverbandes vom 5. November an die Abgeordneten des Südtiroler Landtages, unterschrieben von Präsident Hans Zelger und Geschäftsführer Benedikt Galler, steht folgendes: *“Baukostenabgabe für die qualitative Erweiterung der Beherbergungsbetriebe. Der Südtiroler Gemeindenverband lehnt die Abschaffung der Baukostenabgabe für die qualitative Erweiterung der Beherbergungsbetriebe mit Entschiedenheit ab, wenn die Gemeinden dafür nicht einen Ausgleich für die Mindereinnahmen erhalten.”* Das Land ist bereits heute nicht mehr in der Lage, diesen Zuschuß an die Gemeinden zu zahlen. *“Das Problem der Baukostenabgabe muß in seiner Gesamtheit gesehen werden und könnte auch überdacht und global neu geregelt werden. Es geht aber nicht an, daß in einem spezifischen Sektor die Abgabe einfach abgeschafft wird.”* Ich wundere mich darüber, daß der Gemeindenverband nicht zur Abschaffung der Gemeindeautonomie bzw. der Gemeindehoheit über das eigene Territorium Stellung genommen hat. In diesem Gesetz ist vorgesehen, daß sich das Institut die Baugründe aussuchen kann, wo es will, auch außerhalb des Bauleitplanes. Wenn die Gemeinde nicht entsprechende Änderungen des Bauleitplanes vornimmt, tut dies der Landesauschuß. In meiner Amtszeit habe ich es nicht gewagt, den Gemeinden diese Aufgabe zu nehmen. Durch die Hoheit über ihr Territorium können sie aufgrund gesetzlicher Bestimmungen festlegen, ob mehr oder weniger Gemeindeterritorium in Bauland, Wohnbauland oder was immer umgewandelt wird.

Ich bin der Ansicht, daß dies nicht in Ordnung geht. Meiner Meinung nach wird dieses Gesetz schon aus den anderen Gründen, die ich in der Stimmabgabeerklärung noch einmal zusammenfassen werde, rückverwiesen. Das ist aber sicherlich ein Grund mehr, wie auch Kollege Benussi ausgeführt hat. Euch rührt dies selbstverständlich nicht, da die Frist von 30 Tagen ja nach den Wahlen abläuft! Also kann man ruhig sagen: *“Wir hätten alles getan, aber die böse römische Regierung hat nicht so reagiert!”* Es ist unverantwortlich, daß bei den Beherbergungsbetrieben eine Verdoppelung der Kubatur im landwirtschaftlichen Grün zugelassen wird. Außerdem besteht die Möglichkeit, daß sie sich in Dienstleistungen aller Art umwandeln können. Auf diese Weise treibt man die Verstädterung des landwirtschaftlichen Grüns voran, ohne daß der Bauernbund etwas dagegen hat. Geld ist die Hauptsache! Alles andere ist Nebensache! Kulturgrund zählt im heiligen Land Tirol nichts mehr. Als weiterer Impuls zur sogenannten qualitativen Erweiterung kommt die Befreiung von der Baukostenabgabe.

MERANER (FDU): Ich möchte mich ausdrücklich gegen die Beschneidung der Gemeindeautonomie aussprechen. Wir lesen immer wieder als großen Erfolg - auch gestern hat es der Landeshauptmann im Fernsehen noch sehr deutlich für die nicht wissende Bevölkerung gesagt -, wie sehr unter seiner Regentschaft an die Gemeinden delegiert worden sei. In Wirklichkeit ist es aber so, daß die Gemeinden immer mehr unter die Knute der Landesregierung genommen werden. In dieser Hinsicht habe ich keine Meinungsunterschiede zu meinen Vorrednern der Opposition.

Im übrigen aber werde ich eher den gegenteiligen Standpunkt vertreten. Oberflächlich betrachtet, müssen die vorgeschlagenen Maßnahmen wahrscheinlich als ungerecht angesehen werden, wenn man sie nicht in einen größeren Kontext bzw. in eine Entwicklung mithineinprojiziert, wie wir sie in den nächsten Jahrzehnten erleben werden. Ich denke hier insbesondere an den landwirtschaftlichen Bereich. Wir wissen, daß es gerade im Bereich der Landwirtschaft in den vergangenen 4/5 Jahren einige goldene Jahre gegeben hat, die wir den Betroffenen gönnen. Allerdings waren die letzten 2 Jahre insbesondere im Bereich des Obst- und Weinbaus, aber auch im Bereich des Gemüsebaus sowie in jenem der Viehzucht alles eher als gut und glänzend. Meine Damen und Herren! Diese Tatsache als ein Zusammenspiel unglücklicher Zufälle anzusehen und zu sagen: "Es werden schon wieder bessere Jahre kommen.", ist wahrscheinlich ein Vorbeireden und ein Vorbedenken an der Realität. Jeder von uns ist wahrscheinlich in der letzten Zeit irgendwie und irgendwann einmal über die Oder-Neiße-Linie hinübergefahren und hat festgestellt, daß wir dort für die Zukunft völlig andere Bedingungen auf dem gesamten Arbeitsmarkt von Handwerk, Industrie über die Dienstleistungsbetriebe und insbesondere auch im Bereich der Landwirtschaft zu erwarten haben. Wenn Sie bedenken, daß heute in Tschechien, in Ungarn und in Polen fruchtbarste Grundstücke um Lappalien bzw. um den Preis von 100, höchstens 200/300 Lire angeboten werden, das strukturell bei einer mittelmäßigen Investition ... Herr Landesrat Kofler und Herr Landesrat Frick! Ich rede auch für Sie! Wenn Sie nicht interessiert daran sind, was die Opposition zu sagen hat, dann kann ich auch gleich still sein. Ihr redet zusammen. Das ist bemerkenswert. Ich messe Dir zwar sicher einige prophetische Gaben zu. Aber daß Du, bevor ich es gesagt habe, schon weißt, worüber Du zu diskutieren hast, wage ich anzuzweifeln! Ich glaube, doch ein bißchen mehr gesagt zu haben als mancher, der meint, oft sehr vieles und wichtiges zu sagen. Das sind die Tatsachen! Das ist die zukünftige Entwicklung! Von dort her werden wir eine dauernde Konkurrenz und eine dauernde Schlechterstellung im Bereich der Landwirtschaft, aber auch im Bereich des Fremdenverkehrs notwendigerweise zu erwarten haben. Wenn nun diese Maßnahmen als so ungerecht hingestellt wurden, dann bin ich der Meinung, daß man sie in einem Gesamtkontext sehen sollte. Man kann eine Vielzahl von Ungerechtigkeiten aufzählen, welche die selbständig arbeitenden Menschen in unserem Lande seit Jahrzehnten ertragen müssen.

Ich wundere mich eigentlich darüber, daß man sich nicht früher aufgeregt hat. Es ist ja kein Einzelfall, Kollege Tribus und andere! In den beiden letzten Legislaturen haben wir eine Vielzahl von Maßnahmen für die unterentwickelten Gebiete in unserem Land beschlossen. Ich denke an den Bereich des Handwerks, der Industrie usw. Jetzt, sobald der Sektor Fremdenverkehr betroffen ist, sollte plötzlich das Feuer im Dach sein. Niemand kann mir vorwerfen, daß ich einer bin, der den Fremdenverkehrssektor einseitig vertreten möchte. Wenn ich meine, daß Ungerechtes geschieht, habe ich mich gewehrt, beispielsweise auch in bezug auf die Tourismusabgabe. Jedoch erachte ich diese Maßnahmen als überhaupt nicht ungerecht, wenn wir sie im Gesamtkontext sehen.

Ein Haken liegt - wenschon - in der praktischen Durchführung. Hier wäre abzusehen, ob nicht der Gemeindenverband in seiner Verantwortung aufgerufen wäre, von sich aus und nicht als Diktat der Landesregierung objektive Maßstäbe zu schaffen, damit wir in Zukunft nicht erleben, daß die Gemeinden, je nach beruflicher Zusammensetzung, sehr unterschiedliche und mitunter sehr ungerechte Kriterien für die Anwendung dieser Maßnahmen einführen. Ich spreche von objektiven Kriterien, damit in allen Gemeinden bei gleichen objektiven Voraussetzungen auch möglichst gleich entschieden wird. Dies sehe ich im Moment noch als ein Manko an.

Über die Ungerechtigkeiten, die hier angeprangert worden sind, möchte ich nicht sehr lange streiten. Wenn wir dieses Thema aufgreifen wollten, dann könnten wir einige Wochen darüber diskutieren und würden feststellen, daß es in allen Bereichen, Sparten und Berufsgruppen eklatante Ungerechtigkeiten gibt, die abgeschafft werden müssen. Nun gehöre ich nicht zu jenen, die sagen: "Wenn es da eine Ungerechtigkeit gibt, soll man dort auch eine schaffen." Aber man könnte einige Ungerechtigkeiten, die wesentliche Teile unserer Bevölkerung, insbesondere die selbständig Arbeitenden, seit Jahrzehnten ertragen, auch einmal durch lindernde Maßnahmen in gewissen Bereichen aufwiegen. Denken Sie beispielsweise daran, daß wir ein Wohnbaureformgesetz haben, das immer noch davon ausgeht, daß - allgemein gesehen - alle selbständig arbeitenden Menschen in unserem Lande zweistellige Steuern hinterziehen! Das ist ein Skandal, meine Damen und Herren! Wenn ich als selbständig arbeitender Mensch 50 Millionen Lire im Jahr verdiene und der Bankdirektor Maier ebenso 50 Millionen Lire im Jahr verdient, dann werden mir die 50 Millionen Lire für die Berechnung voll gezahlt und dem armen Bankdirektor Maier, der genau gleich viel verdient, aber ein Arbeitnehmer ist, werden sie zweistellig reduziert. Bitte erklären Sie mir, ob das gerecht ist, nur um auch in anderen Sektoren einmal darauf hinzuweisen!

Ich möchte einige befragen, wie sie es sich erklären und ob sie es als gerecht ansehen, daß dieser Bankdirektor Maier, der 50 Millionen Lire jährlich verdient, auch für 50 Millionen Lire die Einkommenssteuer bezahlt! Ich verdiene die 50 Millionen Lire durch einem Betrieb, zahle auch auf 50 Millionen Lire Einkommenssteuer und neben den vielen anderen Steuern noch zusätzlich auf dem besteuerten Betrag 15 Prozent lokale Einkommenssteuer. Wieso regt sich darüber niemand auf? Das möchte ich schon einmal wissen!

Das nächste Thema wäre die ICI, bei der man hinterfragen muß, ob tatsächlich ganz Südtirol als Berggebiet einzustufen ist. Ich kann in der Gemeinde Bozen - abgesehen von Kohlern - eigentlich nicht so viele Gebirge feststellen. Bei Meran, Bruneck und Brixen - soweit es die Stadtgebiete betrifft - tue ich mich auch verhältnismäßig schwer. Das muß ich ehrlich sagen! Ich bin einverstanden, daß gewisse Sparten von Bauern die ICI nicht bezahlen müssen. Niemand kann uns aber vormachen, daß es gerecht ist, daß alle Bauern von dieser ICI befreit sind. Auch der Bauernbundobmann, welcher es ja nicht

verschuldet hat - das möchte ich dazusagen -, wird zugeben müssen, daß dies eine Ungerechtigkeit ist, wenn er objektiv ist, wofür ich ihn natürlich halte.

Ungerecht ist ebenso, daß die Müllabfuhr beispielsweise - ungerecht ist ja schon, daß sie flächenmäßig besteuert wird, aber das gilt für alle - je nach Berufsstand noch einmal bis zu mehreren 100 Prozent verschieden gestaffelt wird, unabhängig von der Qualität des Mülls. So erleben wir, daß sehr umweltbelastender Müll um 200/ 300 Prozent weniger stark besteuert wird als der andere. Ist das gerecht, meine Damen und Herren? Dies betrifft wiederum - weil wir gerade von den Gastwirten reden - den Gastgewerbesektor, auf dem die höchsten Tarife gezahlt werden. Ungerechtigkeiten gibt es noch viele. Wir könnten auch in diesem Haus bleiben, wo wir - glaube ich - auch eine ganze Reihe von früheren Staatsangestellten hatten. Ich will es niemandem vorruffen. Aber wenn man so lauthals von Ungerechtigkeiten redet, möchte ich in den Raum stellen, ob es gerecht ist, daß diejenigen Abgeordneten, die nicht als Staatsangestellte hier hergekommen sind, sich ihre Pensionen selbst zahlen und die Staatsangestellten, die gleich gut bezahlt werden wie wir, sich vom Steuerzahler den Arbeitsplatz sowie die Karriere erhalten und die Pensionen weiterzahlen lassen. Dies ist eine Frage der Gerechtigkeit, die man diskutieren sollte, ehe man einfach mit dem Finger auf andere zeigt und sagt: "Das ist alles so ungerecht." Wir müssen bei uns selbst anfangen und sehen, ob es nicht bei jedem irgend etwas gibt, was ungerecht ist. Wir müssen versuchen, dies in gerechter Weise abzuschaffen.

Zum Thema Subventionen! Es hat geheißen - ich weiß den Ausdruck nicht mehr genau -, daß Unmengen von Subventionen an die freie Wirtschaft geflossen sind, zum Teil vergebens und ungerechtfertigt. Aber Tatsache, meine Damen und Herren, ist doch, daß wir beispielsweise nur im Bereich der Sanität, die ja nicht in erster Linie von den Selbständigen, sondern vorwiegend von den Unselbständigen genützt und mißbraucht wird, schon mehr haben als in den gesamten Subventionen der freien Marktwirtschaft. Dies als Beispiel! Ich denke daran, daß zumindest 2 Drittel der Wohnbauförderungen an nicht Selbständige gehen, ebenso wie viele Stipendien an nicht Selbständige gehen. In Ordnung, einverstanden! Man soll mir aber nur nicht immer sagen, daß sie die meisten Steuern zahlen. Sie kassieren auch überwiegend Steuern! Dann ist es auch richtig, daß sie sie zahlen.

Der langen Rede kurzer Sinn! Wenn man von Ungerechtigkeiten redet, darf man nicht eine Begebenheit herausnehmen, sondern muß versuchen das gesamte System zu analysieren und zu durchleuchten. Dann wird man einsehen, daß die Worte vielleicht etwas besser abzuwägen sind als ich sie heute in diesem Hohen Hause gehört habe. Hier gibt es Ungerechtigkeiten über Ungerechtigkeiten in allen Bereichen bzw. in allen Berufssparten. Es kann nicht angehen, daß wir die Ungerechtigkeiten, die mich selbst begünstigen, als sehr gerecht oder zumindest nur ganz kleine erträgliche Ungerechtigkeiten ansehen und die noch kleinere Ungerechtigkeit beim anderen als undenkbar kritisieren. Es sollte unsere gemeinsame Aufgabe sein - ich schließe ab, Herr Präsident -, in Hinkunft

ohne Wenn und Aber, ohne Rücksicht auf die eigenen Interessen und auf die Interessen der Pressionsgruppen möglichst Gerechtigkeit in allen Bereichen zu schaffen.

Letzter Satz: Ich möchte nicht in dem Sinne mißverstanden werden, daß ich diese Maßnahme unterstütze, weil wir uns in Wahlzeiten befinden. Ihr wißt, daß ich nicht mehr kandidiere. Kollege Frick und Kollege Kofler! Ich bin sehr wohl der Meinung, daß diese Maßnahme nicht von ungefähr zu diesem Zeitpunkt gesetzt wird und daß Ihr Euch auch stimmenmäßig einen Vorteil davon erwartet. Ich würde es bedauern, wenn ich Euch durch die Zustimmung zu dieser Maßnahmen nur eine einzige Stimme mehr bringen würde. Das brauche ich nicht dazuzusagen. Diesbezüglich - glaube ich - kennt man mich!

KOFLER (Landesrat für Raumordnung und Energie - SVP): Ganz kurz! Kollege Frick hat bereits in seiner Intervention darauf hingewiesen. Wir hatten im Rahmen der Regelung über die Befreiung von der Baukostenabgabe in Südtirol schon seit längerer Zeit eine ganze Reihe von Ausnahmen. Ich erinnere an die Gewerbegebiete und an die Freistellung für die Erstwohnung. Ich erinnere an die Befreiung für die Landwirtschaft - 700 Kubikmeter - sowie an die Befreiung für jedwede Sanierungsintervention. Also ist es nicht so, daß zum ersten Mal eine Ausnahme eingeführt würde. Es wäre sicherlich noch günstiger, wenn man eine umfassende Regelung der Materie, wie sie von mir und anderen gefordert wurde, vornehmen könnte. Dies wird wohl eine Aufgabe für die Zukunft sein. Es ist notwendig, daß wir auf jeden Fall auch das Institut der Konventionierung aufrechterhalten. Gerade für das Institut der konventionierten Wohnungen ist es notwendig, daß als Gegenleistung die Möglichkeit der Befreiung von der Baukostenabgabe gegeben ist. Deswegen braucht es sicherlich noch die Baukostenabgabe als Instrument, obwohl sich nach Einführung dieser Regelung die Anzahl der Ausnahmen von der Baukostenabgabepflicht noch verlängert.

Ich möchte nur noch ganz kurz darauf hinweisen, daß ich dem Gedanken nicht zu folgen vermag, daß die Gemeindeautonomie durch diese Maßnahme beschnitten würde. Wenn es den Gemeinden in strukturschwachen Gebieten freigestellt wird, ganz oder teilweise die Baukostenabgabe zu erlassen, ist dies sicherlich keine Beschneidung, sondern genau das Gegenteil im Hinblick auf die Gemeindeautonomie! Dies nur ganz kurz zur Klärung der Situation im Zusammenhang mit der Baukostenabgabe!

PRESIDENTE: Metto in votazione l'articolo 41.

BENEDIKTER (UFS): Ich ersuche um Feststellung der Beschlußfähigkeit!

PRESIDENTE: Va bene. Prego i segretari questori di contare: approvato a maggioranza con 16 voti favorevoli, 5 contrari e 1 astensione.

Leggo l'articolo aggiuntivo presentato dagli assessori Kofler e Frick e dal consigliere Kaserer sotto forma di emendamento:

Art. 42

1. Il comma 15 dell'articolo 42 dell'ordinamento urbanistico provinciale è così sostituito:

"15. Singoli edifici a scopo residenziale esistenti nel verde agricolo il giorno 24 ottobre 1973, la cui cubatura complessiva risulti inferiore a 850 metri cubi, possono essere ampliati fino al raggiungimento di tale limite alle seguenti condizioni:

- a) mediante l'ampliamento devono essere ricavate dall'edificio due abitazioni destinate al fabbisogno abitativo primario del proprietario e/o dei suoi familiari;*
- b) le abitazioni devono essere convenzionate ai sensi dell'articolo 7 della legge provinciale 3 gennaio 1978, n. 1, sostituito dall'articolo 6 della legge provinciale 23 giugno 1992, n. 21."*

1. Artikel 42 Absatz 15 des Landesraumordnungsgesetzes ist durch folgenden ersetzt:

"15. Einzelne Wohngebäude, die am 24. Oktober 1973 im landwirtschaftlichen Grün bestanden haben und deren Gesamtbaumasse weniger als 850 Kubikmeter beträgt, können unter folgenden Bedingungen bis zu diesem Ausmaß erweitert werden:

- a) infolge der Erweiterung müssen aus dem Gebäude zwei Wohnungen errichtet werden, die zum ständigen Eigenbedarf des Eigentümers und/oder seiner Familienangehörigen dienen;*
- b) die Wohnungen müssen im Sinne von Artikel 7 des Landesgesetzes vom 3. Jänner 1978, Nr. 1, ersetzt durch Artikel 6 des Landesgesetzes vom 23. Juni 1992, Nr. 21, konventioniert werden."*

Ha chiesto la parola il consigliere Frasnelli, ne ha facoltà.

FRASNELLI (SVP): Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß meine Unterschrift unter diesem Abänderungsantrag zurückgezogen wurde. Im Original liegt dies vor. Sie haben den Text noch mit meiner Unterschrift. Da ich befangen bin, werde ich auch an der Abstimmung nicht teilnehmen. Danke!

KOFLER (Landesrat für Raumordnung und Energie - SVP): Kurze Erläuterung! Derzeit gilt die Regelung, daß bestehende Wohngebäude im landwirtschaftlichen Grün, sofern sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen, auf 700 Kubikmeter erweitert werden können. In Zukunft sollen statt 700 850 Kubikmeter als Obergrenze gelten, und zwar mit der Begründung, daß auf 700 Kubikmeter nicht 2 Wohnungen im üblichen Ausmaß realisierbar sind. Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, 850 Kubikmeter als Obergrenze einzuführen, allerdings mit 2 - wie mir scheint - doch wesentlichen Auflagen, daß es sich tatsächlich um Wohnungen für einheimische Wohnungssuchende handelt, also nicht um Wohnungen, die zu eventuellen Spekulationszwecken dienen könnten. Deswegen muß es sich um 2 Wohnungen handeln, die tatsächlich dem Eigenbedarf oder dem Bedarf der eigenen Familie dienen. Zweitens. Diese Wohnungen werden auch entsprechend der

Konventionierungspflicht unterworfen, das heißt, daß hier nur landesansässige Erstwohnungssuchende in Frage kommen.

ZENDRON (GAF-GVA): Ringrazio l'assessore per aver spiegato questa cosa. Ho capito che l'intenzione è quella di migliorare la regolamentazione precedente che non fissava il numero di abitazioni, così se ne facevano anche tre piccoline destinandole non all'uso proprio ma per dale in affitto. Però la cosa che non capisco è che poi si approfitti di questa situazione comunque per aumentare il volume complessivo. Se nei 700 metri cubi che erano previsti prima ci stavano tre appartamenti, dividendoli in due dovrebbero comunque essere più grandi senza aumentare ulteriormente il volume complessivo.

In tutta la legge vediamo che da una parte si fa un piccolo miglioramento, dall'altra si fanno delle cose che non vanno. Forse questa non è la cosa più grave della legge, però comunque non si capisce perché si debba continuamente aumentare i limiti edificabili, in particolare poi all'interno del verde agricolo. Questa misura non ha certo la gravità dell'emendamento che è stato fatto all'articolo 1, però sicuramente va in una direzione che è sempre la stessa, che è quella di togliere tutti i limiti, di andare sempre verso un aumento del costruito, che non è giustificato in questo caso, soprattutto se teniamo conto che viene fatta una limitazione che riduce il numero delle abitazioni che si possono ricavare e quindi automaticamente ne aumenta la volumetria per ognuno, perché prima se ne facevano di più, naturalmente di volume inferiore.

PRESIDENTE: Metto in votazione l'emendamento: approvato a maggioranza con 6 voti contrari, 1 astensione e i restanti voti favorevoli. Il consigliere Frasnelli non ha partecipato alla votazione.

Do lettura di un altro articolo aggiuntivo presentato dagli assessori Kofler e Frick e dai consiglieri Kaserer e Frasnelli sotto forma di emendamento:

Art. 43

1. Il comma 5 dell'articolo 29 dell'ordinamento urbanistico provinciale, approvato con decreto del Presidente della Giunta provinciale 23 giugno 1970, n. 20, e successive modifiche, è sostituito dal seguente:

"5. Ogni Consiglio comunale può aumentare il numero dei componenti di detta commissione sino ad un massimo di dieci membri. Il capoluogo della provincia ha facoltà di estendere il numero sino a dodici membri."

1. Artikel 29 Absatz 5 des Landesraumordnungsgesetzes, genehmigt mit Dekret des Landeshauptmannes vom 23. Juni 1970, Nr. 20, in geltender Fassung, ist durch folgenden ersetzt:

"5. Jeder Gemeinderat kann die Anzahl der Kommissionsmitglieder auf höchstens zehn Personen erhöhen. Für die Landeshauptstadt kann die Mitgliederzahl der Kommission auf zwölf erhöht werden."

E' stato presentato un emendamento che dovrebbe sostituire questo articolo, ma mi dice adesso l'assessore Kolfer che è ritirato, quindi non lo leggo.

Chi chiede la parola? Consigliera Zendron, ne ha facoltà.

ZENDRON (GAF-GVA): Chiedo ai colleghi che hanno fatto i consiglieri comunali di confermare il mio dubbio rispetto a questa modifica.

La modifica si è resa necessaria perché è stato inserito, con legge precedente, nella commissione edilizia comunale un rappresentante dei contadini. Allora adesso, dato che gli altri protestavano, bisognava togliere uno di quelli che c'erano prima; allora si aumenta il numero. Però da quello che io sento di Bolzano, però non ho un'esperienza diretta, quindi invito i colleghi ad esprimersi su questo fatto, mi sembra che già il numero che c'è attualmente non garantisce sempre la competenza e la qualità, e quindi un aumento di questo numero diminuisce ulteriormente la possibilità di prendere decisioni in modo competente ecc. Inoltre il fatto di aumentare ancora gli organismi pletorici rende sempre difficili le decisioni. A me sembra che adattare continuamente il numero degli organismi decisionali senza guardare qual è l'ottimizzazione, ma solamente perché si tira la coperta da una parte e si mette dentro qualcuno solo perché qualcun altro è forte e riesce ad inserirlo, poi arriva l'altro, e un altro ecc. non mi sembra un modo serio di configurare la rappresentanza e la forma delle commissioni che devono prendere poi decisioni molto importanti all'interno dei comuni. Devo dire che sono perplessa, perché questo avviene come un emendamento inserito in un'altra legge che non c'entra niente e che rischia anche di cambiare il senso urbanistico che ha una sua logica. Perché c'era un certo numero e adesso viene cambiato? Ci sarà stata una logica originaria che riteneva di definire che si potessero prendere le decisioni in modo adeguato. Questo fatto di cambiare per strada una cosina qui e una là rende la legge ancora meno leggibile, ancora più difficile da valutare nel suo complesso, anche per noi, ma ancora peggio per i cittadini.

Sono contraria a questo emendamento, perché mi sembra che intervenga nella materia urbanistica che è così delicata, che è fatta di tante cose che si compensano e si equilibrano in modo assolutamente disorganico. Questa è l'ultima volta che lo possiamo dire ma vale per tantissimi emendamenti che sono stati presentati su questa legge, e non mi dite che questa è una cosa urgente che si ha bisogno assolutamente di inserirla in una legge perché altrimenti succedrebbe il finimondo. Questa è veramente una maniera cattiva di legiferare! Non è una cosa urgentissima che se non la si cambia crolla tutto quanto.

KOFLER (Landesrat für Raumordnung und Energie - SVP): Zuerst eine kurze Antwort auf die Bemerkung von Frau Zendron zum vorigen Artikel! Die Kubatur wird erhöht, weil 700 Kubikmeter tatsächlich für 2 Wohnungen etwas knapp bemessen sind. Wie Sie wissen, haben wir das Maximum beim üblichen Wohnbau mit 495 Kubikmeter pro Wohnung festgelegt. Das würde für 2 Wohnungen beinahe 1000 Kubikmeter ergeben. Nachdem aber ein Teil immer unterirdisch ist, wird mit 850 Kubikmeter sicherlich

gewährt, daß tatsächlich 2 ordentliche 100/105/110- Quadratmeter-Wohnungen errichtet werden können.

Was nun Artikel 41 anbelangt, so glaube ich nicht, daß die Zusammensetzung der Baukommission durch die Erhöhung um eine Einheit wesentlich verändert wird. Wie Sie wissen, haben wir während dieser Amtsperiode festgeschrieben, daß ein Vertreter der bürgerlichen Verbände in der Baukommission sein soll. Es ist natürlich mit einigen Schwierigkeiten verbunden, wenn man während der Amtsdauer einer Kommission einen Austausch vornehmen muß. Man ist sich klar, wer in die Kommission soll, aber es ist nicht immer so klar, wer heraus soll. Deswegen hat auch der Gemeindenverband vor allem in dem Sinne den Wunsch geäußert, daß man auch eine Erhöhung der Anzahl vorsehen möge, um diese eingeführte Norm leichter in die Praxis umsetzen zu können.

PRESIDENTE: Metto in votazione l'articolo aggiuntivo 43: approvato a maggioranza con 5 voti contrari, 5 astensioni e i restanti voti favorevoli.

Riprendiamo adesso la trattazione dell'articolo 18, che era stata sospesa nella seduta del 26/10/93 su richiesta dell'assessore Bolognini.

E' stato presentato un emendamento dagli assessori Bolognini e Pellegrini, che dice: "Il comma 1 è così sostituito: Qualora il programma degli interventi di cui all'articolo 4 preveda in un comune la costruzione di alloggi in locazione o qualora in un comune vengano presentate domande per l'assegnazione di aree da parte di cooperative edilizie i cui soci sono in possesso dei requisiti generali per essere ammessi alle aree destinate all'edilizia abitativa agevolata, il comune deve assegnare entro novanta giorni dalla ricezione della relativa domanda l'area riservata all'edilizia abitativa agevolata necessaria per la costruzione delle abitazioni. Se il comune non dispone di aree riservate all'edilizia abitativa agevolata deve procedere, entro lo stesso termine, alla individuazione delle necessarie aree nel piano urbanistico comunale. In caso di inerzia del comune si può sostituire la Giunta provinciale."

"Absatz 1 ist durch folgenden ersetzt: Sieht das Einsatzprogramm laut Artikel 4 in einer Gemeinde den Bau von Mietwohnungen vor, oder werden in einer Gemeinde von Wohnbaugenossenschaften, deren Mitglieder im Besitze der allgemeinen Voraussetzungen für die Zuweisung von gefördertem Bauland sind, Gesuche um Grundzuweisung eingereicht, muß die Gemeinde dem Institut innerhalb von neunzig Tagen ab Erhalt des entsprechenden Ansuchens die für den Bau der Wohnungen erforderliche Fläche für geförderten Wohnbau zuweisen. Verfügt die Gemeinde über keine Flächen für den geförderten Wohnbau, muß sie innerhalb der genannten Frist die notwendigen Flächen im Bauleitplan ausweisen. Bleibt die Gemeinde untätig, kann die Landesregierung an ihre Stelle treten."

Ha chiesto la parola la consigliera Zendron, ne ha facoltà.

ZENDRON (GAF-GVA): Avrei piacere che il Presidente Durnwalder che sta studiando l'emendamento mi ascoltasse, perché così penso si accorgerà che l'assessore Bolognini ha scherzato. L'emendamento all'articolo 18 ha due modifiche rispetto all'articolo precedente, e cioè anziché "comune ad alta tensione abitativa" c'è scritto "comune" e poi oltre a permettere la concessione di terreni per l'Ipeaa ci aggiunge le cooperative. Cosa succede se si approva questo emendamento in questa legge? Che si sono lasciati i terreni che erano una volta perché non è stato approvato l'articolo che inseriva la clausola del 70 e 30%, poi si è amentato il numero dei richiedenti diminuendo il punteggio da 18 a 16 punti e adesso arriva l'assessore Bolognini con questo emendamento in cui dice non solo nei comuni ad alta tensione abitativa ma in tutti i comuni, anche quando viene richiesto da cooperative, il comune deve mettere a disposizione i terreni. Allora cosa succede nei comuni, non a Bolzano dove non cambia niente, tanto i terreni non ci sono, turistici dove i cittadini non riescono ad avere la casa e invece gli estranei riescono a comperarsi la seconda casa? Che richiedenti con basso punteggio chiedono, il comune che fino adesso non faceva zone di espansione perché non ce n'era bisogno, deve mettere a disposizione dei terreni e deve anche mettere a disposizione il 50% per le seconde case. Questo sarebbe il completamento di una manovra che è già perfida, perché il fatto di non aver introdotto il 70 e 30% è già perfido, però con questa cosa noi nei comuni dove c'è una richiesta di seconde case, non c'è richiesta di case per i cittadini che ci abitano, permettiamo che si facciano le zone di espansione per questi nuovi cittadini. La trovo una cosa tremenda, è la piccola vendetta dell'assessore Bolognini perché è stato abbassato il punteggio da 18 a 16 punti, però non credo che aggiungendo danno al danno noi riusciamo a migliorare le cose. Si danneggia solo un po' di più.

Con le modifiche che sono state fatte in aula con questi due punti sono già stati fatti danni, perché i terreni sono quelli che sono e sono aumentati i richiedenti, quindi aumenteranno i prezzi, ma con questo sarà ancora peggio, perché comuni che fino adesso hanno diritto di non farlo entro 90 giorni dovranno mettere a disposizione i terreni per chi li userà, e saranno quelli che costruiscono case da vendere come seconda casa.

BENEDIKTER (UFS): Am Mittwoch, den 17. Oktober war ich in Rom bei Außenminister Andreatta. Ich wußte nicht, daß die Behandlung des Artikels 18 ausgesetzt worden war. Ich habe nun Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. Abgesehen von dem, was Kollegin Zendron vorgebracht hat und was ich 100prozentig teile, wird hier ein elementarer Grundsatz der Gemeindeautonomie aufgehoben. Wir haben diesen Grundsatz bisher respektiert. Ich kann leider nicht alles wiederholen. Ich habe das letzte Mal darauf hingewiesen, was wir in unserer Landesbauordnung gesagt haben. Die Gemeinde muß sich an gewisse Landesbestimmungen über Denkmal- und Landschaftsschutz halten. Die Gebäude, die von Landes- und Staatsinteresse sind, sollen untergebracht werden. Aber darüber hinaus haben wir nicht gesagt, daß, wenn die Gemeinde nicht genügend Grund für

den Volkswohnbau ausweist, dann an deren Stelle das Land tritt. Vor Inkrafttreten des neuen Gemeindeautonomiegesetzes im Jahre 1991 - bei uns im Jänner 1993 - sind wir davon ausgegangen, daß sich der Landesausschuß in bezug auf die Frage, ob für den Bedarf der Einheimischen mehr oder weniger Grund ausgewiesen werden soll, nicht an die Stelle der Gemeinde setzen darf. Wir haben allerdings Grundsätze festgelegt, die hiermit aufgehoben werden. Es muß nur auf den Bedarf der Einheimischen Bedacht genommen werden. Der Stand der nicht benützten Wohnungen und der sanierten Wohnungen muß berücksichtigt werden, immer unter dem Gesichtspunkt, daß so wenig wie möglich Kulturgrund weiterurbanisiert wird. Wir sind ja davon ausgegangen, daß der Kulturgrund in den Talböden - darum geht es ja - sowieso von 45.300 bzw. von 42.000 Hektar bei Ende des Zweiten Weltkrieges um mindestens 10.000 Hektar zurückgegangen ist. Also macht der Kulturgrund in den Talböden nur mehr rund 30.000 Hektar aus. Somit sollte man hier soviel wie möglich sparen. Es geht hauptsächlich um die Gemeinde Bozen. Wenn ich in meiner Amtszeit als Landesrat vorgeschlagen hätte, daß, wenn nicht genügend ausgewiesen wird, das Land an die Stelle der Gemeinde verfügt, dann hätte man mir wirklich vorwerfen können, daß ich die Gemeinde Bozen mit ihrer italienischen Mehrheit vergewaltigen will. Soweit bin ich aber nicht gegangen.

In erster Linie geht es um die Gemeinde Bozen und nicht um irgendeine andere Gemeinde. Im neuen Gemeindeautonomiegesetz sowie im Staatsgesetz heißt es, daß diese Grundsätze verfassungsrechtlich im Sinne des Artikels 128 der Verfassung verankert sind. Es steht, daß die Autonomie der Gemeinden mit Staatsgesetz näher umschrieben werden soll. Ich zitiere: *“Die Provinzen und die Gemeinden sind autonome Körperschaften im Rahmen der Grundsätze, die durch allgemeine Gesetze der Republik festgelegt sind und ihre Befugnisse umschreiben.”* Die regionale Gemeindeordnung hat diese Grundsätze vom Staatsgesetz übernommen. Dies beweist folgender Passus: *“Der Gemeinde obliegen sämtliche Verwaltungsfunktionen, welche die Bevölkerung und das Gebiet der Gemeinde betreffen, besonders im Bereiche der Sozialdienste, der Gebietsplanung und -nutzung sowie der wirtschaftlichen Entwicklung.”* Im Artikel 13 Absatz 2 heißt es: *“Der Gemeinderat beschließt die Gebiets- und Bauleitpläne, die Pläne für deren Ausführungen, die etwaigen Abweichungen von ihnen und die abzugebende Stellungnahme in den vorher genannten Bereichen.”* Im Artikel 57 steht folgendes: *“Der Gemeinderat kann in dieser Funktion nicht durch die Ersatzbefugnis des Kontrollorgans - bei uns ist dies der Landesausschuß - überwunden werden.”* Es ist ausgeschlossen, daß sich der Landesausschuß - anderswo handelt es sich um eine Kontrollkommission - in der Ausübung dieser Befugnisse, sprich die Genehmigung der Bauleitpläne und deren Abänderungen sowie der Durchführungspläne usw., anstelle des Gemeinderates setzen kann. Hier wird klipp und klar ein elementarer Grundsatz der Gemeindeautonomie verletzt, sowohl wenn es nur um das Institut geht, das sich Gründe aussuchen kann, wobei im Falle, daß die Gemeinde nicht einverstanden sein sollte, der Landesausschuß an deren Stelle diese Gründe in den Bauleitplan einbeziehen kann, als auch wenn es eine Gemeinde

mit angespannter Lage auf dem Wohnungsmarkt ist oder nicht. Werden in einer Gemeinde von Wohnbaugenossenschaften - wie in letzterer Fassung vorgesehen -, deren Mitglieder im Besitze der allgemeinen Voraussetzungen für die Zuweisung von gefördertem Bauland sind, Gesuche um Grundzuweisung eingereicht, muß die Gemeinde dem Institut innerhalb von 90 Tagen ab Erhalt des entsprechenden Ansuchens die für den Bau der Wohnung erforderliche Fläche für den geförderten Wohnbau zuweisen. Die Gemeinde könnte der Ansicht sein - diese Autonomie haben wir ihr bisher gelassen -, daß an sich Grund genug da ist. Die Genossenschaften, die dort bauen wollen, sollen sich in den Flächen niederlassen, die bereits vorhanden sind. Auch in Bozen gibt es eine Reihe von Gebäuden, die saniert werden könnten usw. Jedenfalls muß dies der Gemeinde überlassen bleiben. Ich zitiere: *“Verfügt die Gemeinde über keine Flächen für den geförderten Wohnbau, muß sie innerhalb der genannten Frist die notwendigen Flächen im Bauleitplan ausweisen.”* Das Urteil darüber, ob sie verfügt oder nicht, muß ein Urteil der Gemeinde bleiben. An deren Stelle kann nicht der Landeshausschuß treten. Das haben wir bisher nicht vorgesehen.

Aus diesen Gründen, sowohl laut altem Text, daß dies nur das Institut veranlassen kann, als auch laut neuem Text, der ja - wie Kollegin Zendron gesagt hat - noch schlimmer ist, bin ich der Ansicht, daß die Regierung, wenn sie überhaupt noch auf bestehende Rechtsgrundsätze der italienischen Rechtsordnung - siehe Gemeindeautonomie, die auch wir hochhalten sollten - Bedacht nimmt, das Gesetz nicht in Kraft treten lassen darf. Es geht - wie gesagt - um die Verletzung eines elementaren Grundsatzes der Gemeindeautonomie, wie er in Artikel 13 Absatz 2 und Artikel 57 der Verfassung klar zum Ausdruck gebracht wird.

BOLOGNINI (Assessore all’edilizia abitativa agevolata, trasporti e assistenza - DC): In primo luogo devo rispondere al collega Benedikter dicendogli che questo articolo 18 ha una storia alle spalle. Questo articolo fu ipotizzato quando il comune di Bolzano non aveva ancora varato il suo strumento urbanistico e davanti alla grave situazione esistente nella città capoluogo si era pensato di poter in qualche modo sfiatare la situazione, per quanto atteneva il problema della casa, con una possibilità di intervento da parte della Giunta provinciale che permettesse di mettere a disposizione aree assolutamente inesistenti in presenza di programmi dell’Ipeaa, che significavano domande presentate da cittadini con più di 25 punti e finanziamenti assicurati da parte del governo provinciale. Quindi fabbisogno evidente ed accertato e disponibilità finanziaria sufficiente per costruire le case. Davanti all’inerzia del comune, la Giunta provinciale avrebbe potuto sostituirsi. Nel frattempo il consiglio comunale di Bolzano ha approvato il piano urbanistico in prima lettura, e quindi il motivo di fondo per cui questa ipotesi era stata presa in considerazione veniva a perdere molto della sua attualità. Queste valutazioni sono state fatte presenti in commissione legislativa, di cui fa parte la collega Klotz che è membro del Suo gruppo, consigliere Benedikter, e personalmente ho proposto la soppressione di questo articolo 18. La commissione legislativa non ha apprezzato la mia richiesta di

soppressione e lo ha mantenuto in vita. Alcune delle considerazioni quindi potrei forse anche dividerle, ma il fatto che l'articolo 18 sia arrivato in Consiglio provinciale non è ascrivibile alla mia volontà che si era profilato con intenti completamente diversi.

Voglio peraltro dirLe che le Sue attenzioni nei confronti del comune di Bolzano sono sempre state solerti ed affettuose tutte le volte che il comune di Bolzano era inerte nei confronti dei bisogni della città. Io cercavo in questo caso di essere attivo nei confronti dell'inerzia del comune di Bolzano a corrispondere esigenze proprie della città. Le nostre linee di ragionamento circa l'esigenza della città e il ruolo e la capacità del comune di Bolzano divergono ancora una volta in maniera purtroppo evidente, consigliere Benedikter. E' una costante abbastanza antica nel nostro rapporto.

Per quanto attiene invece le osservazioni della collega Zendron, devo dire che non ho scherzato. Rimane il fatto che quando si fa politica e si deve portare avanti strumenti legislativi con il proprio voto, bisogna essere certamente decisi e determinati non solo nel sostenere le proprie idee, ma nel far presente le posizioni errate quando vengono a profilarsi. Non basta accontentarsi delle teoriche richieste per dire di aver fatto il proprio dovere avendo richiesto, ma che gli altri hanno votato contro, e quindi cavarsela sempre al positivo senza mai una volta indossare l'abito di chi si carica dell'onere di far la fatica perché le cose abbiano una risposta conseguente.

Secondo me all'interno di questo dibattito sono stati posti in essere alcuni problemi, primo: l'articolo 18 nonostante la mia richiesta di soppressione in commissione legislativa è stato portato all'attenzione del Consiglio, e Lei era consapevole del fatto perché ha contribuito con il Suo voto favorevole; secondo: quel disegno di legge conteneva una sua logica e un suo ragionamento che la percorreva nel raccordo fra un articolo e l'altro, per cui si puntava ad individuare strumenti che rendessero più intensivo l'utilizzo delle aree esistenti all'interno degli strumenti urbanistici per poter far fronte in maniera più coerente alle possibilità di intervento della provincia nel sostegno dell'edilizia abitativa agevolata in presenza di programmi definiti senza con questo porre in essere la necessità di arrivare rapidamente all'allestimento o individuazione di nuove zone di espansione e ad un utilizzo ulteriore di terreno agricolo confinante con i perimetri delle zone abitate dei nostri centri urbani. Quella norma, purtroppo, per le note vicende è caduta. In aggiunta si è profilata l'opportunità di una parte del Consiglio di diminuire la quantità di punteggio per accedere da parte delle cooperative o di richiedenti singoli alle aree agevolate all'interno delle zone di espansione, con la diminuzione del punteggio da 18 a 16 punti. In molti abbiamo rilevato essere questa decisione contraddittoria alla precedente, perché mentre da una parte si limitava la possibilità di un utilizzo più intensivo delle aree esistenti all'interno della zona di espansione a favore dell'edilizia abitativa agevolata, dall'altra si aumentava la quantità di domande che potevano essere presentate per l'accesso a queste aree con la riduzione del punteggio limite inferiore per poter accedere a questa agevolazione.

La conseguenza di questo incontro di opposti estremismi è che se con questa legge si vuole prendere in giro la gente, si deve lasciare la discesa da 18 a 16 punti che ha già cominciato a trovare il plauso soddisfatto di alcune associazioni che rappresentano le cooperative nella nostra città, perché nel momento in cui non si varano anche norme idonee per il reperimento di terreni che possono far fronte a questo momento prevedibile e cospicuo di domanda è chiaro che la conseguenza sarà una legge illusoria che darà la sensazione a molti concittadini di poter accedere ad un beneficio davanti al quale poi troveranno le porte chiuse.

E' necessario che le forze politiche che hanno prodotto questa situazione pensino adeguatamente e in maniera compiuta e precisa al tipo di responsabilità che sono andate ad assumersi. Dico di più e di peggio, occorre che la legge si doti coerentemente di provvedimenti logici rispetto al tipo di assunto da cui si è partiti.

Se Lei, collega Zendron, era d'accordo che l'articolo 18 restasse in piedi all'interno di questo disegno di legge, vista la piega che ha preso poi l'esame e la definizione di questo disegno di legge in quest'aula, Lei deve per forza di cose essere coerentemente disponibile ad accettare le conseguenze dell'esistenza di quell'articolo, visto cosa è accaduto. Questo può provocare due tipi di conseguenze, una che la dichiarata volontà politica da parte della SVP di valutare con attenzione il problema che si pensava di risolvere con l'articolo 14 entro breve tempo e quindi con la possibilità di riprendere la questione non appena il prossimo Consiglio provinciale sarà nelle condizioni di affrontare questo problema, e quindi in questo caso la SVP verrebbe sollecitata ad essere coerente con quanto ha affermato, ponendo quindi in essere condizioni che permettono di superare conseguenze preoccupanti derivanti anche da questa nuova stesura dell'articolo 18, oppure si devono creare le premesse perché poi a livello legislativo si ritorni il più rapidamente possibile davanti ad una situazione di convergenza di posizioni assolutamente opposte che, purtroppo, con le votazioni avute in questo Consiglio provinciale si è posti in essere.

Queste sono due condizioni positive, politicamente importanti, attorno alle quali bisogna fissare ancora una volta la nostra attenzione, perché non abbia a cadere nel dimenticatoio una battaglia politica che ci ha visti sostanzialmente accumulati all'interno di quest'aula.

Credo che la Sua tendenza ad essere facilmente critica nei confronti di posizioni che con questo emendamento ho cercato di esprimere, debba essere commisurata con le valutazioni che adesso Le ho esposto, e debba metterle nelle condizioni, collega Zendron, di predisporre comunicati stampa un pochino meno, tendenti ad ironizzare sul contenuto dell'emendamento che è stato presentato dal sottoscritto e dal collega Pellegrini.

Questi erano i motivi per cui l'emendamento è stato presentato, e mi rendo conto cosa significa politicamente, dopo che ho dato addirittura queste spiegazioni, aver presentato un emendamento di questo genere, ma questo dal mio punto di vista rappresentava la logica e conseguente posizione che si doveva assumere per far sì che chi ha sbagliato

avesse a porre in essere i più opportuni rimedi acchè la situazione venisse ricomposta in termini logici ed accettabili.

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

ROBERT KASERER

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

PRÄSIDENT: Wir kommen zur Abstimmung über den Abänderungsantrag: mit 2 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 13 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Wer wünscht das Wort zum Artikel 18? Abgeordneter Benedikter, Sie haben das Wort.

BENEDIKTER (UFS): Der Südtiroler Landtag hat mit Landesgesetz vom 23. Juli 1992 einen Artikel erlassen, der noch mit der Gemeindeautonomie vereinbar war. Ich lese Artikel 19 des Landesgesetzes Nr. 21 vom 23. Juni 1992 vor: *“Um die vor-dringliche Verwirklichung von Programmen des öffentlichen Wohnbaues zu ermöglichen, kann die Landeshauptstadt angesichts der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt innerhalb von Auffüllzonen - das war vernünftig -, die im Bauleitplan im Zeitraum vom 12. Mai 1990 bis zur Genehmigung des zu überarbeitenden befindlichen Bauleitplanes ausgewiesen werden, geeignete Flächen für den geförderten Wohnbau, vorausgesetzt sie fallen in die Bedarfsrechnung, bestimmen, auch wenn auf diesen Bauten stehen, deren Abbruch oder Umbau vorgesehen ist. Die Flächen werden mit Gemeinderatsbeschluß unter Angabe der Anzahl der auf den einzelnen Flächen zur verwirklichenden Wohnungen bestimmt.”* Die Gemeinde kann also aufgrund des Bedarfes und im Rahmen des bestehenden - während die Neugestaltung des Bauleitplanes noch unterwegs ist - bis zur Genehmigung des zu überarbeitenden befindlichen Bauleitplanes geeignete Flächen für den geförderten Wohnbau, vorausgesetzt sie fallen in die Bedarfsrechnung, bestimmen, auch wenn dort Bauten stehen, deren Abbruch oder Umbau vorgesehen ist, und zwar innerhalb der Auffüllzonen. Dann steht noch: *“Der Gemeinderatsbeschluß, mit welchem die Flächen bestimmt werden, beinhaltet die Erklärung der Gemeinnützigkeit der auf diesen Flächen zu errichtenden Bauwerke. Die auf diese Weise ausfindig gemachten Flächen unterliegen der Enteignung zugunsten der Gemeinde oder des Institutes für den geförderten Wohnbau. Die den Eigentümern zuständige Entschädigung wird im Sinne des Artikels 8 des Landesgesetzes von 1991 festgesetzt. - das heißt der Marktwert minus 25 Prozent - Diese Bestimmung findet bis zur endgültigen Genehmigung des Bauleitplanes, höchstens aber bis zum 31. Dezember 1993 Anwendung.”*

Da hat man der Gemeinde gesagt, sie könne innerhalb der Auffüllzonen geeignete Flächen für den geförderten Wohnbau, vorausgesetzt sie fallen in die Bedarfsrechnung, bestimmen, auch wenn auf diesen Bauten stehen, deren Abbruch oder Umbau vor-

gesehen ist. Ich kann mich daran erinnern, daß ich dafür gestimmt habe, weil ich es gerade im Fall Bozen als richtig empfunden habe. Dieser Artikel nimmt nur Bezug auf Bozen. Er war meiner Ansicht nach in Ordnung, weil darin festgehalten wurde, daß die Gemeinde bestimmen kann. Man hat sie damals selbstverständlich irgendwie dazu ermutigt. Dies war noch im Sinne der Gemeindeautonomie. Die Gemeinde muß letzten Endes darüber urteilen, ob sie ihr Territorium noch mehr urbanisieren läßt oder nicht.

Herr Landesrat Bolognini! Sie wissen genau, daß die Politik, die Sie jetzt gegenüber der Gemeinde Bozen verfolgen, genau das Gegenteil - mir wäre recht, wenn auch der Landeshauptmann zuhören würde - dessen ist, was Vittorini in seinen Denkschriften über den Bauleitplan von Bozen sagt. Übrigens heißt es darin: *“Man kann feststellen, daß im Jahre 1919 weniger als ein Zehntel der derzeitigen Wohnsubstanz vorhanden war. Wenig mehr als ein Viertel war zu Ende des Zweiten Weltkrieges vorhanden. In den 50er und 60er Jahren wurden fast 60 Prozent der derzeitigen Stadt erbaut - unter meiner Herrschaft sozusagen - und in den 70er Jahren fast 15 Prozent. Seit 1962 sind 432 Hektar ausgewiesen worden.”* Etwas weniger als die Hälfte betraf selbstverständlich die Industrie. Vittorini sagt außerdem: *“In den 3 Jahrzehnten von 1951 bis 1981 ist die Zahl der Wohnungen in Bozen von 15.134 - immer unter meiner Zuständigkeit - auf 37.647 gestiegen. Dazu sind dann von 1981 bis 1991 weitere 3.035 Wohnungen gekommen.”* Die Anzahl der Wohnungen stieg also um 150 Prozent, während sie im übrigen Lande nur um rund 80 Prozent gestiegen ist. Vittorini lobt die Gemeinde, daß sie mit dem Kulturgrund sparsam umgegangen ist. Die Landwirtschaft hat nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht - wegen der Spezialisierung -, sondern auch hinsichtlich des von ihr bewirkten Schutzes die Aufgabe, Umwelt und Boden zu schützen. Dies gilt aus den bekannten orographisch klimatischen Gründen umso mehr im Bozner Talkessel, wo die Luftverschmutzung besonders stark ist. Ich zitiere weiter: *“Jeder einzelne trägt mit den technischen Errungenschaften, auf die niemand verzichten will - in erster Linie mit seinem Auto -, zu dieser in hohem Maße krebserregenden Verschmutzung bei - jeder Dritte stirbt in Bozen an Krebs -, so daß eine Vermehrung der Einwohner die Lage nur verschlechtern kann.”* Die Koalitionspartner - Südtiroler Volkspartei auf meine Initiative - DC und PSI haben am 15. April 1988 eine Vereinbarung unterschrieben, worin die Lösung des Wohnungsbedarfes in Bozen im Rahmen des alten bestehenden Bauleitplanes vereinbart wird. Man ist davon ausgegangen, daß auf jeden Fall die öffentliche Hand dafür sorgen muß, daß die Obdachlosen - also nicht jeder Wohnungssuchende als solcher - unterkommen. Man hat damals folgendes gesagt: *“Wir haben ja das Gesetz Nr. 13 vom 23. Mai 1977, in dem die dringende Unterbringung in provisorischen Behausungen und mangels dieser provisorischen Behausungen durch Ausübung der dem Landeshauptmann anstelle des Präfekten zustehenden Befugnis und Pflicht vorgesehen ist, in Fällen öffentlichen Notstandes hinsichtlich Wohnungsbedarf anzuordnen, leere Wohnungen vorübergehend dem Institut zum Landesmietzins zu vermieten. Den Obdachlosen hat man auf meinen Vorschlag hin auch die Delogierten - also nicht nur jene, die tatsächlich auf*

der Straße stehen, sondern auch jene, die wegen dringenden Eigenbedarfes darauf angewiesen sind - gleichgestellt. Ich beziehe mich - wie gesagt - auf diejenigen, die tatsächlich nicht dafür können sowie einkommensmäßig nicht in der Lage sind, eine x-beliebige Wohnung zu mieten. Daher hebt der Artikel nach der Ablehnung dessen, was Sie vorgeschlagen haben, die Gemeindeautonomie in diesem elementaren Belang auf. Man hat gesagt, daß die Gemeinde Bozen angesichts der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt innerhalb der Auffüllzonen - also nicht innerhalb der Erweiterungszonen - geeignete Flächen für den geförderten Wohnbau bestimmen kann, vorausgesetzt, sie fallen in die Bedarfsrechnung, auch wenn in diesen Zonen Bauten stehen, deren Abbruch oder Umbau vorgesehen ist. Die Flächen werden mit Gemeinderatsbeschluß unter Angabe der Anzahl der auf den einzelnen Flächen zu verwirklichenden Wohnungen bestimmt. Dieser Gemeinderatsbeschluß beinhaltet die Erklärung der Gemeinnützigkeit der auf diesen Flächen zu errichtenden Bauwerke. Die so ausgemachten Flächen unterliegen der Enteignung zugunsten der Gemeinde oder des Institutes. Dies war noch im Sinne der Gemeindeautonomie. Man hat gesagt, daß es Aufgabe der Gemeinde ist. Wenn es die Gemeinde nicht tut - ich weiß nicht, ob sie viel davon Gebrauch gemacht hat -, dann kann an deren Stelle nicht der Landesausschuß treten. Daran hat man im Traum nicht gedacht, weil es einfach gegen die Gemeindeautonomie spricht. Welchen Sinn hätte sonst die sogenannte Autonomie? Man kann nicht sagen: "Entweder Du tust das oder, wenn Du es nicht tust, kann ich über Dein Territorium verfügen!" Es ist ein elementarer Grundsatz der Autonomie, daß die Gemeinde - sowohl die Gemeinde Bozen als auch beispielsweise die Gemeinde Plaus, die kleinste Gemeinde Südtirols - über ihr Territorium verfügen kann. In ganz Italien gibt es keine derartige Bestimmung. Es liegt an den Gemeinden, ob sie dann eine Politik verfolgen und sagen: "Wir weisen aus. Es ist egal, ob der Kulturgrund, den wir noch zur Verfügung haben, zugrunde geht," oder ob sie haushalten, wie Vittorini sagt. Er lobt die Gemeinde Bozen, daß sie haushalten hat, und zwar wegen der Erhaltung eines Minimums an unmittelbar angrenzender landwirtschaftlicher Kulturfläche innerhalb des Gemeindegebietes. Es handelt sich ja nur mehr um rund 500 Hektar, die heute noch innerhalb des Gemeindegebietes Kulturgrund sind.

Vittorini sagt außerdem: *"Das hängt vor allem mit der in sehr engen Grenzen gehaltenen Einschränkung der Prognosen des geltenden Bauleitplanes zusammen, aber auch mit der Folgerichtigkeit, mit der die Stadtverwaltung die Stadt und das umliegende Land regiert hat, indem sie den Druck und die mißbräuchliche Verbauung, die in sehr vielen italienischen Städten die städtebaulichen Maßnahmen zum Scheitern gebracht haben, wirksam in Schranken gehalten hat. Die Landwirtschaft bleibt ihrer wesentlichen Aufgabe nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht, sondern auch hinsichtlich des von ihr bewirkten Schutzes der Umwelt und des Bodens treu. Der Boden und seine Schätze sind ein seltenes wertvolles Gut, das man sorgfältig schützen und sparsam verwenden soll. Das ist eine selbstverständliche Auffassung, die jedoch so viele Jahre lang von den meisten mißachtet wurde und für Südtirol und vor allem für Bozen bei der so bescheidenen Ausdehnung der*

Fläche und der natürlichen Beschaffenheit des Bodens in besonderer Weise zutrifft.” All das hat man im Juni 1992 noch beherzigt bzw. berücksichtigt. Jetzt wird Artikel 19 vom Gesetz Nr. 21 vom 23. Juni 1992 abgeschafft. Zunächst hat man der Gemeinde noch gesagt, daß sie die Möglichkeit hat und es ihre Sache ist. Nun geht man her und sagt folgendes: “Wenn Du es nicht tust, dann machen wir diesen Akt!” Die Verfügung über das Gemeindeterritorium im Rahmen der Grundsatzbestimmungen - in den Gesetzen heißt es ja nicht, daß soundsoviel ausgewiesen werden muß - ist Sache der Gemeinde. Artikel 18 gehört sicherlich zu jenen Artikeln, die gegen elementare Grundsätze der Gemeindeautonomie verstoßen.

ZENDRON (GAF-GVA): Nonostante il tono provocatorio nella replica dell'emendamento, devo ripetere che non ho nessuna difficoltà a dire che sono favorevole all'articolo 18, come contrariamente proponeva l'assessore Bolognini nella commissione di abrogarlo, che all'unanimità è stato confermato, non l'emendamento che Lei ha portato assessore, bensì l'articolo che c'era nella legge. E anche se qua si cerca di fare confusione in chi ascolta e di far finta che siano la stessa cosa, c'è una differenza enorme fra queste due formulazioni. Non voglio entrare nel dettaglio, ma non si può giustificare il tentativo di peggiorare la legge che è già stata peggiorata sensibilmente aggiungendo ancora dei danni. Probabilmente a Bolzano non succederebbe niente, però ci sarebbero altre situazioni che verrebbero danneggiate.

Voglio ricordare che noi non abbiamo votato a favore dell'abrogazione dell'articolo 14 e neppure a favore della riduzione dei punti da 18 a 16. Non ci può quindi dire di prenderci le nostre responsabilità, niente affatto. Noi ci prendiamo le nostre responsabilità nel dire che non siamo d'accordo nell'impostazione che la Giunta ha dato a tutta questa legge. Adesso abbiamo evitato il peggio, cioè che si aggiungesse anche questa nuova formulazione dell'articolo 18. A questo punto non rimane che dire perché, nonostante qualche chiara perplessità, noi siamo favorevoli all'articolo 18. E qui entra quello che diceva il collega Benedikter. Lui difende l'autonomia del comune, e anche io l'ho sempre difesa, però fra il difendere l'autonomia dei comuni teorica e difendere invece il diritto alla casa delle persone che aspettano da sette anni di aver il terreno a disposizione, mi dispiace, ma io faccio un passo indietro in questo settore, quello dell'autonomia dei comuni, e permetto solo in questo settore, solo nei comuni ad alta densità abitativa, e non in tutti i comuni, come nella Sua proposta che abbiamo appena bocciato, di intervenire nel caso che il comuni non sia in grado di fare quello che deve fare. Possiamo discutere sui dettagli, però secondo me dobbiamo anche metterci d'accordo su queste cose. Quando si dice autonomia dei comuni e poi di fatto si approfitta dell'autonomia dei comuni per non fare quello che si deve fare, poi tanto le maggioranze politiche sono sempre uguali, quindi è una scelta politica complessiva, non si può quà redigere il compitino con chi è stato, ero io o era lui. Però dico che l'unica perplessità è teorica, ed è quella della riduzione dell'autonomia dei comuni. Ma ripeto, fra l'autonomia teorica del comune in un solo

settore, che è questo nei comuni non in generale ma ad alta densità abitativa, e il diritto alla casa delle persone, credo che noi non dobbiamo avere dubbi. Spero che non li abbia neanche Lei. Continuo a pensare che il Suo emendamento di prima fosse una pura provocazione per far vedere ai suoi colleghi di Giunta che hanno stravolto la legge per quello che riguarda l'impatto delle richieste aumentando i richiedenti e riducendo la disponibilità di terreno, cosa sarebbe successo. A meno che adesso l'assessore Bolognini non si venga a proporre come il rappresentante dei ceti medi, a parte che non ci crediamo. L'unica obiezione che si può fare all'articolo 18 nella sua vecchia e attuale formulazione è quello di attentare all'autonomia dei comuni. In questo caso, solo nei comuni ad alta densità abitativa riducendo questa cosa io credo sia un'ipotesi di sacrificio da fare, in nome di un diritto più importante che è quello di avere la casa. Fra il resto in questa formulazione c'è l'impegno al comune di mettere a disposizione l'area solo per le case Ipeaa, quindi anche lì è un'ulteriore riduzione, e solo per i settori più deboli.

BENUSSI (MSI-DN): Sarò brevissimo. Tenuto conto del difficile iter che questa legge ha avuto, tenuto conto delle possibilità che abbiamo di esprimere il nostro giudizio, mi considero favorevole all'approvazione di questo articolo.

BOLOGNINI (Assessore all'edilizia abitativa agevolata, trasporti e assistenza - DC): Non vorrei riprendere a lungo gli argomenti su cui già ci siamo intrattenuti prima, però devo dare alcune spiegazioni al collega Benedikter.

Nessuno contesta quello che il prof. Vittorini ha scritto, pagine egregie relative alla revisione di un progetto relativo al piano urbanistico provinciale di Bolzano che aveva purtroppo i tempi politici operativi che aveva. Dico purtroppo, perché troppi hanno fatto finta in città di Bolzano che quei tempi non fossero necessari, e hanno raccontato alla gente la splendida ma pietosa bugia che in poco tempo la città di Bolzano avrebbe avuto finalmente a disposizione i terreni necessari per soddisfare un problema di fabbisogno di edilizia, che aveva a fronte una disponibilità finanziaria precisa da parte del governo provinciale a cui non si è potuto attingere in maniera tale che il non consumato da parte del gruppo di lingua italiana in materia di edilizia sociale è salito dai 40 miliardi del 1983 ai 117 miliardi del 1992. La salita rapida è avvenuta negli ultimi due anni. Questi sono dati inconfutabili che stanno a segnalare come in ragione di una pietosa bugia si è purtroppo puntato verso il varo di uno strumento urbanistico del tutto rispettabile, trascurando peraltro quelle che avrebbero potuto e dovuto essere linee di intervento sulla gestione del territorio in città di Bolzano che permettesse di individuare alcune riserve preziose per poter far fronte in tempi accettabili alla domanda di casa esistente nella nostra città.

Quindi un conto è il discorso urbanistico della città di Bolzano, altra questione completamente diversa era la possibilità di individuare interventi stralcio in anticipo rispetto al varo dello strumento urbanistico per permettere a disponibilità finanziarie pubbli-

che esistenti di poter essere spese anche in città di Bolzano per venire incontro a legittime aspettative di cittadini che aspettavano la casa in affitto o in proprietà mediante costruzione. Che la situazione sia stata di questa natura lo si desume in maniera precisa dal fatto che negli ultimi anni in città di Bolzano le cooperative hanno costruito poco più del 3% di quanto non abbiano costruito le cooperative sull'intero territorio provinciale. Hanno utilizzato in altre parole solo il 3% delle disponibilità finanziarie complessivamente erogate dalla Provincia su tutto il territorio provinciale a favore delle cooperative.

Quando Lei poi collega il ragionamento prodotto da Vittorini con l'intesa politica raggiunta nel 1987 devo darLe un'ulteriore spiegazione, come ho già avuto occasione di fare. Nel 1988 fu raggiunta un'intesa politica che mi trovò nettamente contrario anche all'interno del mio partito, e ricordo perfettamente che quel mattino dichiarai che le previsioni che Lei pose con il sostegno di altri colleghi di Giunta erano infondate perché legate ad un utilizzo di aree all'interno del comparto delle semirurali che non avrebbe potuto essere realistico, in quanto la demolizione delle casette semirurali nelle zone destinate a verde pubblico o ad attrezzature collettive e la mancata demolizione delle stesse nelle zone invece destinate alla costruzione di alloggi avrebbe impedito materialmente la realizzazione di quanto contenuto in quell'accordo. Dopo pochi mesi, davanti alla prova dei fatti, scattò inesorabilmente la necessità di ricercare in tempo utile aree sufficienti per far fronte all'emergenza.

Vi fu, collega Benedikter, un'occasione stranamente indicativa per dimostrare come la disattenzione politica, per non dir di peggio, a livello politico comunale e provinciale fece sì che la disponibilità delle aree cosiddette ex Dasser, manifestamente presente a tutti già nell'autunno 1989, sia potuta diventare materia operativamente apprezzabile all'interno delle previsioni urbanistiche del comune di Bolzano solo a distanza di 4 anni, tutto questo perché si è preferito scegliere la strada dell'approvazione di un nuovo valido strumento urbanistico irridendo sulla necessità di dover procedere a qualche stralcio anticipatore di quello strumento urbanistico per garantire una risposta al fabbisogno ormai non più comprimibile in città di Bolzano. Le responsabilità politiche in materia sono certamente prevalenti all'interno del comune di Bolzano, ma sono passate attraverso le forze politiche di questa città. Oggi è troppo tardi lamentarsi della situazione attuale. La verità storica è che nell'estate 1989 venni lasciato isolato a denunciare questo stato di cose davanti all'indifferenza politica collettiva, a cominciare dal mio partito, cose che ho detto con molta franchezza e tranquillità già altre volte all'interno di questo Consiglio.

Da qui, collega Benedikter, rimangono posizioni differenziate notevoli fra noi due, anche se debbo convenire che la Sua argomentazione relativa all'articolo in oggetto ha degli aspetti interessanti su cui bisognerebbe soffermarsi con particolare sensibilità. E' per questo motivo che proposi in commissione legislativa di sopprimere quell'articolo, in quanto in assenza di uno strumento urbanistico almeno approvato in prima lettura da parte del consiglio comunale di Bolzano mi sentivo di difendere un intervento sostitutivo da

parte della Giunta provinciale, perché certamente il dovere del comune di Bolzano di far fronte ad una gestione del proprio territorio in maniera tale da essere corrispondente in modo positivo al fabbisogno di alloggi nella nostra città era un dovere che il comune di Bolzano fino a quel momento non aveva dimostrato di saper assolvere in maniera concreta e coerente. E davanti al diritto del comune di Bolzano di governare il proprio territorio sussisteva anche un dovere a cui il comune non aveva fatto fronte, quindi mi sentivo di difendere un intervento legislativo di questo genere. Ma in presenza di uno strumento urbanistico in via di adozione mi sembrava abbastanza ovvio che una manovra di questo genere correva il rischio di diventare una manovra politicamente abbastanza censurabile. Da questo punto di vista devo convenire che nonostante le diversità di fondo che caratterizzano queste due posizioni su questo aspetto le argomentazioni che ha sollevato hanno un loro valore, per cui non comprendo molto lo stracciamento di vesti della collega Zendron adesso. Non sono abituato né a scherzare né a cercare di appesantire i termini della questione. Un fatto è comunque certo, non ho né bisogno di vie di fuga, e non intendo modificare quella che è la linea di ragionamento che ho cercato di esprimere all'interno delle proposte contenute in questo disegno di legge. Dico semplicemente che il combinare assieme un articolo 18, come l'ha voluto porre in essere nonostante la mia richiesta di soppressione, con le condizioni che successivamente sono emerse all'interno del disegno di legge, certamente non per responsabilità Sua, significava non aver contribuito in maniera politicamente positiva ad affrontare questioni importanti. A questo punto occorre aumentare il livello del proprio tiro politico per portare a chi si doveva un'attenzione ancora più precisa nei confronti di responsabilità di cui era andato a caricarsi. Aver ridotto il punteggio per accedere alle aree disponibili per l'edilizia abitativa agevolata, non aver condiviso l'attivazione di strumenti per poter utilizzare in maniera più estensiva la disponibilità di aree all'interno delle zone di espansione contenute nei vari piani urbanistici dei comuni, significava un incrocio di posizioni contraddittorie che doveva in qualche modo essere individuato anche all'interno della legge che stavamo approvando perché fossero poste in essere necessità di intervento successive più rapide possibile.

La linea che Lei invece ha scelto è quella del "passata la festa, gabbato lo santo". Ma io a questa logica non ci sto, come non c'ero stato prima. Se le norme che sono state poste in essere attraverso questo tipo di ragionamento portano alla conseguenza di avere facili plausi alla riduzione del punteggio e nel contempo la chiara individuazione di nuove speranze che verranno regolarmente deluse con questi strumenti posti in essere, era chiaro che all'interno di questa legge si doveva costruire la condizione perché il prossimo Consiglio provinciale urgentemente dovesse tornare ad esaminare questo problema per trovare la soluzione ragionevole che con questa combinazione "opposti estremismi", come prima ho detto, si veniva ad evidenziare.

Queste sono le motivazioni per cui avevo posto all'attenzione dei colleghi in commissione legislativa l'opportunità di rivedere l'articolo 18, e queste sono le conside-

razioni che mi sentivo di dover fare in risposta ai colleghi che sono intervenuti su questa questione. Rimane per me l'opportunità di revocare l'articolo 18, ma mi rendo conto che anche questa è una battaglia contro i mulini a vento, quando con molta tranquillità si riesce a passare attraverso il ragionamento che stava all'interno del disegno di legge saltando di palo in frasca a seconda del mutare del vento o delle varie sensibilità che caratterizzano in maniera leggiadra e non costruttiva l'atteggiamento di alcuni nostri colleghi.

KLOTZ (UFS): Herr Präsident! Ich ersuche Sie, feststellen zu lassen, ob es 5 unterstützende Mitglieder für die Geheimabstimmung gibt!

PRESIDENTE: E' stata chiesta la votazione segreta dalla consigliera Klotz e altri quattro consiglieri. Prego distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Comunico l'esito della votazione: schede consegnate 26, sì 19, no 6 e schede bianche 1. L'articolo 18 è approvato.

Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Consigliere Benedikter, ne ha facoltà.

BENEDIKTER (UFS): Ich stimme gegen vorliegenden Gesetzentwurf, weil damit, insbesondere mit Artikel 15, die Bauspekulation in aller Form gefördert wird. Das Institut kann sich Baugründe außerhalb des Bauleitplanes aussuchen. Die Folge davon ist die Verschwendung des noch verbliebenen Kulturgrundes in den Talböden. Dies wurde vom Bauernbund befürwortet. Weiters wird eine elementare Hoheit - die Gemeinde - vernichtet. In einem Verfassungsgesetz ist ja vorgesehen, daß sie über ihr Territorium bzw. über ihr Land konkret bestimmen kann, welche Gründe als Baugründe in Frage kommen und wie sich die Gemeinde entwickeln soll. Das Land bewirtschaftet anstelle der Gemeinden das Gemeindeterritorium. Das wird ausgerechnet gegenüber der Gemeinde Bozen eingeführt, wobei man doch davon ausgehen muß, daß diese 72prozentige Mehrheit von Italienern in der Gemeinde Bozen schon selber in der Lage sein sollte, soviel Baugründe auszuweisen als wirklich notwendig sind, um ihre Bevölkerung anständig unterzubringen. Das Land darf nicht hergehen und verfassungs- bzw. autonomiewidrige Artikel erlassen, die sich praktisch nur mit der Gemeinde Bozen befassen.

Man hat hier einen Artikel vorgeschlagen, daß, wenn neue Baugründe bzw. Erweiterungszonen ausgewiesen werden, 70 Prozent der Enteignung unterworfen wird, zwecks Wohnungsbeschaffung für Minderbemittelte, um auf diese Weise das Ausweisen von Erweiterungszonen von Baugründen so gering wie möglich zu halten. Nur dort, wo "echte" Notwendigkeit besteht, sollen tatsächlich Minderbemittelten Wohnungen zur Verfügung gestellt werden, die nicht bereits durch Sanierung bestehender Wohnungen oder

durch das vorübergehende Ausnützen von ungenützten Wohnungen beschafft werden konnten.

Der römische Bauleitplaner Vittorini hat ausgesagt, daß man im Zusammenhang mit der Gemeinde Bozen gegen die Grundsätze für die Ausarbeitung des Bauleitplanes verstößt. Schließlich - ich habe leider nur mehr 1 Minute Redezeit zur Verfügung - wird in Artikel 38 in aller Form gesetzlich festgeschrieben, daß das Land entmilitarisierte Liegenschaften übernimmt und sie vom Militär kauft, obwohl Artikel 68 des Autonomiestatutes vorsieht, daß die Liegenschaften in diesem Fall - dies hat der Verfassungsgerichtshof gegenüber dem Aostatal festgestellt - übergehen müssen. In 29 Fällen bietet das Militär auch Kasernen und Wohnhäuser an. Weitere 40 Liegenschaften, die zum Teil auch aus Bunkern, zum Großteil aber aus ehemaligen Kasernen und Wohngebäuden bestehen, sind noch unterwegs. Dies sind wesentliche Rückverweisungsgründe. Ich hoffe, daß die Zentralregierung diesen Gesetzentwurf besonders wegen der Verletzung der Gemeindeautonomie rückverweisen wird.

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

ROBERT KASERER

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

PRÄSIDENT: Abgeordneter Viola, Sie haben das Wort.

VIOLA (PDS): La legge che stiamo per votare è estremamente interessante perché è forse uno degli esempi più clamorosi ed eclatanti di come questa Giunta provinciale non sia all'altezza del compito di una Giunta che è quello di riuscire ad agire sulla base di una programmazione attenta, razionale, capace quindi di proporre soluzioni all'altezza di questi stessi problemi. Raramente abbiamo trovato una dimostrazione così chiara di incapacità.

Abbiamo visto tutti l'iter travagliato di questa legge, che già era una "leggina" laddove sarebbe stata necessaria una nuova legge di programmazione, abbiamo visto che su questa legge sono venuti gli episodi parlamentari più incredibili, spaccata ripetutamente ad esempio la compattezza interna della SVP, della Giunta, è stato più volte messo in minoranza l'assessore competente, ci sono state presentazioni di emendamenti all'ultimo istante, sconosciute all'assessore competente, ed emendamenti dell'assessore competente sconosciuti agli altri assessori, e quindi direi che è un esempio veramente triste da non seguire.

Quando parlo di deficit di programmazione mi riferisco ad un principio generale che vale un po' per tutti i grandi problemi che dobbiamo affrontare. La questione della casa ha un'importanza che tutti conosciamo, è sentita dalla popolazione in maniera estremamente intensa, e quindi sarebbe stato necessario procedere in questo modo: rilevazione tecnica estremamente precisa, radiografia della situazione abitativa, delle tendenze, quindi,

con tutte le scienze statistiche e sociologiche che possono contribuire a questa radiografia stessa, consultazione attenta sulla nuova legge di tutte le forze interessate, associazioni, forze sociali e sindacali ecc. Su questa base si prepara una nuova legge completamente ristrutturata, tale per tracciare le linee della politica edilizia del futuro. Tutto questo non è avvenuto, abbiamo assistito a colpi di emendamenti corporativi che si ridevano a vicenda con maggioranze che si rovesciavano in continuazione. Quindi questa legge possiamo dire che è nata male, è stata portata avanti peggio e si conclude di conseguenza.

Per questa ragione, indipendentemente dal fatto che ci sono singoli punti positivi, ritengo che sia mio dovere votare contro questo disegno di legge, anche per dare un segnale di dissenso netto e radicale rispetto a questo modo di procedere e anche come segno di protesta per una incapacità di governo razionale e incapacità di programmazione che riguarda moltissimi altri settori e non solo questo, in cui questa Giunta che ha fatto 39.700 delibere, ci viene detto dal Presidente della Giunta provinciale, che sono una dimostrazione di notevole quantità, ma di scarsa qualità, ha mostrato scarso intervento programmatico qualificante.

KLOTZ (UFS): Dieses Gesetz bzw. dieses Flickwerk zeigt klarer als jedes andere, was die Macht in diesem Land imstande ist zu tun. Die Macht kündigt ein "Super-Gesetz" an. Sie veröffentlicht es als Leistung im eigenen Leistungsbericht und bringt die Abänderungen dazu ein, um es wesentlich abzuschwächen. Die Macht belädt es auch noch mit gefährlichem Frachtgut, siehe die Artikel 40, 41 und andere.

Wenn mein Vorredner gemeint hat, es habe immerhin gezeigt, daß die Geschlossenheit der Mehrheitspartei einige Male durchbrochen wurde, so stimmt dies nur dem Anschein nach. Wir haben erlebt, daß leider Gottes auch die Vertreter der Arbeitnehmer, die sogenannten Vertreter der sozial schwächeren Schichten, zugestimmt haben, daß die Interessen gerade dieser Leute, die sonst nicht mehr vertreten werden, herausgenommen werden. Mein Kollege Alfons Benedikter hat angedeutet, daß man wieder auf etwas verzichtet, was einem selbstverständlich zustehen würde. Ich habe anlässlich des Artikels 38 ausgiebig über den Übergang verschiedener Militärliegenschaften auf das Land ohne Gegenleistungen und nicht auf Kosten der einheimischen Wohnungssuchenden und somit der sozial schwächeren Schichten gesprochen. Wir können nicht mehr tun als zu sagen, daß wir gegen den vorliegenden Gesetzentwurf stimmen. Jenen, die uns als Wahlkämpfer angesprochen haben, möchten wir ins Stammbuch schreiben, daß es nicht unsere Idee war, dieses Gesetz eine Woche vor den Landtagswahlen zu behandeln. Es war auch nicht unsere Idee, weitere Artikel hinzuzufügen, die mit dem eigentlichen Wohnreformbaugesetz nichts zu tun haben. Wir haben kein Wahlkampfthema daraus gemacht. Wir vertreten hier eine ganz klare Position, welche wir durch unser Nein ausdrücken. Wir wissen, daß dies allerdings aufgrund unserer numerischen Unterlegenheit kaum Wirkung zeigen wird. Aber wir hoffen, daß es doch noch Mittel und Wege gibt, zumindest aufzuzeigen, wer unter die Räder geraten ist.

BENUSSI (MSI-DN): Grazie, signor Presidente. Sarò breve. Dopo i miei accorati interventi in difesa del diritto di alloggio per le categorie meno abbienti e purtroppo nel non essere riuscito ad ottenere insieme al mio gruppo quanto da noi auspicato per le forze di polizia, secondo noi loro spettante, questa legge ha avuto un iter travagliato e ciascuna forza politica ha dimostrato il desiderio o meno di arrivare finalmente ad una soluzione del grave problema della casa per i meno abbienti.

Forze politiche appartenenti alla maggioranza si sono trovate in contrasto, anche nel medesimo partito, ma alla fine dopo un lungo lavoro in aula, ed attraverso il contributo dato dai mass-media e dalle forze sindacali di categoria, finalmente siamo arrivati alla fine di questo iter travagliato. Mi auguro, che attraverso questa legge e con la buona volontà di quanti saranno preposti alla realizzazione di quanto necessario, finalmente si arrivi a dare un alloggio adeguato a tutti coloro che finora sono stati dimenticati dai provvedimenti di edilizia abitativa.

A nome del mio gruppo, purtroppo oggi assente per altri impegni politici, dichiaro il nostro voto favorevole.

TRIBUS (GAF-GVA): Herr Präsident! Wir haben dem Gesetzentwurf des Landesrates Bolognini in der Kommission mit relativer Überzeugung zugestimmt und sehr viel guten Willen gezeigt, damit das Gesetz noch verabschiedet werden kann. Wir waren der Meinung, daß wesentliche Erneuerungen eingeführt würden. Für die Bevölkerung Südtirols waren wichtige Adaptierungen vorgesehen, die uns bewegt haben, positiv zum Gesetz zu stehen. Ich muß dazusagen, daß wir uns natürlich etwas mehr erwartet hätten. Wir hätten uns eine organischere Form erwartet, auch in der gesamten Ausrichtung der Wohnbauförderung, und Gesetzesnovellen, die neue Kriterien einführen würden. Dem war nicht so. Aber wir haben uns schlußendlich doch überzeugt, daß zumindest diese paar Maßnahmen einigen reellen Bedürfnissen entgegenkommen. Deshalb waren wir dafür. Ich muß zum Ausdruck bringen, daß dieses Gesetz wie kaum ein anderes große Enttäuschung mit sich gebracht hat. Es ist eines der wenigen Gesetze, das während der Diskussion im Landtag teilweise total sinnentleert, torturiert und von einer auf Machenschaften ausgerichteten Volkspartei geknebelt wurde. Jeder hat am Ende sein spezifisches Ei untergebracht. Heute haben wir das Beispiel der Landesräte Kofler und Frick erlebt. Es gäbe aber noch viele andere, wie Artikel 14 usw.

Wenn wir dagegenstimmen würden, würde dies bedeuten, daß wir das Ganze verwerfen wollen. Das ist allerdings nicht unsere Position. Wir haben an einigen Punkten festgehalten. Aber wir können auch nicht unbedingt den ganzen Mist mittragen, der im Laufe dieser endlosen Diskussion auf das Gesetz geladen wurde. Es handelt sich um einen regelrechten Mist, Herr Landeshauptmann! Jetzt muß ich eine Lanze für Landesrat Bolognini brechen. Es war undelikat, ihn so im Regen stehen zu lassen. Von einer starken und edlen Koalition hätte er sich als Abschlußgeschenk mehr verdient als das, was wir ihm am

Ende serviert haben. Aus diesen ganz banalen Gründen werden wir uns schweren Herzens der Stimme enthalten. Wir wollen dadurch signalisieren, daß wir mit einem Teil des Gesetzes einverstanden sind, aber einige Punkte nicht mittragen können. Deshalb unsere Stimmenthaltung!

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine. Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung - votazione per scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 22 abgegebene Stimmzettel, 17 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen. Der Gesetzentwurf ist genehmigt. Die Sitzung ist geschlossen.

UHR 18.53 ORE

SEDUTA 230. SITZUNG

9.11.1993

Sono intervenuti i seguenti consiglieri:
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Achmüller (15,30)
Benedikter (21,22,44,49,59,69,74,81)
Benussi (53,78,84)
Bolognini (28,71,78)
Durnwalder (5,13)
Flatscher (42)
Frasnelli (42,44,45,65)
Frick (56)
Holzmann (6,7,8,9,10,40,41)
Kaserer (5,6)
Klotz (19,21,22,23,24,25,27,28,29,35,38,39,51,55,83)
Kofler (51,64,65,67)
Meraner (60)
Pellegrini (7,8,9,11,17,24,25)
Peterlini (15,16)
Saurer (32,36,40)
Tribus (17,18,30,31,43,44,51,84)
Valentin (45)
Viola (11,12,32,34,82)
Zendron (13,14,66,67,69,77)